

Preussische Allgemeine



Nr. 40 · 6. Oktober 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Der Druck wächst

War die ungesteuerte Zuwanderung bislang vor allem ein Problem für die Bürger, führt sie immer mehr auch zu einer Krise des Establishments **Seiten 3 und 24**



Kunst Eine Ausstellung über die Künstlerkolonie in Nidden **Seite 11**



Heimat Die Anfänge der Lehrerausbildung in Ostpreußen **Seite 23**

FOTO: IMAGO/JUMA WIRE; PRIVAT; BILDARCHIV OSTPREUSSEN

AUFGEFALLEN

Kein Raum für Deutschlands Polit-Bestseller

Was ist der angemessene Ort für die Vorstellung des aktuell erfolgreichsten politischen Sachbuchs? Eine der renommierten Buchhandlungen des Landes, zum Beispiel „Dussmann“ in der Berliner Friedrichstraße? Oder eine der großen Kultureinrichtungen wie das Haus der Kulturen der Welt im Spreebogen? Oder am besten gleich das Haus der Bundespressekonferenz?

An diese oder ähnliche Orte könnte man beim Titel „Durchs irre Germanistan. Notizen aus der Ampel-Republik“ von Henryk M. Broder und Reinhard Mohr denken (siehe die PAZ 34/2023). Binnen kürzester Zeit nach Erscheinen wurde es zum meist gekauften politischen Sachbuch dieses Büchersommers, beziehungsweise -herbstes.

Da sollten sich eigentlich alle Händler darum reißen, den Bestseller präsentieren zu können. Zumal in Zeiten, in denen das Medium Buch in einer Krise steckt. Tatsächlich war jedoch keine einzige namhafte Buchhandlung bereit, den unbequemen Titel in ihren Räumen vorstellen zu lassen. Einzig ein kleines Antiquariat in Oberfranken lud die Autoren für die kommende Woche zu einer Lesung ein – die so gefragt ist, dass sie gleich zweimal stattfinden kann. Noch Fragen?

Dem Erfolg des Buches tut dies freilich keinen Abbruch. Dank unabhängiger Medien – auch die öffentlich-rechtlichen Sender ignorieren den Bestseller – sowie klassischer Mund-zu-Mund-Propaganda finden Broder und Mohr auch so ihr Publikum – und freuen sich demnächst über die dritte Auflage. *neh*

NATIONALFEIERTAG

Der 3. Oktober und die Krämpfe deutscher Eliten

Der diesjährige Tag der Einheit zeigte einmal mehr die innere Distanz der politischen Führung zu ihrem Volk. Dabei gibt es durchaus Grund zur Freude

VON RENÉ NEHRING

Unter den Gedenk- und Feiertagen unseres Landes ist der 3. Oktober einer der unehelichsten. Zumindest im Hinblick auf diejenigen, die ihn seit Jahren in den offiziellen Festakten von Bund und Ländern begehnen: die Vertreter von Staat und Parteien, Kirchen und Verbänden. Seit der unerwarteten – und von vielen Politikern erklärtermaßen ungewollten – staatlichen Einheit von 1990 zelebrieren sie den amtlichen Nationalfeiertag regelmäßig vor allem als einen Anti-Gedenktag. Auch in diesem Jahr gab es nichts, was dem Anspruch einer Feier der Nation auch nur entfernt gerecht würde.

Wo andere demokratische Länder ganze Orte in ihre Nationalfarben kleiden sowie stolz und ausgelassen Volksfeste feiern, werden in Deutschland vor allem Probleme gewälzt. Die Klassiker dabei sind unter anderem das „immer weitere Auseinanderdriften von Ost und West“ sowie die Warnungen vor einem angeblich dramatisch wachsenden Nationalismus. Zwar werden die deutschen Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold – die zu keinem Zeitpunkt unserer Geschichte Symbole von Unterdrückung und Despotie waren, sondern stets von Freiheit und Demokratie – an Behörden und öffentlichen Gebäuden gehisst, doch wird zugleich jedes wärmerde Gefühl vermieden. Freude herrscht al-

lenfalls darüber, wenn der Feiertag kalendarisch so fällt, dass er ein langes Wochenende ermöglicht, am besten wie diesmal mit einem Brückentag.

Gewiss lehren die Höhen und Tiefen unserer Geschichte, vor allem die Brüche des 20. Jahrhunderts, es mit patriotischem Übermut nicht zu übertreiben. Doch anders als von Skeptikern 1989/90 befürchtet, ist das vereinte Deutschland nicht zu einem „Vierten Reich“ geworden, das nach innen unfrei ist und nach außen andere Länder bedroht, sondern ein Land, das auf vielen Politikfeldern weltweit Achtung und ein hohes Ansehen genießt. Zumindest, solange deutsche Regierungsvertreter und Aktivisten darauf verzichten, wie in jüngster Zeit als Oberlehrer aufzutreten und andere Nationen permanent darüber belehren zu wollen, was sie zu tun und zu lassen haben. Wobei interessanterweise ausgerechnet die Nachfolger derjenigen, die vor 33 Jahren vor neuer deutscher Großmannssucht warnten, heute diejenigen sind, die am deutschen Wesen wieder einmal die Welt genesen lassen wollen.

Wo andere Länder Feste feiern, werden in Deutschland Probleme gewälzt

Entgegen allen Unkenrufen haben die Deutschen aus den Trümmern zweier Diktaturen ein leistungsfähiges Gemeinwesen aufgebaut, das – trotz aller unbestreitbar vorhandenen Probleme im Alltag – fast überall seinesgleichen sucht. Der Lebensstandard hierzulande ist einer der höchsten der Welt und die staatlichen Institutionen genießen bei der großen Mehrheit der Bevölkerung ein hohes Ansehen. Insofern haben die Deutschen allen Grund zur Freude – und das keineswegs nur zum Jahrestag der staatlichen Einheit.

Apropos Freude: Großereignisse wie das „Sommermärchen“ der Fußballweltmeisterschaft 2006 haben gezeigt, dass „die Welt“ keineswegs erschüttert ist, wenn ganz Deutschland in seinen Nationalfarben leuchtet, sondern dies im Gegenteil als etwas völlig Normales begrüßt. Wenn es also überhaupt ein Problem mit deutschem Patriotismus gibt, dann liegt es somit keineswegs bei denjenigen, die sich positiv zu diesem Land und seinen Menschen bekennen.

Diejenigen Deutschen, die ihrem eigenen Land noch immer negativ gegenüberstehen, sollten sich freilich fragen, warum gerade so viele Menschen aus aller Welt zu uns streben. Und sie sollten sich fragen, wie und wohin sie diejenigen, die zu uns kommen, integrieren wollen, wenn sie selbst kein Bewusstsein für unser Land und seine Menschen haben.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Für Nicht-Muslime gibt es in Berlin immer mehr öffentliche Tabu-Bereiche **Seite 5**

Kultur
Das Kant-Jubiläum im kommenden Jahr warf in Berlin seine Schatten voraus **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt
In Döhringen hat man den Europäischen Tag des kulturellen Erbes gefeiert **Seite 13**

Lebensstil
Wie deutscher Wein vom Luxusgut für die Reichen zum Volksgetränk wurde **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Bergkarabach-Konflikt Nach dem jüngsten aserbaidchanischen Angriff gegen die armenische Exklave in der seit Jahren umstrittenen Gebirgsregion des Kaukasus befürchten viele Armenier einen zweiten Genozid

In Arzach regiert das Recht des Stärkeren

Christen auf der Flucht – Seit den Anschlägen im September verlassen Tausende Armenier ihre Heimat

VON BODO BOST

Nach Aserbaidschans blitzartiger Militäroffensive gegen Bergkarabach mit Hunderten Toten steht die Zukunft und das Leben der 120.000 christlichen Armenier in der Region am Rande Europas auf dem Spiel. Der aserbaidchanische Präsident Ilham Alijew erklärte nach dem zweiten Tag des Angriffskriegs am 20. September bereits den Sieg über die Enklave und prahlte damit, dass sie nun vollständig unter der Kontrolle Bakus stehe und die Idee eines unabhängigen Bergkarabach endgültig der Geschichte angehöre.

Unter der Kontrolle Bakus explodierte am 25. September ein Treibstofflager bei Stepanakert, der Hauptstadt Arzachs, wobei nach armenischen Angaben mindestens 120 Armenier ums Leben gekommen sind, die dort auf Benzin warteten, um aus der Region zu flüchten. Hunderte werden noch vermisst.

Alijew versprach, nach neun Monaten Blockade und Aushungerns der Bevölkerung die Rechte und die Sicherheit der in der Region lebenden Armenier zu garantieren. Auf einen Appell von Außenministerin Annalena Baerbock, internationale Beobachter zuzulassen, ging er jedoch nicht ein. Bei der ethnischen Säuberung sind Beobachter offenbar nicht erwünscht.

Im Jahr 1915 waren die internationale Presse sowie deutsche Offiziere beim Völkermord anwesend, genutzt hat es jedoch nichts. Armenierhass gehört seit 40 Jahren, wie vor 120 Jahren in der Türkei, zur Staatsraison Aserbaidschans. Noch 2020, vor Beginn des ersten Angriffskriegs gegen die Enklave, hatte Alijew selbst seine Bevölkerung und Armee aufgehetzt, die „armenischen Hunde zu Tode zu jagen“.

Mit der Abgabe der Waffen hatte 1915 der Völkermord an den Armeniern in der heute mit Aserbaidchan verbrüderten

Türkei begonnen. Unter den Armeniern geht der blanke Horror wie 1915 um, niemand glaubt an eine friedvolle Integration des Gebiets, die Angst vor Gefangenschaft und Vertreibung geht um.

Angst vor Gefangenschaft

Als erstes wurde zu Beginn der Blitzoffensive die älteste Kirche Arzachs, das Kloster Amaras, eine Keimzelle des armenischen Christentums, von aserbaidchanischen Streitkräften besetzt. Welch ein Signal an die Christenheit. Armenien war im Jahre 301 das erste

Volk weltweit, welches das Christentum annahm. Gregor der Erleuchter, der Apostel Armeniens, war der Erbauer des Klosters Amaras.

Verhandlungen zwischen Vertretern Aserbaidschans und Arzachs über Sicherheitsgarantien und humanitäre Hilfe erbrachten keinerlei Ergebnisse. Die Zeit spielt sowieso für Aserbaidchan, das darauf spekuliert, dass sich mit der Vertreibung beziehungsweise Flucht der Karabacharmenier das Problem von selbst lösen wird. Nach einer Woche haben bereits fast 85.000 Armenier Bergkarabach

durch den neun Monate lang auch von jüdischen Extremisten aus Aserbaidchan gesperrten Latschin-Korridor Richtung Armenien verlassen. Die allermeisten haben ihre Häuser vorher verbrannt.

Das armenische Arzach mit seinen jahrhundertealten armenischen Kirchen und Klöstern wird bald der Geschichte angehören, wie das armenische Anatolien mit der einst armenischen Stadt Angora, die bald als Ankara den 100. Jahrestag ihrer Neugründung als Hauptstadt der Türkei feiern wird. An die Armenier

erinnert bald nichts mehr in Arzach, das jetzt Karabagh heißt.

Bald gibt es keine Armenier mehr in Arzach

Dass Alijew den Angriff gegen Bergkarabach während der UN-Vollversammlung startete, beweist auch seine Missachtung des Völkerrechts. Zu keiner Zeit war er bereit, den Konflikt um diese seit Jahrhunderten armenisch besiedelte Region mit friedlichen diplomatischen Mitteln zu lösen. Verhandlungen mit ihm waren immer nur Zeitschinderei.

Die Weltgemeinschaft erlaubte ihm jedoch, mit dem Völkerrecht seinen Anspruch auf das armenische Gebiet zu legitimieren. Auch der türkische Präsident Erdoğan beglückwünschte seinen „Bruder“ Alijew zum Sieg über das armenische Bergkarabach.

Aserbaidchan habe ein Recht dazu gehabt, weil das Gebiet ja völkerrechtlich zu Aserbaidchan gehöre. Das klingt so, als ob auch die Türkei 1915 das Recht gehabt hätte, seine armenischen Staatsbürger, wenn diese nicht Muslime wurden, einfach zu ermorden. Bislang hatte Erdoğan immer behauptet, die Armenier seien damals Kollateralschaden des Ersten Weltkrieges geworden.

Der Westen braucht Aserbaidchan

Ermutigt durch seinen Sieg betrachtet Baku Bergkarabach jetzt als eine interne Angelegenheit, wo nur noch das Recht des Stärkeren gilt. Russland, die einstige Schutzmacht, will und kann nichts mehr für die Armenier tun. Selbst ein halbes Dutzend russische Soldaten sind beim Angriff Alijews ums Leben gekommen. Der Westen braucht Aserbaidchan, um sich von russischem Gas unabhängig zu machen. Alijew plant derzeit bereits seinen nächsten Coup, einen Angriffskrieg gegen die Südhälfte Armeniens, die Provinz Sangesur, dort, wohin jetzt die Karabacharmenier flüchten. Die Geschichte wiederholt sich gerade.



Tausende Armenier versuchen durch den Latschin-Korridor Bergkarabach zu verlassen: Durch dieses Nadelöhr führt die einzige asphaltierte Straße nach Armenien
Foto: imago/ITAR-TASS

GESCHICHTE

Als Armenien Sowjetrepublik wurde

Weil Armenier sich der Sowjetisierung widersetzen, schenkte Stalin Aserbaidchan die Republik Bergkarabach

Anatol Hecker (1888–1937), ein russlanddeutscher Sowjetgeneral, rettete vor 100 Jahren die Armenier vor einer Vollendung des Völkermords, indem er Sowjetarmenien errichtete. Weil sich einige Armenier in Sangesur und Bergkarabach der Sowjetisierung widersetzen, schenkte Stalin die Region Bergkarabach Aserbaidchan.

Seit Kurzem wird in fast allen deutschen Medien von einer Wiedereingliederung Bergkarabachs nach Aserbaidchan gesprochen. Das armenische besiedelte Karabach war jedoch, obwohl es seit 1921 auf Veranlassung Stalins zu Sowjetaserbaidchan gehörte, nie direkter aserbaidchanischer Herrschaft unterstellt. In der Sowjetzeit genoss die Region Autonomie und Selbstverwaltung, die von den Sowjets garantiert wurde.

Nach dem ersten Völkermord an den Armeniern im Osmanischen Reich hatten sich etwa eine halbe Million Überlebende in den russischen Kaukasus gerettet, wo etwa 300.000 alteingesessene Armenier bereits lebten. Im russischen Teil Arme-

niens entstand nach der Oktoberrevolution am 28. Mai 1918 die „Demokratische Republik Armenien“.

Ein Russlanddeutscher rettete die Armenier

Das animierte den osmanischen Kriegsmminister Enver Pascha, wie bereits 1915 in Ost-Anatolien, auch im Kaukasus die Armenierfrage für immer zu beseitigen. Dazu stellte er sich sogar gegen seinen Bundesgenossen Deutschland. Denn Deutschland hatte Georgien einen Schutzvertrag ausgestellt und dort Truppen stationiert. In Georgiens Hauptstadt Tiflis hatte zunächst auch die armenische Republik ihren Sitz. Kurz bevor die Türken in Tiflis ihre Kanonen auch auf die deutschen Verbündeten richteten, verließ die armenische Regierung Tiflis und zog nach Eriwan. Enver gelang es nicht, trotz mehrfacher Überlegenheit, diese Stadt einzunehmen, so verbissen kämpften die armenischen Völkermordüberlebenden unter dem legendären General Andranik Ozany-

an. Enver zog von Armenien nach Baku, wo die Türken schon damals von den Aze-ris als Brüder begrüßt wurden.

Nach der Niederlage des Osmanischen Reiches im November 1918 musste es ge-

300.000

Armenier lebten bereits vor dem Völkermord im Osmanischen Reich als Alteingesessene im Kaukasus

genüber den Alliierten eine Ausdehnung Armeniens in die Völkermordgebiete Ost-Anatoliens akzeptieren. 150.000 Armenier kehrten dorthin zurück. In Sivas hatte sich jedoch 1919 eine türkische Gegenregierung unter Mustafa Kemal Atatürk gebildet, welche die Verträge von Mudros und

Versailles/Sèvres nicht anerkannte. Kemal schickte seinen General Kazim Karabekir im September 1920 ebenfalls Richtung Kaukasus, denn Enver, der von den Alliierten als Völkermörder gesucht wurde, hatte die Fronten gewechselt und sich den Sowjets angedient.

Karabekir eroberte die armenische Stadt Kars, und die alte Hauptstadt Armeniens, Ani. Am 17. Oktober vereinten sich die türkischen und aserbaidchanischen Streitkräfte in Iqdir. Die freien Armenier, nach Völkermord und Bürgerkrieg erschöpft und ohne Schutz des Völkerbunds, kapitulierten am 2. Dezember in Gjumri.

Am 30. Oktober 1920 kam der Georgier Stalin, sowjetischer Kommissar für Nationalitätenangelegenheiten, nach Baku, wo die Bolschewiken bereits die Nationalisten abgelöst hatten. Er wollte Armenien in die Sowjetunion eingliedern und schickte die 11. Sowjetische Armee unter Leitung des Russlanddeutschen Anatol Hecker Richtung Eriwan. Hecker erreichte am 2. Dezember vor Karabekir Eriwan, und

rief einen Tag später die armenische Sowjetrepublik aus. Die beiden armenischen Generäle Dro und Nejtch widersetzten sich und gründeten im Süden von Eriwan die freie Republik Bergarmenien, dazu gehörten Oblast Bergkarabach. Die aufständischen Bergarmenier konnten sich dank britischer Unterstützung noch einige Monate halten, bevor sie den Kampf gegen die Sowjets aufgaben.

Wegen dieses Widerstandes schlug Stalin Bergkarabach im Juli 1921 als „Autonome Oblast Bergkarabach“ indirekt der Sowjetrepublik Aserbaidchan zu, obwohl dort infolge der Flucht der Völkermordüberlebenden die Armenier 90 Prozent der Bevölkerung stellten. Eine direkte Kontrolle des Gebiets, wie sie Alijew jetzt anstrebt, hatte Aserbaidchan also nie. Nur das Gebiet zwischen Bergkarabach und Armenien, das rote Kurdistan, wo hauptsächlich Kurden lebten, wurde direkt Baku unterstellt, es trennte ab sofort die größten armenischen Siedlungsgebiete der Sowjetunion.

Bob

Berlin in der Migrationsfalle

Mit der Zahl der Zuwanderer steigen auch die Umfragewerte der AfD – während die Ampelparteien dramatisch an Zustimmung verlieren. Dabei könnte sich die Regierung von den Dänen abschauen, wie das Problem auch von links gelöst werden kann

VON HOLGER FUSS

Je fortschrittlicher sich dieses Ampel-Deutschland gebärdet, desto spießiger und kleinkariert tritt es auf. Kaum hatte CDU-Chef Friedrich Merz in der vergangenen Woche seinen „Zahnarztgate“-Satz ausgesprochen, schon wurde der erwartbare Wirbel entfacht, in dem die üblichen Verdächtigen ihre Textbausteine in die Luft warfen. In einer Talkrunde mit den Parteiführern Lars Klingbeil (SPD) und Omid Nouripour (Grüne) beklagte Merz die Pull-Faktoren, die konkurrenzlosen Wohlfahrtsleistungen, mit denen Deutschland ein Viertel aller Asylsuchenden in der EU herbeilockt und damit das beliebteste Zielland in Europa ist. 300.000 Asylbewerber, so Merz, sind abgelehnt, würden aber nicht ausreisen, sondern „die vollen Leistungen bekommen. Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen und die deutschen Bürger nebedran kriegen keine Termine.“

Damit war, mal wieder, das seit Jahren über Zuwanderer verhängte Tabu berührt, wonach jegliche Kritik an Missständen der Migrationsfront wahlweise als „rechtsextrem“, „rassistisch“, „menschenverachtend“, „ausländerfeindlich“, „sozialneidisch“ oder „AfD-nah“ stigmatisiert wird. Erstaunlicherweise funktionieren diese Reflexe so verlässlich wie die Fallgesetze. Diesmal war sogar von den Parteilinken in der Union in Gestalt des Vizechefs des CDU-Sozialflügels Christian Bäumler zu hören: „Viele CDU-Mitglieder schämen sich für ihren Parteivorsitzenden.“

Offensichtlich neigt der Ampel-Zeitgeist dazu, lieber über Tonalitäten und Regelverstöße zu debattieren, als konkrete Probleme anzusprechen, geschweige denn zu lösen. Die verklemmte Atmosphäre erinnert ein bisschen an den Habitus jener Hausfrau in den ersten Nachkriegsjahrzehnten, die sich, wenn das Telefon klingelte, noch mit flinken Fingern ihre Frisur gerichtet hat, ehe sie den Hörer abhob. Und gerade diese rhetorischen Ablenkungsmanöver, lieber über Zahnersatz als über Pull-Faktoren zu reden, zeigen, wie die Bundesregierung mit ihrer Migrationspolitik zunehmend unter Druck gerät.

Denn Friedrich Merz hat mit seinem Hinweis keineswegs Unrecht, wie sein Generalsekretär Carsten Linnemann erläutert: „In keinem anderen europäischen Land bekommt ein abgelehnter Asylbewerber nach 18 Monaten eine bessere soziale Leistung als nach 17 Monaten. Deshalb ist es richtig, dass wir bei abgelehnten Asylbewerbern die Sozialstandards senken.“

Ein Land an der Belastungsgrenze

Es scheint Bewegung in die Flüchtlingsdebatte zu kommen. Nach den Migrationswellen anno 2015 und 2016 sind die Zahlen der Menschen, die in die Europäische Union drängen, wieder in die Höhe geschneit. Allein im ersten Halbjahr 2023 kletterte die Zahl der Asylanträge in der EU auf 519.000, das sind 28 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Obendrein genießen in der Union aktuell rund vier Millionen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine vorübergehenden Schutz. Die meisten von ihnen kamen 2022 und müssen wegen einer Sonderregel kein Asyl beantragen.

Die mit Abstand meisten Asylanträge in der Europäischen Union werden in Deutschland gestellt, nämlich 30 Prozent. Das sind doppelt so viele wie in den nächstplatzierten Staaten Spanien (17 Prozent) und Frankreich (16 Prozent). Rund 218.000 Menschen stellten 2022 ihren Erstantrag in Deutschland – fast so viele wie im Zeitraum Januar bis August 2023 (220.116 Anträge).

Kein Wunder, dass die Länder und Kommunen mit ihren Aufnahme- und Versorgungskapazitäten längst ihr Limit erreicht haben. Manche Kommunen mussten die



Kultur der Ignoranz: Obwohl die mit der Massenzuwanderung einhergehenden Probleme offensichtlich sind, wurden sie lange ausgeblendet. Die Abkehr zahlreicher Wähler von den etablierten Parteien ist dafür die Quittung Foto: pa

Neuankömmlinge bereits in Turnhallen und Zelten unterbringen, im nordrhein-westfälischen Odenthal soll die Trauerhalle des Friedhofs als Notunterkunft genutzt werden. Aktuell gehe es nur darum, „Obdachlosigkeit zu vermeiden“, so die niedersächsische Innenministerin Daniela Behrens (SPD), von Integration könne keine Rede mehr sein.

Spätestens seit Herbst vergangenen Jahres ignorierte die Bundesregierung die illegale Migration weitgehend und streitet bis heute den Pull-Faktor beharrlich ab, dass sich Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten deshalb auf den Weg nach Deutschland machen, weil hier üppigere Sozialleistungen winken als in andere EU-Ländern. Unterdessen erreichte die AfD in Umfragen Rekordwerte. Derzeit steht die Protestpartei bundesweit bei 22 Prozent, sechs Punkte hinter der Union und sechs Punkte vor der Kanzlerpartei SPD.

Seltsamerweise scheint keine der anderen Parteien im Bundestag zu begreifen, dass die AfD von ihren Gegnern buchstäblich in die Höhe gepusht wird. Jeder Versuch, die Protestpartei aus dem demokratischen Diskurs herauszuhalten, sie als Naziclique und Gottseibeiuns-Truppe zu etikettieren, zu der eine Brandmauer gehalten werden muss, erweist sich als Wahlkampfunterstützung für die AfD. Denn solange die Parteien des selbstgezielten demokratischen Lagers das AfD-Personal als „Antidemokraten“ ausgrenzen, markieren sie diese Partei als einzige real existierende Opposition wider eine demokratische Allianz, die sich zusehends selbstverähnlicht.

Wer nämlich die dauergrün blinkende Ampelkoalition ablehnt, weil er mit der Migrationspolitik, der Energie- und Klimapolitik, dem elenden Gendern und anderen kulturellen Verflüssigungen nicht einverstanden ist, wird weder von der Union bedient noch von der Linkspartei. 64 Prozent der Deutschen sehen in der Migration „eher Nachteile“, ergab eine jüngste Erhebung von Infratest Dimap. Das sind zehn Prozentpunkte mehr als noch im Mai. Nur für ein gutes Viertel der Befragten überwiegen noch die Vorteile. Fast zwei Drittel der Bürger wollen weniger Zuwanderung. Was sollen diese Menschen wäh-

len, um Gehör zu finden? Ist es verwunderlich, wenn sich einige von ihnen, wenn auch zähneknirschend, für die AfD entscheiden?

Vorbild Dänemark

AfD und Migration hängen eng miteinander zusammen. Beide Probleme – das erste vor allem eines der etablierten Parteien – könnten mit ziemlich naheliegenden Methoden gelöst werden. Im Nachbarland Dänemark machen es ausgerechnet die Sozialdemokraten vor. Die dänischen Genossen haben verstanden, dass alle Wohltätigkeit ihre natürlichen Grenzen hat und ein Sozialstaat nur überleben kann, solange seine Leistungen von der jeweiligen Nationalökonomie auch erwirtschaftet werden.

2021 sagte die sozialdemokratische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen: „Wir müssen sicherstellen, dass nicht zu viele Menschen in unser Land kommen, sonst kann unser Zusammengehörigkeitsgefühl nicht existieren.“ Damals hatte das dänische Parlament ein Gesetz verabschiedet, mit dem der gesamte Asylprozess in Drittländer delegiert werden sollte. Gespräche wurden mit Ruanda, Tunesien, Äthiopien und Ägypten geführt, um in Dänemark nur Menschen aufzunehmen, die in erster Instanz außerhalb Dänemarks einen positiven Asylbescheid bekommen.

Des Weiteren gilt in Brennpunktvierteln des Königreichs eine Quote von 30 Prozent für nichtwestliche Zuwanderer, um eine gute Durchmischung und Integration zu gewährleisten sowie Parallelgesellschaften nicht entstehen zu lassen. Asylbewerbern werden bis zu 5400 Euro für eine freiwillige Rückkehr gezahlt. Abgelehnte Bewerber werden in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt und müssen sich in sogenannten „Rückkehrzentren“ aufhalten, solange eine Abschiebung wegen der Sicherheitslage in ihrem Heimatland nicht möglich ist. Bei der Einreise können Asylbewerbern Vermögensgegenstände abgenommen werden, um die Kosten zu decken. Bis zu 300 in Dänemark verurteilte Straftäter aus Drittländern sollen im Gefängnis in Kowo untergebracht werden. Nach dem Haft-

ende sollen sie direkt in ihre Heimatländer abgeschoben werden.

All diese Maßnahmen, die deutschen Sozialdemokraten die Haare zu Berge stehen lassen, dienen einem Zweck: Abschreckung. Die Dänen haben von den Deutschen gelernt und wollen vermeiden, für Asylbewerber und migrantische Glückssucher allzu attraktiv zu sein. Mit Erfolg: In den ersten fünf Monaten 2023 wurden in Dänemark gerade mal 1048 Asylanträge registriert, in Deutschland waren es bis Ende Mai 125.566 Erstanträge und 10.395 Folgeanträge. Unter den EU-Ländern liegt Dänemark bei den Asylanträgen auf Platz 18 – und Deutschland auf Platz 1.

Die rechtspopulistische Dänische Volkspartei konnte Frederiksen mit ihrer Politik bei den Parlamentswahlen 2022 auf marginale 2,6 Prozent drücken. Prinzipiell könnten auch die deutschen Sozialdemokraten die AfD aus den Parlamenten fegen, indem sie sich „rechte“ Themen links aneigneten und wieder zur wirklichen Volkspartei würden.

Ohnehin dürfte zu den Grundirrtümern der Berliner Republik die Annahme gehören, Migrationsskepsis sei ein genuin rechter Topos. Tatsächlich gibt es auch eine profunde Migrationskritik von links. Sie greift gleichsam das schmutzige Familiengeheimnis der Willkommenskultur an.

Zuwanderungskritik von links

Denn die Triebkräfte zur Aufnahme von Einwanderern waren schon immer wirtschaftliche Beweggründe, die mit humanitären Motiven bestenfalls maskiert wurden. Der österreichische Sozialhistoriker Hannes Hofbauer hat dies bereits 2018 in seinem Buch „Kritik der Migration. Wer profitiert und wer verliert“ beschrieben. Bemerkenswert ist Hofbauers Untersuchung deshalb, weil er eine linke Kritik an der Migration formuliert, und nicht, wie sonst üblich, von interessierter rechter Seite. Für ihn sind massenhafte zwischenstaatliche Wanderungsbewegungen ein „Ausdruck sozialer Missstände, und zwar sowohl in den Herkunfts- als auch in den Zielländern“.

Zu welchem Zweck aber dient die Aufnahme von Migranten? Hofbauer: „Für viele Unternehmensbranchen bedeutet Migration nichts anderes als die Mobilisierung von Arbeitskräften, die billig zu haben sind.“ Und wird nicht bis heute Gerhard Schröders Agenda 2010 von ihren neoliberalen Verteidigern wegen der Einführung des Niedriglohnssektors gerühmt, der jahrelang für neues Wirtschaftswachstum gesorgt haben soll?

Hofbauer beschreibt die Willkommenskultur als eine Verschleiерungspropaganda zugunsten der Interessen des globalisierten Turbokapitalismus. „Kapitalvertreter würdigen Migration dementsprechend als positiv, begleitende Medien erfinden dazu eine passende Ideologie und sprechen von ‚Welttoffenheit‘.“ Als linker Kritiker stellt Hofbauer klar: „Sich dies einzugestehen, darf nicht gleichbedeutend mit einer migrantenfeindlichen Einstellung sein, sollte aber zu einer migrationskritischen Haltung führen.“

Eine restriktive Migrationspolitik nach dänischem Modell wird womöglich nur ein SPD-Kanzler hierzulande gesellschaftsfähig machen können. Rechte Projekte werden am besten von linken Politikern durchgesetzt – und umgekehrt. So, wie wohl nur ein Kanzler Schröder einst eine Arbeitsmarkt-Agenda 2010 vermitteln konnte und eine Kanzlerin Merkel eine Energiewende. Aber wann werden die Sozialdemokraten wieder einmal einen Kanzler von Format hervorbringen?

● Holger Fuß ist freier Autor und schreibt für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über Politik, Wissenschaft, Kultur und Zeitgeschehen. 2019 erschien „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt. Über das Ende einer Volkspartei“ (FinanzBuch Verlag). www.m-vg.de

Tatsächlich gibt es auch eine profunde Migrationskritik von links. Sie greift gleichsam das schmutzige Familiengeheimnis der Willkommenskultur an

● MELDUNGEN

Geld zurück
an Klimakleber

Berlin – Wie das Berliner Verwaltungsgericht mitteilte, darf die Berliner Polizei vorerst keine Gebühren für das Ablösen und Wegtragen von Klima-Extremisten verlangen, die sich auf der Straße festkleben. Einem Aktivist, der sich im Juni 2022 auf einer Straßenkreuzung festgeklebt hatte, hat die Polizei einen Gebührenbescheid über 241 Euro zugesandt. Ein Widerspruch des Demonstranten blieb erfolglos. Daraufhin erhob er Klage und stellte einen Eilantrag gegen den sofort vollziehbaren Gebührenbescheid. Mit der Entscheidung des Gerichts muss dem Mann nun das Bußgeld erstattet werden. Aus Sicht der Richter liegen die Voraussetzungen für eine Gebührenerhebung nach den entsprechenden Gesetzesregelungen nicht vor. Gegen den Beschluss zum Eilantrag kann beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg Beschwerde eingelegt werden. Ein endgültiges Urteil steht also womöglich noch aus. *H.M.*

Unbeliebter
Habeck

Wernigerode – Eine Ehrung von Wirtschaftsministers Robert Habeck ist in Wernigerode (Sachsen-Anhalt) auf teilweise heftige Kritik gestoßen. Habeck hatte die Kleinstadt im Harz anlässlich der Energieministerkonferenz der Bundesländer besucht, die vom 26. bis 28. September dort stattfand. Auf Einladung von Oberbürgermeister Tobias Kascha (SPD) durfte er sich während seines Aufenthalts in das Goldene Buch der Stadt eintragen. Bereits am 21. September hatten zunächst Bürger auf einer Sitzung des Stadtrates ihren Unmut darüber geäußert. Schließlich nahm auch ein großer Teil der Stadträte Stellung gegen die Ehrung. Dabei kündigten die Fraktionen von CDU und Haus & Grund/FDP an, dem Empfang im Schloss Wernigerode fernzubleiben. Der CDU-Fraktionschef Matthias Winkelmann sagte zur Begründung, Habecks ideologiegetriebene Politik habe großen Schaden verursacht. *H.M.*

Jeder fünfte
Rentner ist arm

Luxemburg – Fast jeder fünfte Rentner in Deutschland lebt aktuell unter der Armutsgrenze, weil er ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 1250 Euro hat. Das vermeldete das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) unter Bezug auf kürzlich erhobene Daten. Damit gibt es in der Bundesrepublik mehr arme Rentner als im EU-Durchschnitt. Dieser liegt bei 16,2 Prozent, während in Deutschland 18,2 Prozent der Rentempfänger als arm gelten. Besonders auffällig ist dabei der Unterschied zu Frankreich und dem hoch verschuldeten Griechenland, wo Eurostat nur jeweils um die elf Prozent Rentner unter der Armutsgrenze registrierte. Die Bundesregierung kommentierte diese Zahlen mit den Worten, dass „aus einer niedrigen Altersrente in der gesetzlichen Rentenversicherung ... grundsätzlich nicht auf ein niedriges Alterseinkommen geschlossen werden“ dürfe. Denn neben der Rente könne es durchaus noch weitere Einnahmequellen geben. *W.K.*



Bundespolitische Ambitionen auf der Kippe: Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU)

Foto: imago/Chris Emil Janßen

WAHL IN BAYERN

30 Prozent rechts der CSU

Für Markus Söder könnte der Sonntag das Ende der Kanzlerträume bedeuten

VON PETER ENTINGER

Um seinen Job in der Münchner Staatskanzlei muss der bayerische Ministerpräsident Markus Söder vor der Wahl am Sonntag im Freistaat nicht fürchten. Wohl aber um seine bundespolitischen Ambitionen. Vor fünf Jahren reichte es für die CSU nur noch zu 37,2 Prozent – zuletzt hatten die Christsozialen 1954 unter der 40-Prozent-Marke gelegen. Über Jahrzehnte bildete die erfolgsverwöhnte CSU eine Alleinregierung, doch dieser Glanz ist längst verblasst.

Behalten die Demoskopen recht, dann wird Söder zwar auch die nächste bayerische Regierung anführen, seiner Partei droht allerdings eine Unterbietung des ohnehin mehr als blassen 2018er-Resultats. Schon vor fünf Jahren war die CSU mit dem Ziel von mindestens 40 Prozent in den Wahlkampf gestartet und gescheitert. Im zu Ende gehenden Wahlkampf sah es lange so aus, als könnten sie dieses

Ziel endlich wieder erreichen. Doch dann kam die Aiwanger-Affäre dazwischen. Söder hat seinen Stellvertreter und Freien-Wähler-Chef zwar entgegen allen Prognosen nicht fallengelassen, aber profitiert hat er von seinem Krisenmanagement auch nicht. Die Freien Wähler, bisher artiger Juniorpartner in der Koalition, legten dagegen in allen Umfragen zu und erreichten zwischenzeitlich Spitzenwerte von bis zu 17 Prozent. Zuletzt sagten die Demoskopen der Partei 15 bis 16 Prozent voraus, was immer noch deutlich über dem Wahlergebnis von 11,6 Prozent bei den Wahlen von 2018 läge.

Fehler, Aiwanger zu unterschätzen

Einige hatten hämisch gegrinst, als Söder vor fünf Jahren den niederbayerischen Politiker und Freie-Wähler-Chef Hubert Aiwanger zum Wirtschaftsminister machte. Vor allem in den Reihen der CSU war die Hoffnung groß, der populäre Redner würde sich im Amt entzaubern. Doch Aiwanger hat sich selbstständig. Durch

eine regierungskritische Rede im Sommer in Erding gelangte er zu bundesweiter Popularität. Söder wurde an Ort und Stelle ausgepöfht. Seitdem gilt das Verhältnis der beiden als kühl.

In der CSU heißt es, es sei ein Fehler gewesen, Aiwanger zu unterschätzen. Den Fehler hat übrigens auch die AfD gemacht. Aiwanger sei ein Steigbügelhalter der Etablierten, hatte AfD-Landeschef Stephan Protschka noch vor Monaten gelästert. Jetzt müssen die „Blauen“ mit ansehen, wie die Freien Wähler in allen Umfragen an ihnen vorbeigezogen sind.

Plötzlich gibt es dort Konkurrenz, wo nach den Worten des CSU-Übervaters Franz Josef Strauß gar nichts existieren dürfte: rechts von der CSU. Freie Wähler und AfD kommen in den Tagen vor der Wahl zusammen auf gut 30 Prozent der Stimmen. Vor fünf Jahren erreichte die AfD nur etwas mehr als zehn Prozent. Das wurde damals als Erfolg verbucht, auch mit dem Verweis auf die lokal stark verankerten Freien Wählern.

WAHL IN HESSEN

Nancy Faeser droht das Karriere-Aus

CDU darf auf komfortable Spitzenposition hoffen – AfD steht laut Demoskopen vor Rekordergebnis

Kurz vor der Hessen-Wahl kann Ministerpräsident Boris Rhein entspannt auf die Umfragen blicken: Seine CDU liegt stabil vorn. Umfragen bescheinigen den Christdemokraten im Vergleich zur vergangenen Wahl Zuwächse von drei bis vier Prozentpunkten. Rheins Wahlziel, mehr als 30 Prozent der Stimmen zu erreichen, scheint damit in greifbarer Nähe zu sein. Vor fünf Jahren kam die CDU in Hessen auf 27,0 Prozent. Gleichauf, mit jeweils 19,8 Prozent, landeten SPD und Grüne abgeschlagen hinter der Union, die sich schließlich für ein Bündnis mit der Öko-Partei entschied. Rhein, ein 51 Jahre alter Jurist, trat im Frühjahr 2022 die Nachfolge des langjährigen Regierungschefs Volker Bouffier an. Der Stabwechsel in der Wiesbadener Staatskanzlei verlief geräuschlos.

Und so war Rheins einziges Problem, während des Wahlkampfs die eigene Basis

zu motivieren. „Das ist nicht ganz ungefährlich“, sagte er mit Blick auf die Werte der Demoskopen. Die könnten den Eindruck erwecken, es sei schon alles gelaufen. „Aber in Hessen ist nie alles gelaufen, bevor nicht alle Stimmen in der Wahlurne sind. Wir müssen höllisch aufpassen.“

Zu deutlich war der Vorsprung in allen Umfragen, in denen SPD und Grüne mit jeweils 17 Prozent wieder um den zweiten Platz rangeln, dicht gefolgt diesmal von der AfD, die Anfang der Woche auf 16 Prozent taxiert wurde. Die Rechtspartei profitiert dabei von ihrem bundesweiten Höhenflug. Ihr Aufschwung in Hessen ist dennoch erstaunlich, da die bisherige Landtagsfraktion während der Legislaturperiode vor allem durch interne Querelen und Austritte von sich reden machte. Rainer Rahn, Spitzenkandidat vor fünf Jahren, hat Fraktion und

Partei bereits Anfang 2022 verlassen. Die Arbeit in der Landtagsfraktion sei von „antidemokratischem Geist“ geprägt, erklärte er. Den Landeschef und diesjährigen Spitzenkandidat Robert Lambrou ficht das nicht an. Er spricht von Kinderkrankheiten und Wachstumsschwierigkeiten, die man überwunden habe, und sagt seiner Partei ein Resultat von mehr als 15 Prozent voraus.

FDP am Fünf-Prozent-Abgrund

Die Wahl in Hessen hat durchaus auch bundespolitische Bedeutung. Zum einen könnte Rhein durch einen Wahlsieg in den Reihen der CDU-Granden aufsteigen, zum anderen droht der amtierenden Bundesinnenministerin Nancy Faeser ein empfindlicher Karriereknick. SPD-Chef und Bundeskanzler Olaf Scholz schickte sie nach Hessen, um Rhein zu schlagen.

Zwar ist das Migrations-Thema in allen Umfragen der Wahlkampf-Aufreger Nummer eins, doch richtig Fahrt hat die AfD-Kampagne nicht aufgenommen. Mal 13, mal 14, mal zwölf Prozent sagen die Meinungsforscher der Partei voraus. Das ist im Vergleich zu den bundesweiten Werten wenig.

Von einer „Zerfaserung und Zersplitterung“ der Parteienlandschaft hat CSU-Chef Söder beim Parteitag der Christsozialen gesprochen. Und so ist das Rennen um Platz zwei tatsächlich eine der wenigen offenen Fragen. Freie Wähler und Grüne liegen Kopf an Kopf, einige Punkte dahinter die AfD. Ob die Lampedusa-Krise doch noch Protestwähler zur AfD treiben könnte, wollten Demoskopen vor der Wahl nicht sicher sagen. Ausgeschlossen ist es nicht.

Ein mittleres Wunder benötigt dagegen die FDP. Der durchaus eloquente und bekannte Spitzenkandidat Martin Hagen wählte seine Truppen noch vor wenigen Monaten sicher im Parlament. Doch dann brach die Kampagne gegen Aiwanger los. Hagen machte das, was Liberale in solchen Zeiten gerne tun. Er schlug sich auf die Seite der empörten Linken und forderte den Rücktritt des Wirtschaftsministers. Mit der Folge, dass einige Sympathisanten seiner Partei zu den Freien Wählern abwanderten. Lediglich drei Prozent würden die Liberalen in den Tagen vor der Wahl wählen.

SPD-Übertritte zu Freien Wählern

Markus Söder wird das herzlich egal sein. Er hat sich bereits auf eine Fortsetzung der Koalition mit Aiwangers Partei festgelegt. Ein Bündnis mit den Grünen wäre der Basis nicht vermittelbar, und die SPD, die wohl auf Platz 5 landen wird, spielt im Freistaat fast keine Rolle. Als letzten Nasenstüber mussten die ohnehin am Boden liegenden bayerischen Sozialdemokraten verkraften, dass die beiden SPD-Stadträte in Aiwangers Heimatstadt Rottenburg an der Laaber nur Tage vor der Landtagswahl ihren Übertritt zu den Freien Wählern angekündigt haben. Damit protestieren sie nach eigenen Worten gegen das ihrer Meinung nach unfaire Verhalten der SPD in der Flugblatt-Affäre um Aiwanger und dessen Bruder Helmut.

Bloß wieder stärkste Partei zu werden wird Söder nicht reichen, will er nach der Wahl in Sachen Kanzlerkandidatur der Union ein Wörtchen mitreden. Übertrifft er das 2018er-Ergebnis nicht, könnte im Freistaat überdies erstmals die Diskussion aufkommen, ob es in der CSU nicht jemanden gibt, der künftig bessere Ergebnisse einfahren könnte. Mit Verlierern waren die Christsozialen selten zimperlich.

Jetzt zeichnet sich eine üble Schlappe ab. Faeser hatte sich geweigert, ihr Ministeramt aufzugeben, und beabsichtigt nicht, nach der Wahl als Fraktionsvorsitzende ihr Landtagsmandat anzunehmen, falls der Urnengang in eine Niederlage für die SPD mündet. Ob sie aber in Berlin nach dem Wahlabend noch eine Zukunft haben wird, darf getrost bezweifelt werden.

Das Ampel-Klima in den kommenden Wochen dürfte auch erheblich vom Abschneiden der FDP abhängen. 1982 flog sie letztmals aus dem Wiesbadener Parlament, die aktuellen Umfragen sahen die Liberalen kurz vor der Wahl knapp über der Fünf-Prozent-Hürde. Ein Scheitern eines ihrer stabilsten Landesverbände dürfte parteiintern als GAU gewertet werden und die Diskussion befeuern, ob die FDP in Berlin als Juniorpartner von SPD und Grünen noch eine Zukunft hat. *P.E.*

ZUWANDERUNG I

„No-go-Area“ für Nicht-Muslime

In Berlins Problembezirk Neukölln geraten liberale Lebensformen zunehmend unter Druck

VON HERMANN MÜLLER

Nach einer Reihe von Gewalttaten drängt sich die Frage auf, ob der Berliner Bezirk Neukölln immer mehr zu einer riesengroßen „No-go-Area“ verkommt, in der sich Zustände wie in archaischen Gesellschaften einstellen.

Wie schnell und ungehemmt muslimische Fanatiker mittlerweile auf Berlins Straßen ihren Hass ausleben und brutal Gewalt ausüben, zeigt ein Appell von Neuköllns Bürgermeister Michael Hikel an die Bürger. Gegenüber der „Welt“ sagte der SPD-Politiker: „Allein in den vergangenen Wochen wurden in Berlin ein Hebräisch sprechender Tourist, ein lesbisches Paar, ein schwuler Mann und nun offenbar ein Mann, der eine islamische Gebetsmütze als modisches Accessoire trug, brutal zusammengeschlagen. Das ist eine erschreckende Gewaltserie, die zeigt, dass freiheitliche Werte im Alltag regelmäßig angegriffen werden.“ Hikel weiter: „Jedem Neuköllner muss klar sein, dass in einem freiheitlichen Land die individuelle Freiheit und Lebensführung der Einzelnen nicht angegriffen werden dürfen.“

Zu der von Neuköllns Bürgermeister angesprochenen „erschreckenden Gewaltserie“ gehört der Fall eines nicht-muslimischen Deutschen, der mutmaßlich von einem religiösen Fanatiker krankenhausaufgeprügelt worden ist. Als Anlass reichte dem Täter offenbar, dass das Opfer eine islamische Gebetsmütze getragen hat, ohne selbst Muslim zu sein. In einem Lokal an der Neuköllner Schillerpromenade war dem 34-jährigen Mann mehrfach mit der Faust ins Gesicht geschlagen worden. Nach Polizeiangaben soll der Täter dem Mann gesagt haben, er solle sich vorher überlegen, welche Mütze er trage. Mitsamt einem weiteren Tatverdächtigen flüchtete der Schläger. Das attackierte Opfer musste von Rettungssanitätern mit gebrochener Nase und einer Platzwunde in ein Krankenhaus gebracht werden. Nach derzeitigem Ermittlungsstand geht die Polizei von religiösem Fanatismus als Motiv aus.

Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek, hatte kurz nach dem Bekanntwerden des Vorfalls auf „X“ (vormals Twitter) dagegen von einem „klassisch islamfeindlichen Akt“ geschrieben und dabei auch den



Wird zunehmend zum Problemgebiet für Nichtmuslime: Freitagsgebet in einer Moschee in Berlin-Neukölln

Foto: pa

Hashtag #AntimuslimischerRassismus gesetzt. Neuköllns Bürgermeister Hikel reagierte darauf mit scharfer Kritik: „Sollte die Darstellung der Polizei zutreffen, und die Täter waren tatsächlich muslimische Fundamentalisten, hat Aiman Mazyek mit seiner voreiligen Stellungnahme Täter und Opfer umgekehrt. Ich plädiere nach solchen Vorfällen für Besonnenheit, wenn man sich verantwortungsvoll äußern will.“

Der Staatsschutz schaltet sich ein

Wie bei Hasskriminalität üblich, hat im Fall des krankenhausaufgeprügelt Deutschen der polizeiliche Staatsschutz des Landeskriminalamtes die Ermittlungen übernommen. Ebenfalls beim Staatsschutz ist der Fall von zwei niederländischen Touristen gelandet, die im August in Neukölln mit Fahrrädern unterwegs waren. An der Ecke Pannier-/Weserstraße waren die beiden Besucher von drei Männern auf Elektro-Rollern überholt und ohne ersichtlichen Grund angespuckt, als „Scheiß Juden“ beschimpft und verprügelt worden. Nach Angaben von Ermittlern sollen die

jugendlichen Täter kurze schwarze Haare und Drei-Tage-Bärte gehabt haben.

Ebenfalls im August kam es zu einer Attacke auf einen israelischen Touristen. In Kreuzberg, dem Nachbarbezirk Neuköllns, hatte ein 19-jähriger Israeli auf der Straße in hebräischer Sprache telefoniert. Nach Schilderung des jungen Mannes hielt plötzlich neben ihm ein Auto an. Drei Insassen sollen ausgestiegen sein und den Touristen mit Schlägen und Trit-

ten attackiert haben. Da die Polizei von Antisemitismus als Motiv ausgeht, hat der Staatsschutz des Landeskriminalamtes die Ermittlungen übernommen.

Nicht nur von der Berliner Politik gern propagierten Vielfalt und Toleranz passen auch die Anfeindungen und Angriffe auf Homosexuelle. Auch dabei gehen zumeist jugendliche Fanatiker oft mit großer Brutalität vor. Im September vergangenen Jahres wurden ein 48-Jähriger und sein 43 Jahre alter Freund im Neuköllner Rollbergviertel nicht nur von einer Gruppe jugendlicher beleidigt und bespuckt, sondern auch mit einem Pflasterstein beworfen sowie mit Fausthieben und Stöcken attackiert. Nähere Angaben zu den Tatverdächtigen machte die Polizei nicht. Ein anderes Opfer solcher Gewalt, ein 44-jähriger Deutscher, hatte nach einem brutalen Überfall dem „Tagesspiegel“ berichtet, er und auch viele seiner Freunde seien mittlerweile aus Neukölln weggezogen, weil sie die offene Schwulenfeindlichkeit und die „homophoben Attacken dort nicht mehr aushalten“.

„Das ist eine erschreckende Gewaltserie, die zeigt, dass freiheitliche Werte im Alltag regelmäßig angegriffen werden“

Michael Hikel,
Bezirksbürgermeister Berlin-Neukölln

ZUWANDERUNG II

Brandenburg ringt mit Schleuserkriminalität

Während die CDU Grenzkontrollen und Zurückweisungen fordert, sehen die Grünen eine „Scheindebatte“

In der Diskussion um die Einführung von stationären Kontrollen an der Grenze zu Tschechien und Polen rückt zunehmend das Thema der Schleuserkriminalität in den Fokus. Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) hat am 25. September bei einem Pressetermin an einer Kontrollstelle bei Roggosen (Landkreis Spree-Neiße) eine Zwischenbilanz des Einsatzes der Landespolizei in der Grenzregion gezogen. Nach gut zwei Wochen Einsatz der Beamten im grenznahen Raum war der Minister positiv gestimmt: „Seit Beginn der verstärkten Kontrollen sind in enger Zusammenarbeit mit der Bundespolizei bisher fast 550 illegal eingereiste Personen und acht mutmaßliche Schleuser aufgegriffen worden.“

Bei den Tatverdächtigen handelt es sich um Personen niederländischer, tunesischer, rumänischer, georgischer, tür-

kischer und polnischer Nationalität. Als Beispiel für einen Fahndungserfolg führte Stübgen den Fall eines Schleusers an, der „mit 24 Flüchtlingen in einem kleinen Transporter ins Netz gegangen“ ist. Stübgen sagte: „Mit jedem gefassten Schleuser werden weitere Einschleusungen von dutzenden Flüchtlingen verhindert, die unter teilweise lebensbedrohlichen Umständen von skrupellosen Schleuserbanden nach Deutschland gebracht werden.“

Stübgen verband dies mit der erneuten Forderung an Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), endlich stationäre Grenzkontrollen einzuführen. Solche Kontrollen direkt an der Grenze dürfen nur von der Bundespolizei, nicht aber von Landespolizisten, durchgeführt werden.

Faeser hat nach langer Ablehnung inzwischen angekündigt, die Bundespolizei

werde „zusätzliche flexible Schwerpunktkontrollen an den Schleuserouten an den Grenzen zu Polen und Tschechien“ vornehmen. Die Frage, wie wirksam solche Kontrollen gegen illegale Einwanderung sind, ist heftig umstritten. Benjamin Raschke, Fraktionschef der Grünen im Brandenburg Landtag, sprach in diesem Zusammenhang von einer „Scheindebatte“. Der Grüne sagte: „Auch durch schärfere Kontrollen können die Menschen rechtlich nicht an der Grenze zwischen Brandenburg und Polen zurückgewiesen werden.“

Sind direkte Zurückweisungen rechtswidrig?

Ein neues Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 21. September scheint den Grünen-Politiker zu bestätigen. Geklagt hatten unter anderem Asyl-

rechts-Anwälte gegen eine Verordnung in Frankreich, wonach mit der sogenannten Drittstaatsangehörigen schon an der EU-Binnengrenze die Einreise nach Frankreich verweigert werden kann. In ihrer Entscheidung befanden die Richter, dass solche Zurückweisungen „regelmäßig rechtswidrig“ seien. Nach Meinung der Richter gilt dies sogar für den Fall, dass die betreffenden Personen kein Asylgesuch stellen.

Diese Entscheidung steht im scharfen Kontrast zu dem, was im Jahr 1993 der Deutsche Bundestag im sogenannten Asylkompromiss beschlossen hat. Damals hatten Union und SPD vereinbart, dass Ausländer, die sich vorher in anderen EU-Staaten oder sicheren Drittstaaten aufgehalten haben, keinen Anspruch darauf haben, in der Bundesrepublik einen Asylantrag zu stellen. H.M.

KOLUMNE

Das war's wohl

VON THEO MAAS

Am 26. September 2021 hatten die Befürworter von Wohnungsenteignungen in Berlin bei dem Volksentscheid mit 56,4 Prozent Zustimmung ihren Zenit erreicht. Die Berliner Politik zeigte anschließend nur wenig Neigung, diesen Blödsinn in Gesetzesform zu gießen. Aus gutem Grund, denn die Wohnungsnot wird nicht durch Enteignung behoben sondern nur durch Neubauten und Begrenzung der Nachfrage, indem die unberechtigt im Lande befindlichen Asylsucher außer Landes geschafft werden.

Zwei Jahre nach dem Volksentscheid unternimmt die Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ einen zweiten Anlauf. Jetzt will sie die Berliner gleich über ein Gesetz abstimmen lassen. Aber daraus dürfte nichts werden, denn der Wind beginnt sich inzwischen zu drehen. Umfragen zeigen, dass nur noch 47 Prozent Enteignungen wollen und 44 Prozent dagegen sind. Die Euphorie der Enteignungsbegeisterten schwindet.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) äußerte vor Jahresfrist seine Vorbehalte gegen die Enteignung großer Wohnungsbaugesellschaften: „Die Illusion zu verbreiten, dass man es bei einer wachsenden Bevölkerung mit heute völlig veränderten Lebensverhältnissen schaffen könnte, ohne neue Wohnungen zu bauen, die hohe Nachfrage zu decken, halte ich für unverantwortlich.“ Das führte zu einem Wutgeheul der Linkspartei. Dort glaubt man offenbar, dass man mit diesem Wahlschlag der Talfahrt der Postkommunisten aufhalten kann. CDU, AfD und FDP sind ohnehin gegen Enteignungen und die Berliner SPD – freiwillig oder unfreiwillig – auch. Die Grünen haben zurzeit andere Sorgen. So könnte ein weiteres – diesmal gescheitertes – Volksbegehren vielleicht sogar dazu beitragen, dieses Thema endgültig zu beerdigen.

MELDUNG

Giffey fordert „Ost-Lobby“ im Flugverkehr

Berlin – Wirtschaftsministerin Franziska Giffey (SPD) fordert vom Bund mehr Unterstützung für Langstreckenflüge vom Hauptstadtflughafen BER. Giffey bemängelte, es gebe täglich 180 Langstreckenstarts aus Westdeutschland und nur sechs aus den östlichen Bundesländern. Bereits im Sommer hatte die Berliner Wirtschaftsministerin gesagt, dieses Ungleichgewicht sei im 34. Jahr nach der Wende unfassbar. Konkret richtete Giffey an die Bundesregierung die Forderung, dass es insbesondere mehr Lizenzen für Langstreckenflüge nach Asien gibt. Weiter sagte Giffey, es gebe „veritable Lobbyinteressen“. Demnach bestehe an anderen Standorten wie Hessen und Bayern die Sorge, die Stärkung des Standorts Berlin könne zu einer Schwächung ihrer Flughäfen führen. Giffey sprach sich dabei auch für „eine stärkere ostdeutsche Lobby“ aus. Die Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg (FBB) bemüht sich bereits seit Jahren, mehr Langstrecken anbieten zu können. H.M.

● MELDUNGEN

Birmingham ist pleite

Birmingham – Birmingham, die mit 1,14 Millionen Einwohnern zweitgrößte Stadt des Vereinigten Königreiches nach London, ist zahlungsunfähig. Laut dem Sender BBC fehlen im Gemeindehaushalt 87 Millionen Pfund, das sind mehr als 100 Millionen Euro. Die Stadtverwaltung führt dies auf nie dagewesene Mehrausgaben im Pflegebereich, einen gravierenden Rückgang der Gewerbesteuer und die hohe Inflationsrate zurück. Ob die faktische Bankrotterklärung von Birmingham auch aus den Forderungen in dreistelliger Millionenhöhe resultiert, die weibliche Angestellte der Stadt nach einem Gerichtsurteil zur Gleichbezahlung geltend machten, ließen die Verantwortlichen offen. Auf jeden Fall soll eine Untersuchung klären, wie es zu der drastischen finanziellen Schiefelage kommen konnte. Britischen Medien zufolge wird die Kommune gezwungen sein, zur Konsolidierung ihres Haushaltes etliche Gebäude oder Grundstücke zu verkaufen. W.K.

Muslime gegen das Gendern

Ottawa – In Kanada formiert sich eine konservative Protestbewegung namens „1 Million March 4 Children“ gegen das Vordringen der Transgender-Ideologie in Kindereinrichtungen und Schulen, deren Ziel darin besteht, den Nachwuchs vor „Indoktrination und Sexualisierung“ zu schützen. An der Spitze dieser Bewegung steht der Unternehmensberater Kamel El-Cheikh, der ebenso islamischen Glaubens ist wie viele seiner Mitstreiter. „1 Million March 4 Children“ organisierte bereits eine Großdemonstration in der kanadischen Hauptstadt Ottawa. Danach verurteilte Andrea Horwath, die langjährige Vorsitzende der linksliberalen Ontario New Democratic Party (ONDP), den Protest als „Förderung von hassereifler Rhetorik, die Mitglieder unserer Gemeinschaft beschämt, verleugnet und auslöscht“. Die meisten kanadischen Medien sprachen von „religiösen Fundamentalisten“, ohne aber das Wort „Islam“ zu verwenden. W.K.

Sozialhilfe nur noch digital

Athen – Laut einem Bericht der Athener Zeitung „Kathimerini“ plant die griechische Regierung, Sozialhilfezahlungen künftig nur noch mittels aufladbarer digitaler Guthabekarten vorzunehmen. Außerdem will sie die Empfänger dazu verpflichten, mindestens die Hälfte ihrer Stütze im Rahmen elektronischer Transaktionen auszugeben. Rückendeckung für das Projekt kommt vom Wiederaufbaufonds der EU. Athen führt schon seit längerem Krieg gegen das Bargeld. So gilt für Barzahlungen inzwischen eine Obergrenze von 500 Euro. Diese hätte sogar bei nur 300 Euro liegen sollen, wogegen aber die Europäische Zentralbank ihr Veto einlegte. Denn dann wären die noch umlaufenden 500-Euro-Banknoten kein gesetzliches Zahlungsmittel mehr in Griechenland gewesen. Mit den Guthabekarten besteht die Möglichkeit, Sozialhilfeempfängern bestimmte Käufe praktisch unmöglich zu machen. So wurde es bereits eine Zeit lang in Australien praktiziert. W.K.

GROSSBRITANNIEN

Erschöpfte Tories mit wenig Hoffnung

Ob Migration, Klimapolitik oder Infrastruktur: Die britischen Konservativen verheddern sich in Streit

VON CLAUDIA HANSEN

Etwa ein Jahr ist es noch bis zur nächsten Parlamentswahl in Großbritannien, und die regierende Konservative Partei wirkt erschöpft. Seit vielen Monaten liegt sie in den Umfragen weit hinter der linken Labour-Partei zurück, Premierminister Rishi Sunaks persönliche Zustimmungswerte sich ebenfalls drastisch gesunken. In der Partei, die diese Woche ihre Jahreskonferenz in Manchester abhielt, bezweifeln einige, dass es noch möglich sein wird, eine schwere Niederlage zu verhindern. Welche Themen auch immer sie setzen, ob Migration, Klimapolitik, Verbrenner-Autos – immer verheddern sich die Tories auch in internem Streit.

Beispiel Migration. Innenministerin Suella Braverman bezeichnete vergangene Woche in Washington in einer aufsehenerregenden Rede die massenhafte Immigration als „existentielle Bedrohung“ für den Westen. Außerdem geißel-

te sie ein Versagen, Immigranten zu integrieren. Dieses liege am „verfehlten Dogma des Multikulturalismus“, so Braverman, die Tochter indischer Einwanderer ist. Applaus gab es für diese Rede vom rechten Parteiflügel. Sunak, auch er Kind indischer Einwanderer, meldete sich aber zu Wort und sagte, er sehe Multikulturalismus positiv. Und Abgeordnete aus dem wohlhabenden Südosten Englands und aus London fürchten, dass die rechte Innenministerin liberale Wähler verschrecke. Einige kritisierten sie sogar als „Hetzerin“.

Jahreskonferenz in Manchester

Ein paar Tage zuvor hatte Premier Sunak versucht, mit einem Vorstoß zu Klimazielen zu punkten. Er hat das Verbot von Benzin- und Dieselaautos von 2030 auf 2035 verschoben. Es gab viel Aufregung über die Kehrtwende. Klimaschutzorganisationen reagierten wütend, Labour tobte. Sogar Ex-US-Vizepräsident Al Gore, der als großer Klimaprophet auftritt, mel-

dete sich zu Wort. „Schockierend und enttäuschend“ sei die Wende der britischen Politik. Dennoch glaubt Sunak, mit dem Thema Autofahrer für sich zu gewinnen. Beim Parteitag in Manchester präsentierte er Pläne, wie Autofahren bezahlbar bleiben soll. In London gibt es unter Autofahrern viel Ärger über die vom Labour-Bürgermeister aufs ganze Stadtgebiet ausgeweitete Umweltzone ULEZ. Ältere Fahrzeuge müssen nun eine happige Tagesgebühr von umgerechnet 15 Euro zahlen. Die Kontroverse darum hat Labour einen Sieg bei einer Nachwahl gekostet. Einige Konservative glauben, das könnte nun ein Gewinnerthema für sie im ganzen Land werden.

Dem steht aber gegenüber, dass sich in vielen anderen Bereichen die realen Probleme auftürmen und die Bürger darüber tief verbittert sind. Nach dem Schulanfang in diesem Herbst mussten mehr als hundert Schulen zeitweilig schließen, weil bröckelnder Beton ein Sicherheitsrisiko darstellt. Die Infrastruk-

tur des Landes ist in Teilen marode. Das Magazin „The Spectator“ schrieb eine Titelgeschichte „Broken Britain“ (Kaputtes Britannien). In den Krankenhäusern des Nationalen Gesundheitsdienstes (NHS) gibt es eine wahnsinnig lange Warteliste von Patienten.

Viel Streit gibt es auch über den geplanten Ausbau einer Hochgeschwindigkeitsbahn namens „High Speed 2“ (HS2), die von London nach Birmingham und dann nach Manchester führen soll. Neue Berechnungen zeigen, dass die Schnellbahn bis zu 100 Milliarden Pfund (umgerechnet etwa 116 Milliarden Euro) teurer werden könnte und zudem um viele Jahre verspätet kommen wird. Der Premier überlegt deshalb, das letzte Stück nach Manchester zu streichen. Aber Kritiker – aus den Reihen der eigenen Partei – sagen, dass damit das ganze Projekt sinnlos werde.

Kein zündendes Wahlkampfthema

Ein Jahr vor der Parlamentswahl fehlt den Tories jegliche zündende Idee, um das politische Ruder nach dreizehn Jahren an der Regierung noch einmal herumzureißen. Labour liegt in Umfragen um bis zu 20 Prozentpunkte vorne. Schon 43 Abgeordnete der Konservativen haben angekündigt, dass sie bei der nächsten Wahl nicht mehr antreten wollen. Laut einer neuen Umfrage könnten gleich sechs Kabinettsmitglieder, darunter Finanzminister Jeremy Hunt, ihre Sitze verlieren. Den Tories droht eine verheerende Niederlage wie 1997, als Tony Blair für „New Labour“ einen Erdrutschsieg errang.

Der jetzige Labour-Vorsitzende Keir Starmer, der zwar als langweilig, doch seriös gilt, hat die Partei auf einen linksliberalen Kurs gebracht. Den linksextremen Vorgänger Jeremy Corbyn warf er raus aus der Fraktion. Bei ihrem Parteitag nächste Woche in Liverpool wird die Partei sich feiern. Noch halten wichtige Zeitungen wie das Massenblatt „The Sun“ und die seriöse „Times“ den regierenden Tories mehr oder weniger die Treue. Beide gehören zum Medienimperium des Australiers Rupert Murdoch, der sich soeben aus der Unternehmensspitze zurückgezogen hat. Sein Biograph meinte, es sei gut möglich, dass die britischen Murdoch-Zeitungen auf einen Labour-Unterstützungskurs wechseln könnten. Das wäre dann wohl das endgültige Aus für die Tories.



Sind sich nicht einig: Finanzminister Hunt, Innenministerin Braverman und Premierminister Sunak (v.r.) im Parlament Foto: pa

POLEN-UKRAINE

Polens Premierminister fordert die Ukraine heraus

Schlechte Umfragewerte für Regierungspartei – Streit um Getreidelieferungen eskaliert

Der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki hat den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj aufgefordert, die Polen nie wieder zu „beleidigen“. Eine solche scharfe Rhetorik gegenüber Kiew ist neu. Selenskyj hatte seine Nachbarn in Warschau verärgert, als er vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York sagte, Kiew bemühe sich um die Aufrechterhaltung der Landwege für seine Getreideexporte angesichts der russischen Blockade des Schwarzen Meeres, doch das „politische Theater“ um die Getreideimporte helfe Moskau.

Polen hat zusammen mit Ungarn und der Slowakei ein Verbot für ukrainische Getreidetransporte durch sein Territorium verhängt und damit einseitig gegen eine Entscheidung der EU verstoßen. Dieser Schritt hat die einst sehr engen Beziehun-

gen zwischen Kiew und Warschau erschüttert, das seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar letzten Jahres als einer der treuesten Verbündeten des Landes gilt. Noch vor vier Monaten sind der polnische Präsident Andrzej Duda und der Selenskyj Hand in Hand während eines Versöhnungsgottesdienstes in der ukrainischen Stadt Luzk in eine Kirche eingezogen. Im letzten Jahr war gar von einer polnisch-ukrainischen Staatenunion die Rede.

„Ich ... möchte Präsident Selenskyj sagen, dass er die Polen nie wieder beleidigen soll, wie er es kürzlich bei seiner Rede vor der UNO getan hat“, sagte Morawiecki kurz nach der Rede Selenskyjs auf einer Wahlkampfveranstaltung. Dies, obwohl zuvor Duda erklärt hatte, der Streit zwischen Polen und der Ukraine über Getreideimporte werde die guten bilateralen Be-

ziehungen nicht beeinträchtigen. Dudas Kommentar folgte auf die Äußerung von Morawiecki, dass Polen wegen des Getreidestreits keine Waffen mehr an die Ukraine liefern werde.

EU trägt Mitschuld

Am 15. Oktober finden in Polen Parlamentswahlen statt, Morawieckis regierende nationalistische Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) hat schlechte Umfragewerte. Sie wurde von der extremen Rechten wegen der ihrer Meinung nach unterwürfigen Haltung gegenüber Kiew kritisiert. Außerdem erschüttert ein Skandal um verkaufte Visa die polnische Regierungspartei. Der polnische Außenminister Zbigniew Rau sagte in einem Gespräch mit Reportern in New York, Polen habe zwar seine Politik gegenüber der Ukraine

nicht geändert, doch habe sich die Wahrnehmung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern seit Beginn des Krieges in der polnischen Öffentlichkeit „radikal verändert“.

Eine Verbesserung dieser Wahrnehmung, so Rau, setze eine Verbesserung der Atmosphäre durch „gigantische“ diplomatische Anstrengungen voraus. Polen wirft der EU vor, dass billige ukrainische Agrarerzeugnisse auf dem Transit durch Polen verkauft würden, was den eigenen Landwirten schade. Für diesen Missetand ist eigentlich die EU verantwortlich, weil sie in Polen lieber die Regierung als den reibungslosen Transport des Getreides kontrolliert. Allerdings verzichtet man in Polen auf Kritik an der EU. Selenskyj sagte, dass Russland gestärkt werde, wenn es der Ukraine an Unterstützung fehle. Bodo Bost

VON HERMANN MÜLLER

Vor allem in Deutschlands Ballungsgebieten fehlen günstige Mietwohnungen. Trotzdem werden immer weniger Wohnungen gebaut, weil die Baukosten mittlerweile so hoch sind. Statt 400.000 neue Wohnungen, wie von der Bundesregierung vorgesehen, sind vergangenes Jahr nicht einmal 300.000 entstanden. Für das laufende Jahr geht die Baubranche sogar nur noch von maximal 250.000 aus.

Zahlen des Bundesamts für Statistik signalisieren ein weiteres Einbrechen der Neubauzahlen. Laut den Statistikdaten wurden von Januar bis Juli dieses Jahres insgesamt nur noch 128.300 neue Wohnungen genehmigt. Dies waren 59.200 Wohnungen oder 31,6 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum.

„Wir müssen die Standards senken“

Anlässlich eines „Bündnistags bezahlbarer Wohnraum“ hat die Bundesregierung nun ein 14-Punkte-Plan gegen die Krise auf dem Wohnungsmarkt vorgelegt. „Wir müssen die Standards senken“, sagte die Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen Klara Geywitz (SPD) und verwies darauf, dass nun 480 Millionen Euro bereitgestellt würden, um nicht genutzte Büro- und Ladenflächen in Wohnungen umzubauen. So könnten bis zu 235.000 Wohnungen entstehen. Teil des Plans der Bundesregierung sind außerdem zusätzliche Investitionen, neue Steuervorteile bei Bauprojekten und mehr Hilfe für Familien beim Kauf oder Bau einer eigenen Immobilie. Den Ländern will die Bundesregierung zudem eine flexiblere Gestaltung der Grunderwerbsteuer ermöglichen. Ziel sei es, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, so der Bundeskanzler. Laut Olaf Scholz ist dies eine der drängendsten sozialen Fragen unserer Zeit.

Zwei wichtige Verbände, der Eigentümerverband Haus & Grund sowie der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, waren dem Wohnungsbaupflicht im Bundeskanzleramt ferngeblieben. GdW-Präsident Axel Gedaschko sagte zur Begründung für die Absage seines Verbandes, die Bundesregierung habe „über zwei Jahre zu langsam, zu spät, zu zaghaft auf die sich mit Ansage rapide verschlechternde Situation reagiert“. Kai Warnecke, Präsident von Haus & Grund, beklagte, dass privaten Immobilieneigentümern immer mehr Steine in den Weg gelegt würden: „Es wird ein Gebäudeenergiegesetz verabschiedet, das jeden Eigentümer noch weiter unter Druck setzt; die EU arbeitet auf Wunsch und mit Unterstützung der Bundesregierung an Zwangssanierungen;



Nicht alle folgten der Einladung ins Kanzleramt: „Bündnistag bezahlbarer Wohnraum“

Foto: action press

BAUWIRTSCHAFT

Weniger Neubau trotz Wohnraummangel

Anlässlich des „Bündnistags bezahlbarer Wohnraum“ hat die Bundesregierung einen 14-Punkte-Plan gegen die Krise auf dem Wohnungsmarkt vorgelegt

die Förderpolitik ist realitätsfremd; das Mietrecht wird seit Jahren ausschließlich zulasten der Vermieter verschärft und der CO₂-Preis wird – obwohl als Lenkungsinstrument durch das GEG entbehrlich – nicht an die Bürgerinnen und Bürger erstattet.“

Um den Wohnungsbau wieder anzukurbeln, lässt die Ampelkoalition nun sogar einen Punkt aus ihrem Koalitionsvertrag fallen. Eigentlich hatte die Ampel in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, ab 2025 einen strengeren Energiesparstandard bei Neubauten einzuführen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) begründete den Verzicht auf diese Verschärfung mit dem Argument, mit der Einführung des Gebäudeenergiegesetzes sei sichergestellt, dass Neubauten ab 2024 klimafreundlich heizen: „Deshalb halte

ich es nicht mehr für nötig, jetzt auf die Schnelle den neuen Standard EH 40 einzuführen.“

„Kosten völlig aus dem Ruder“

Die Ampel versucht mit dem Verzicht auf strengere Dämmvorschriften auf das Hauptproblem der aktuellen Baukrise zu reagieren: Bauen ist in Deutschland so teuer geworden, dass es sich für Vermieter nicht mehr rentiert. „Die Kosten laufen völlig aus dem Ruder“, so Axel Gedaschko vom Spitzenverband der Wohnungswirtschaft.

Wegen hoher Zinsen und Baukosten verzichtet beispielsweise Deutschlands größter Immobilienkonzern Vonovia vorerst auf den Bau von 60.000 Wohnungen. Nach Angaben des Unternehmens führen die hohen Bau- und Finanzierungskosten

derzeit dazu, dass eigentlich eine Miete von 20 Euro pro Quadratmeter im Neubau verlangt werden müsste. „Unsere durchschnittliche Miete im Bestand liegt bei rund 7,50 Euro, bei uns wohnen viele Menschen mit mittleren oder geringen Einkommen“, so eine Unternehmenssprecherin. Mittlerweile wirkt sich die Krise im Wohnungsbau auch auf die Hersteller von Baustoffen aus. Laut Matthias Frederichs, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Baustoffe – Steine und Erden hat die gesamte Branche der Baustoffhersteller Auftragseinbrüche von 30 Prozent zu verzeichnen. Als Folge melden immer mehr Hersteller Kurzarbeit an. Dachziegelhersteller wie Wienerberger oder Creaton haben mittlerweile in einigen Werken die Produktion sogar erst einmal eingestellt.

BENZINPREISE

Was die Kosten für Kraftstoff nach oben treibt

Fördermengen, steigende Nachfrage und hohe Steuern – Weitere Preisanstiege stehen bevor

Die Kraftstoffpreise hierzulande liegen derzeit auf gleichbleibend hohem Niveau: Ein Liter Superbenzin kostet rund 1,90 Euro und ein Liter Diesel 1,86 Euro. 1973 waren dafür trotz Ölkrise im Jahresdurchschnitt nur 77 beziehungsweise 71 Pfennig fällig. Verantwortlich für die aktuellen Preise ist ein ganzes Bündel von Faktoren.

So haben die in der informellen Gruppierung OPEC+ vereinten großen Erdölförderländer auf maßgebliche Initiative Russlands und Saudi-Arabiens beschlossen, die Fördermengen zu drosseln, um für anhaltend hohe Rohölpreise zu sorgen – Russland braucht die Einnahmen zur Finanzierung seines Krieges und die Saudis benötigen Geld für die Realisierung ihres Diversifizierungsprogramms Vision 2030.

Darüber hinaus treibt der deutsche Staat die Preise mit aller Macht nach oben:

So summieren sich beim Benzin die Mehrwertsteuer sowie die Energiesteuer, also die frühere Mineralölsteuer, der CO₂-Preis nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) und der Beitrag an den Erdölbevorratungsverband (EBV) inzwischen auf fast einen Euro pro Liter. Beim Diesel liegt der Anteil der Abgaben zwar etwas niedriger, aber dieser Vorteil wird durch den Nachteil der höheren Kraftfahrzeugsteuer wieder zunichte gemacht.

Ansonsten ist die Politik auch für einen Anstieg der Kosten beim Transport der Kraftstoffe sowie beim Betrieb von Tankstellen verantwortlich. Tankwagen müssen ebenfalls tanken, und die Entwicklung der Lkw-Maut kennt grundsätzlich nur eine Richtung – nach oben. So wird der Erhöhung zum 1. Januar 2023 noch eine kräftige neuerliche Anhebung zum 1. Dezem-

ber dieses Jahres folgen, bevor es im Juli 2024 zur Ausweitung der Lkw-Maut im Güterkraftverkehr kommt.

Deutschland hat im EU-Vergleich schon die höchsten Steuern

Desgleichen trägt die Europäische Union das Ihrige zu der Preisexplosion bei – beispielsweise durch die Vorgabe, Kraftstoffe nach Energiegehalt und CO₂-Ausstoß zu besteuern, sowie die Festlegung höherer Mindeststeuersätze, die bis 2033 unablässig steigen sollen. Allerdings liegt Deutschland jetzt schon deutlich über den anvisierten Werten.

Außerdem spielt die weltweite Konjunktur eine entscheidende Rolle: Die Rückkehr zur Normalwirtschaft nach der Corona-Pandemie verursachte massive Nachfrageschübe. Der letzte und größte

dieser Art kam, als China sich endlich von seiner katastrophalen Null-Covid-Politik verabschiedete, welche die Wirtschaft der Volksrepublik gelähmt hatte.

Und zu guter Letzt ist das momentane Anziehen der Kraftstoffpreise eine Folge der russischen Entscheidung vom 21. September, den Export von Diesel und Benzin „vorübergehend“ auszusetzen. Zwar beziehen die EU-Staaten keine Rohölprodukte mehr aus Russland, jedoch verknappt der Ausfuhr-Stopp, der angeblich eine Folge des kriegs- und erntebedingten Mehrbedarfs sowie der Produktionsausfälle in den Raffinerien aufgrund von Wartungsarbeiten sein soll, das weltweite Angebot. Wenn dieser Zustand länger anhält, könnte es zu erheblichen Engpässen und zusätzlichen Preissteigerungen kommen.

Wolfgang Kaufmann

MELDUNGEN

Zentrum vor Schließung

Leipzig – Amazon Air wird das erst im November 2020 am Flughafen Leipzig-Halle in Betrieb genommene erste regionale Luftfrachtzentrum in Europa schließen. Amazon wird zwar am Flughafen weiterhin sein Verteilzentrum betreiben, aber nicht die 20.000 Quadratmeter große Anlage für Luftfracht. Wie das Unternehmen erklärte, ist das Logistiknetzwerk von Amazon während der Corona-Pandemie stark erweitert und die Standortdichte in Südeuropa deutlich ausgebaut worden. Dadurch werden nach Angaben des Unternehmens einige Flugverbindungen von Leipzig aus nicht mehr benötigt. Wann genau der Standort geschlossen wird, ist noch nicht bekannt. Den von der Schließung betroffenen 400 Mitarbeitern bietet Amazon einen Wechsel an andere Unternehmensstandorte an.

H.M.

Klage gegen Verbrenner-Aus

Hoya – Nachdem das EU-Parlament im März dieses Jahres beschlossen hatte, dass in der Europäischen Union ab 2035 nur noch Neuwagen verkauft werden dürfen, die keine Treibhausgase ausstoßen, will nun das erste deutsche Unternehmen gegen das faktische Aus für den Verbrennungsmotor klagen. Hierbei handelt es sich um die Lühmann-Gruppe, die als „klimafreundlich“ geltenden synthetischen Kraftstoff herstellt. Das geplante juristische Vorgehen resultiert aus dem Bekanntwerden eines Gesetzesentwurfes der EU-Kommission, der die von Deutschland durchgesetzte Ausnahme vom Verbrennerverbot aushebelt. Diese sieht vor, dass Verbrennungsmotoren doch weiterhin zulässig sind, wenn sie ausschließlich mit synthetischem Sprit betrieben werden, bei dem das emittierte Kohlendioxid nicht aus fossilen Quellen stammt. Allerdings soll auch dieser Treibstoff nach dem Willen der EU-Kommission künftig komplett CO₂-neutral sein.

W.K.

Schädlicher als Kernkraft

Berlin – Laut den Analysen von Windkraftkritikern wie Christoph Canne, dem Sprecher der Bundesinitiative Vernunftkraft, „ist die Windkraft ... bis zu viermal klimaschädlicher als Kernkraft“. Das resultiert daraus, dass auch Windkraftanlagen bemerkenswert große „CO₂-Fußabdrücke“ hinterlassen. Bei der Anlage des Stahlbetonfundaments eines Windrades mit rund sieben Megawatt Nennleistung fallen 621 Tonnen CO₂ an. Weitere 1275 Tonnen werden im Zuge der Produktion des Stahls für den Turm und das Maschinenhaus frei. Dazu kommen dann noch 258 Tonnen CO₂ infolge der Fertigung der Rotorblätter. Darüber hinaus gibt es erhebliche Kohlendioxidemissionen aufgrund der Herstellung der benötigten Kühl- und Schmiermittel sowie beim Transport der Windradteile und der Aufstellung der Konstruktion per Kran. Außerdem müssen pro Anlage oft Tausende Quadratmeter Wald vernichtet werden – ein Baum bindet indes aber rund zehn Kilo CO₂ pro Jahr.

W.K.

KOMMENTARE

Kleckern statt Klotzen

MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

„Hoppla, hier ist etwas schiefgegangen“, lautete die Fehlermeldung, als Detlef Meyer den Antrag für die Solarförderung aus dem aktuellen Förderprogramm der Bundesregierung absenden wollte. So wie ihm erging es einer Vielzahl von Interessenten, die sich die bis zu 10.200 Euro hohe Fördersumme vom Staat sichern wollten.

Meyer hatte sich schon seit einiger Zeit mit dem Gedanken getragen, eine Solaranlage mit Speicher für sein Eigenheim anzuschaffen. Er hatte sich deshalb schlau gemacht, welche Förderungen es gibt. An die Anschaffung eines E-Autos dachte der Langstreckenfahrer – sein täglicher Weg zur Arbeit beträgt gut 100 Kilometer – zunächst nicht. Da aber die volle Fördersumme aus dem Programm von Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) an die Anschaffung eines E-Autos mit Ladestation (Wallbox) zu Hause gebunden ist, kam für ihn ein Leasing-Vertrag für ein E-Auto in Frage, der für eine Mindestdauer von zwölf Monaten abgeschlossen werden muss.

Seinen Antrag auf Förderung konnte er nun nicht stellen, da das entsprechende Portal der KfW-Bank nach nur einem Tag geschlossen wurde. Der Grund: Die vom Staat bereitgestellten Fördermittel in Höhe von 300 Millionen Euro für dieses Jahr waren bereits aufgebraucht. Nach Angaben der KfW-Bank konnten lediglich 33.000 Anträge bewilligt werden. Meyer wird sich also bis zum nächsten Jahr gedulden müssen, dann werden weitere 200 Millionen Euro Fördermittel bereitgestellt. Dann muss er halt schneller sein.

Es gab bereits viel Kritik an Wissing's Programm, da die Mittel vorne und hinten nicht reichen und nur Einfamilienhausbesitzer davon profitieren können, Wohnungseigentümergeinschaften mit Stellplätzen aber nicht. Die hohe Nachfrage nach Förderungen beim Umstieg auf die Nutzung Erneuerbarer Energien zeigt die Bereitschaft der Menschen, sich auf die Umbau-Forderungen der Regierung einzulassen, doch statt zu klotzen, wenn es um die Umsetzung ihrer eigenen Ziele geht, kleckert diese nur.

Scheindemokratisch

HANS HECKEL

Als Hubert Aiwanger die Bürger Bayerns aufforderte, sich „die Demokratie zurückzuholen“, warfen linke Kreise dem Freie-Wähler-Chef eine Distanz zu unserem demokratischen System vor. Keine derartigen Reaktionen sind auf ein „100-Tage-Programm“ der bayerischen Grünen zu vernehmen, in dem diese als ersten von 14 Punkten einen „Notfallplan“ und „Sofortmaßnahmen für eine demokratische Gesellschaft“ ankündigen. Begründet wird der „Notfall“ für die Demokratie mit einem „Fahrt aufnehmenden Rechtsruck“.

Die Grünen im Freistaat wollen laut ihrem Plan „noch vor Jahresende einen überparteilichen Dialog mit zivilgesellschaftlichen Akteuren einberufen“. In dieser Runde wollen sie den „Notfallplan“ entwickeln, um das „demokratische Miteinander“ zu stärken. Es hört sich an, als sei die Demokratie in Bayern in akuter Gefahr und müsse vor irgend-

etwas gerettet werden. Die einzige „Gefahr“, die sich in Bayern wenige Tage vor der Landtagswahl ankündigt, ist indes, dass die linken Parteien nicht die geringste Aussicht auf eine Regierungsbe teiligung haben. Hinter dem grünen „Notfallplan“ blitzt denn auch keine tief verwurzelte demokratische Gesinnung hervor, sondern etwas ganz anderes.

Wenn das wahlberechtigte Volk für oder gegen ein bestimmtes politisches Lager votiert, dann ist das für einen Demokraten eben das demokratisch ermittelte Ergebnis, mit dem er leben muss. Die Grünen aber scheinen das nur schwer hinnehmen zu können. Ihr „demokratisches Miteinander“ ist das Gegenteil des Behaupteten: Wer nicht linksgrün tickt, wird ausgesondert aus dem „Miteinander“. Die „zivilgesellschaftlichen Akteure“ sollen daher von den Grünen „einberufen“ und nicht etwa vom Volk gewählt werden. Die Aussage dahinter lautet: „Demokratie“ ist nur, wenn wir den Kurs bestimmen.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.
ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

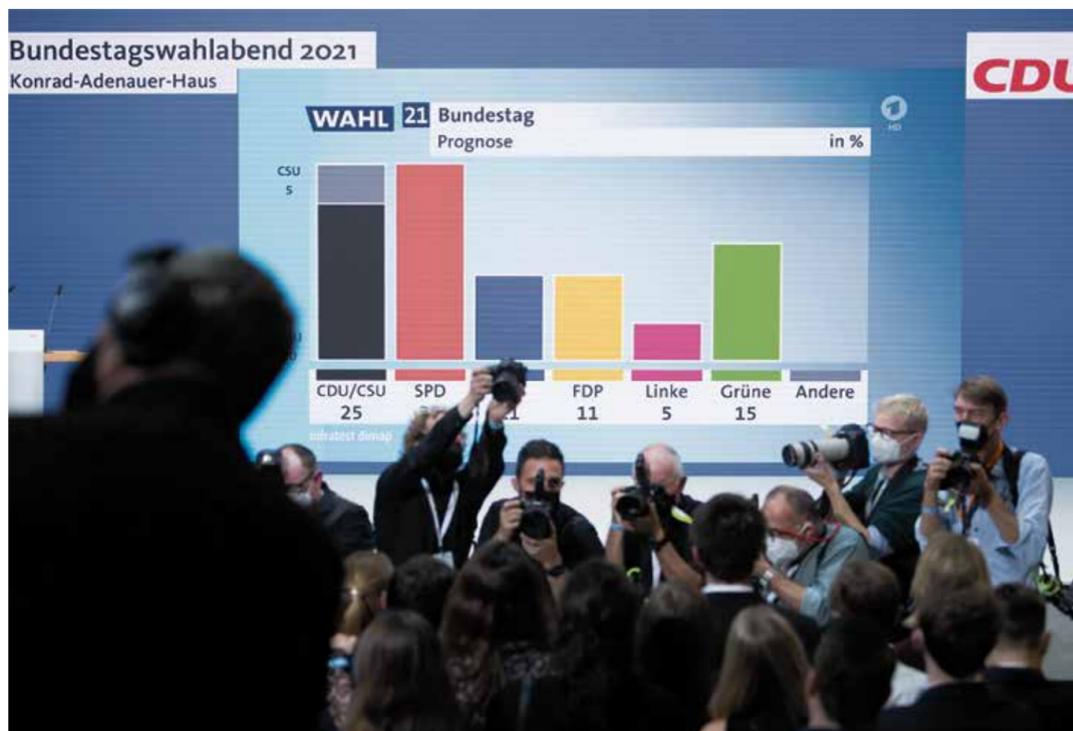
Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Mit 15 Prozent der Stimmen wurden die Grünen hinter der SPD und der CDU/CSU die drittstärkste Kraft: Sich später weitgehend bestätigende Prognose am Bundestagswahlabend 2021 im Konrad-Adenauer-Haus
Foto: Ullstein

KOLUMNE

Wider das Mehrheitsprinzip

FLORIAN STUMFALL

Schlechte Politik ist damit beschäftigt, Problemen nachzuarbeiten, die meist selbst verschuldet sind. Sie ist belastet durch zurückliegende Fehlentscheidungen, und für eine Gestaltung bleiben weder Ideen noch Mittel. Dafür gibt die Ampelregierung ein sprechendes Beispiel. Dem aber versuchen die Berliner Autoritäten dadurch entgegenzutreten, dass sie den Blick auf die Wirklichkeit durch propagandistische Scheinfassaden verstellen.

Doch sogar dieser Versuch scheitert beim ersten und wichtigsten Punkt, nämlich den Staatsfinanzen, und zwar dadurch, dass sich der wortreiche Koalitionsvertrag zu diesem zentralen Thema ausschweigt. Insofern ist hier auf der Fassadenseite eine stille Ignoranz festzustellen. Immerhin sagt der Bundesfinanzminister und FDP-Vorsitzende Christian Lindner, man müsse sich „den haushaltspolitischen Realitäten stellen“. Die aber weisen überaus bedenkliche Zahlen aus.

Die Wirklichkeit also sieht aus wie folgt: Die öffentliche Hand in Deutschland ist mit rund zweieinhalb Billionen Euro verschuldet. Damit aber nicht genug. Dazu kommt der deutsche Anteil an den Schulden der EU-Kommission in Höhe von 390 Milliarden, ein Posten, der auf frohes Wachstum hoffen darf, seit die EU vertragswidrig das Recht beansprucht, selbst Schulden zu machen. Dazu kommen weiter anteilig die Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank (EZB), ebenfalls in Billionen-Höhe, und schließlich Deutschlands uneinbringbare Target-Forderungen aus dem EU-internen Verrechnungssystem, die ebenfalls rund eine Billion betragen.

Diese Rechnung als Grundlage allen staatlichen Handelns ist der Ampel in ihrem Vertrag keine Silbe wert. Doch auch auf anderen Politikfeldern klaffen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander.

Merkels Erbe freudig übernommen

Ganz vorne steht dabei das von Grün-Rot aus Angela Merkels Hand freudig übernommene Erbe der Energiewende. Als einziger Staat überhaupt rühmt sich Deutschland, seine Kernkraftwerke abgeschaltet zu haben. Die interne Propaganda verkündet obendrein, man habe so eine Vorreiterrolle für die Staaten der Welt eingenommen. Tatsache aber ist, dass sich Deutschland genötigt sieht, immer mehr

Atomstrom aus Frankreich und Kohlestrom aus Polen zu kaufen, damit hier das System nicht zusammenbricht. Trotzdem werden E-Autos subventioniert, doch weiß niemand, woher der Strom dafür kommen soll.

Der Ampelkoalitions-Vertrag faselt von einer „öko-sozialen Marktwirtschaft“, ohne indes zu sagen, worum es sich dabei handelt. Um Marktwirtschaft sicher nicht. Vielmehr wird die Wirtschaft, die mittelständische zumal, durch die hohen Energiekosten, steuerliche Belastung und bürokratische Auflagen derart bedrängt, dass

Die Grünen bestimmen unangefochten die Politik in Deutschland

viele Betriebe schließen müssen, während andere ins Ausland gehen. Es droht die Deindustrialisierung Deutschlands, während der grüne Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck von der „grünen Transformation“ schwärmt.

Dieser soll offenbar auch die ungeregelte und unbeschränkte Zuwanderung dienen. Nach Selbstauskunft wollen die Grünen „eine einladende Einwanderungspolitik“, und Deutschland sei darauf angewiesen, der Fachkräfte wegen. Dabei verkennen sie geflissentlich, dass zusammen mit der zunehmenden Einwanderung auch der Mangel an Arbeitskräften gestiegen ist. Wer, den traurigen Tatsachen entsprechend, von einer Einwanderung in die Sozialsysteme spricht, wird als fremdenfeindlich, rassistisch und Nazi beschimpft.

Denn, so wiederum der Koalitionsvertrag: „Wir wollen eine Kultur des Respekts befördern – Respekt für andere Meinungen, für Gegenargumente und Streit, für andere Lebenswelten und Einstellungen.“ Goldene Worte. Doch tatsächlich gilt dieser Schutz ausschließlich den zahlreichen Minderheiten. Wer das Interesse der eingewanderten, herkömmlichen Mehrheitsgesellschaft ins Feld führt, wird ebenso mit dem Verdacht des Rechtsextremismus belegt und verliert dadurch sein Rederecht ganz automatisch. Die vielen Stel-

len für Denunzierung, die vom Staat eingerichtet werden, sind äußeres Zeichen dieser Haltung. Es ist, als käme die Integration als Bringschuld der deutschen Bevölkerung zu.

Totschlag-Vokabel „Islamophobie“

Um nur eines herauszugreifen: Zu den Begriffen wütender Beschimpfung von Menschen mit abweichender, das heißt, politisch inkorrektur Meinung gehört der Vorwurf der „Islamophobie“ an alle, die des Propheten Lehre nicht als Bereicherung des Abendlandes verstehen. So die ideologische Festsetzung. Tatsache aber ist, dass weltweit keine Religion so viel Verfolgung erleidet wie das Christentum und dies vorwiegend in islamischen Ländern. Wieder stehen die propagandistischen Fassaden im unüberwindlichen Widerspruch zur Wirklichkeit.

In Deutschland gibt es nicht nur den Verlust an wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und technischer Kompetenz, sondern es tobt hier ein Kulturkampf von epochalem Ausmaß. Auf der einen Seite wird der Bildungsnotstand beklagt, gleichzeitig ergehen sich die Fachleute in Betrachtungen übers Gendern und Binnen-I, Unterstrich und anderen Quatsch. Man wolle niemanden zurücklassen, heißt es. Ja, aber dann darf auch niemand vorseilen. Alle sollen gleich sein. Das zeigt die systemische Leistungsfeindlichkeit dieses Denkens.

Vor lauter Inklusion und Warnungen vor Diskriminierung sieht man überhaupt keinen normalen Menschen mehr. Wer dem Zeitgeist nicht zjubelt, der wird ausgesondert, vor allem wenn er einer falschen Partei zuneigen sollte. Denn was falsch und richtig ist, beschließt eben dieser Zeitgeist. Scheinprobleme verstellen die Wirklichkeit, die Ideologie verbietet kritisches Denken, und der Machtanspruch einer fanatischen Clique gefährdet das Recht der Mehrheit.

Bei der letzten Bundestagswahl bekamen die Grünen 15 Prozent der Stimmen. Berücksichtigt man die Wahlbeteiligung, so sind das zehn Prozent der Wahlberechtigten. Aber sie bestimmen unangefochten die Politik in Deutschland. Demokratie als eine politische Ordnung, die auf dem Mehrheitsprinzip gründet, war ursprünglich anders gedacht.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Kant verbindet

Abschied aus der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin – Ein bekanntes Kant-Bildnis geht auf Reisen

VON JÖRN PEKRUL

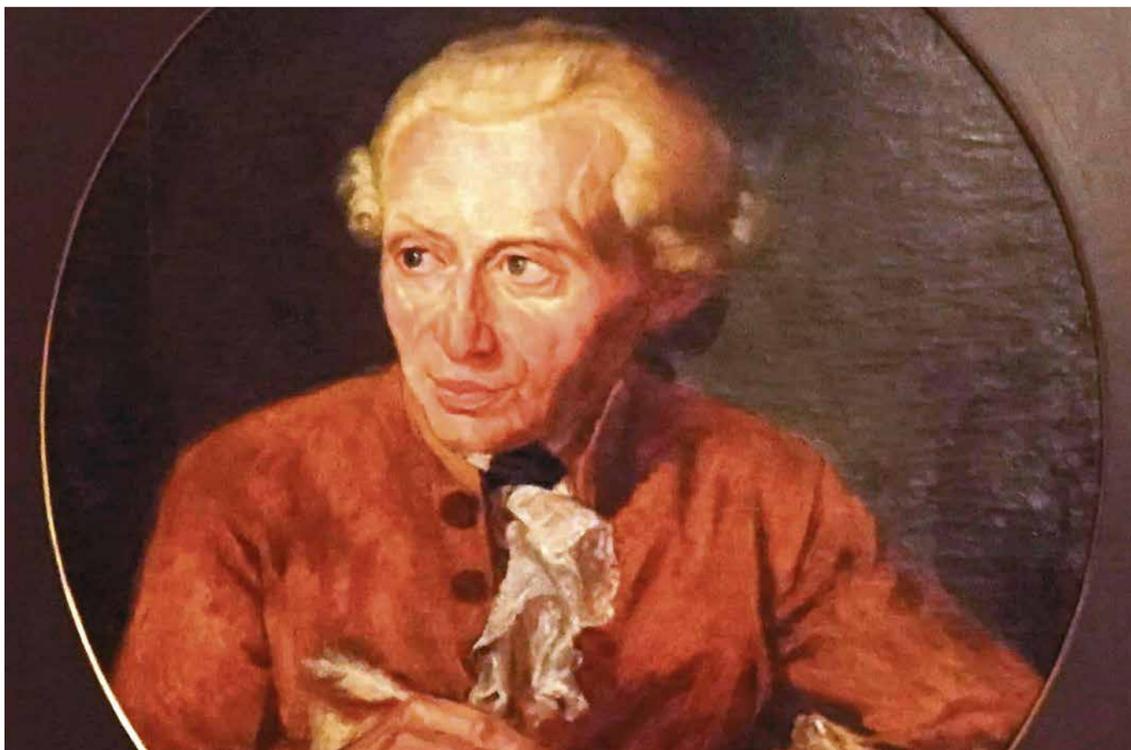
Ein Ereignis Königsberger Provenienz mit weltweiter Ausstrahlung sendet bereits seine ersten Signale: der 300. Geburtstag des am 22. April 1724 geborenen Immanuel Kant, Professor für Logik und Metaphysik in Königsberg (Pr) und einer, wenn nicht *der* bedeutendste Vertreter der abendländischen Philosophie.

Um seine Bedeutung zu ermessen, reicht ein Blick ins ferne Japan: Im dortigen Tetsugakudo-koen-Park in Tokio, angelegt 1916, werden in einer „Halle der vier Weltweisen“ die vier größten Gelehrten der Menschheit gezeigt. Man sieht Buddha aus Indien, Konfuzius aus China, Sokrates aus Griechenland und Immanuel Kant aus Königsberg.

Es ist kaum möglich, die beeindruckende Struktur von Kants Denken kurz zu schildern. Doch geben einige Kernpunkte Hinweise: Der Mensch entscheidet über die Regeln der Dinge und handelt nach seinem Willen. Dieser Wille ist erst dann frei, sobald persönliche Neigungen hinter sich gelassen sind und die Vernunft führt. Dazu die Pflicht: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, daß sie ein allgemein gültiges Gesetz werde.“ Zu dieser Pflicht gehören die geistige Freiheit und der Mut, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen. Selber denken, Autoritäten kritisch prüfen, konstruktive und vernünftige Handlungen mit Verantwortung übernehmen sind seine Maximen.

Dieses Denken revolutionierte die Ethik ihrer Zeit und setzte den Grundstein für das Heute. Das Werk Kants ist für alle Lebenslagen nutzbar.

Ein Sonnenstrahl dieses großen Königsbergers fiel am 19. September in das Haus der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin (DPG). Geladen hatte die Stiftung Königsberg zu einer Finissage. Es wurde ein Kant-Bildnis, mutmaßlich von Johannes Heydeck aus dem



Hing neun Jahre lang in Berlin: Das mutmaßlich von Johannes Heydeck gemalte Portrait Immanuel Kants

Foto: Pekrul

Jahr 1872, verabschiedet. Neun Jahre hing es in der Bibliothek der DPG als Begleiter und Wegweiser in der Dekade vor dem Kant-Jahr 2024.

Großes Königsberger Erbe

Als Schirmherr begrüßte der SPD-Bundestagsabgeordnete und Präsident der DPG, Stefan Zierke, die zahlreichen Gäste. Als dann gab der geborene Königsberger Christean Wagner vom Kuratorium der Stiftung Königsberg einen Überblick über Kants Bedeutung für die Politik. Das Credo vernunftgeprägter Handlungen gewinnt in diesem Feld eine zeitlose Bedeutung. Der Referent wartete dazu mit einigen persönlichen Erinnerungen an frühkindliche Richtungsvorgaben königsberg-

kantischer Prägung auf. Man erfuhr: Kant lässt sich auch im Alltag gut über Sekundärliteratur erschließen.

Danach übernahm der Hamburger Christoph de Vries das Rednerpult. Als Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen und Aussiedler in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist ihm der grundsätzliche Bezug nicht fern. Seine Auslegung des Kantschen Werkes „Zum ewigen Frieden“ verband er sehr plausibel mit der Gegenwart und dem Thema eines dauerhaften Friedens zwischen den Staaten nach Kant – man merkte, dass der Referent „satteltest“ im Thema ist und dies gut zu vermitteln weiß.

Durch diese Beiträge war die Zuhörerschaft lebhaft eingestimmt und erwartete

gespannt den nächsten Vortrag. Es sprach der Philosophiehistoriker Steffen Dietzsch, der in der Philosophie der Frühromantik und des Deutschen Idealismus bis hin zur Moderne versiert ist. Dies wurde in seinem Vortrag über den Begriff der Aufklärung in der Königsberger Kultur deutlich. Die Idee einer vernunftgeprägten, freiheitlich gesinnten Gesellschaft, die Fortschritt besser gewährleistet als repressive Regime. Und die Freiheit, die ständig gepflegt werden müsse angesichts ständig präsenter Versuchungen zur Meinungsunfreiheit und der Unaufrichtigkeit im geistigen Austausch.

Dietzsch organisierte 2010 mit Lorenz Grimoni im Duisburger „Museum Stadt Königsberg“ die viel beachtete Ausstel-

lung „Kant der Europäer“. Als das Museum 2016 seine Türen schloss, gingen die Bestände als Dauerleihgabe an die Ostpreußische Kulturstiftung (OKS) für das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg. Von dort angereist, sprach Tim Kunze und gab einen Eindruck der geplanten, musealen Gestaltung des Kantschen und Königsberger Erbes in Lüneburg.

Mit einem Schlusswort des Vorsitzenden der Stiftung Königsberg, Klaus Weigelt, endete der Reigen der Beiträge. Man war noch angefüllt von dem bisher Gehörten, doch auch dieses Schlusswort „drehete nochmal voll auf“. Weigelt begann mit einem Dank an alle Beteiligten am Zustandekommen dieser Finissage. Als dann entwickelte er eine Reflexion über den „Dank“ als moralischen Imperativ bei Kant. Es war eine Auslegung voller Esprit und Kurzweil, welche die Vorträge noch einmal verband. So nahm es nicht Wunder, dass sich eine angeregte Gesellschaft zu einem lebhaften Austausch zusammenfand. Kleine Gesprächsgruppen bildeten sich, lösten sich wieder auf, um mit anderen Teilnehmern in eine neue Runde angeregter Gespräche zu gehen. Kant verbindet – auf welch eindrucksvolle Weise selbst im Jahr vor seinem 300. Geburtstag war hier zu erleben.

Die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft ist eine überparteiliche Vereinigung der Abgeordneten des Deutschen Bundestages, der Deutschen Landtage und des Europaparlaments. Sie wurde 1951 gegründet und hat ihren Sitz seit 1999 in Berlin im ehemaligen Reichstagspräsidentenpalais von 1904. In der Weimarer Republik war das Haus ein Ort der Begegnungen und Debatten. Diese Tradition des Gesprächs über Parlaments- und Parteigrenzen hinweg wurde von der DPG wieder aufgenommen.

Wie die Finissage der Stiftung Königsberg zeigte, haben diese Ideen reiche und dauerhafte Früchte getragen – ganz im Sinne von Immanuel Kant und seiner Stadt Königsberg in Preußen.

KINOKRITIK

Neue Schule fürs Leben

Erich Kästners „Das fliegende Klassenzimmer“ geht – zeitgemäß angepasst – erneut im Kino auf Reisen

Es hat den Anschein, als benötige jede Generation eine neue Version von Erich Kästners Jugendbuch „Das fliegende Klassenzimmer“. Seit 1954 wurde der 21 Jahre zuvor veröffentlichte Roman viermal verfilmt – und jedes Mal unter anderen Vorzeichen. Die erste Filmfassung, in der Kästner selbst als Erzähler mitwirkt, fügt sich noch in die heile Sehnsuchtswelt der Nachkriegszeit ein. 1973 hob das Klassenzimmer entgegen der Vorlage, wo man nur ein Theaterstück probt, mit Joachim Fuchsberger und einer Lufthansa-Boeing tatsächlich in die Lüfte ab. 2003 mischte man sich integrativ unter die Thomaner und fing somit die neuen Bundesländer mit moderner Rap-Musik ein.

Eine radikale, wenngleich konsequente Anpassung an den durch Gleichberechtigung und Zuwanderung stark veränderten Zeitgeist machte wohl die Neuverfilmung nötig, die am 12. Oktober in die Kinos kommt. Statt eines reinen Jungen- hat man es hier mit einem gemischtgeschlechtlichen Internat zu tun und mit Schülern verschiedener ethnischer Her-

künfte. Unter der Regie der in Berlin lebenden schwedischen Regisseurin Carolina Hellsgård ist der Film feministischer geworden, insofern aus dem Klassenprimus Martin Thaler eine Martina, aus dem rebellischen Johnny eine Jo und aus dem furchtsamen Uli so etwas wie ein nicht-

binärer Angsthase mit androgynem Pferdeschwanz geworden ist.

Damit kann man aber gut leben, zumal darüber hinaus Altlasten sorgsam entsorgt sind. Abgesehen davon, dass statt Diktatheften nun Smartphones verloren gehen, man auf der Skateboardbahn Graf-

fiti sprüht und das Internat nach Südtirol verlegt ist, erfolgt kein weiterer Verrat an der Buchvorlage. Der „Nichtraucher“ haust weiterhin als eine Art stationärer Herumtreiber in einem Zugwaggon, und Internatsleiter Böhk (Tom Schilling) übt sich auch hier als humanistisch gesinnter Friedensstifter zwischen seinen Zöglingen und den „Externen“, die im Buch noch Realschüler waren.

Die Menschlichkeit, die Kästner schon zu Beginn der NS-Zeit mutig in den Vordergrund gestellt hat, ist auch in diesem Film die Klammer, die alles zusammenhält. „An allem Unfug, der passiert, sind nicht etwa nur die schuld, die ihn tun, sondern auch die, die ihn nicht verhindern.“ Diese Mahnung des Autors wird im Film zitiert, und sie lässt an die Gegenwart denken mit Krieg, Krisen und sozialen Konflikten. Der Film bietet Lösungen an, ohne dabei mit dem pädagogischen Hammer zu schwingen. Ein langes Verfallsdatum wird dieser brav erzählte Film jedoch kaum haben. Warten wir also die nächste Neuverfilmung ab. *Harald Tews*



Führt seine Schüler tolerant an der langen Leine: Lehrer Justus Böhk (Tom Schilling)

● MELDUNG

Thielemann leitet Staatsoper

Berlin – Der Dirigent Christian Thielemann wird Nachfolger des im Januar aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Generalmusikdirektors der Staatsoper Unter den Linden, Daniel Barenboim. Berlins Kulturssenator Joe Chialo konnte den 1959 in Berlin-Wilmersdorf geborenen Thielemann einen Fünf-Jahres-Vertrag anbieten, nachdem dessen Vertrag mit der Staatskapelle Dresden, die Thielemann seit zehn Jahren leitet, nach Ende der Spielzeit 2023/24 nicht verlängert wird. Nach Ansicht von Chialo ist der bekennende Preuße Thielemann „der logische Nachfolger Barenboims“, auch weil er sich bei den Bayreuther Festspielen als einer der weltweit führenden Wagner-Dirigenten einen Namen gemacht hat. Als Dirigent der Berliner Staatskapelle in der Staatsoper tritt er in große Fußstapfen. Sein Vorgänger Barenboim war dort 31 Jahre lang tätig und war einst vom Orchester zum Chefdirigenten auf Lebenszeit ernannt worden. *tws*

VON WOLFGANG REITH

Adolf Friedrich Herzog zu Mecklenburg war ein begeisterter Reiter und Autofahrer, Jäger und Forschungsreisender. Vor allem aber ist er bekannt geworden durch seine Tätigkeit im Rahmen der Stiftung Kolonialkriegerdank und der daraus hervorgegangenen Stiftung Heimathilfe, der er sein Leben bis ins hohe Alter widmete.

Der vor 150 Jahren, am 10. Oktober 1873, als siebtes Kind des seit 1842 regierenden Großherzogs Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin (1823–1883) in Schwerin geborene „Afrika-Herzog“ besuchte nach anfänglicher Unterrichtung durch einen Hauslehrer das renommierte Vitzhumsche Gymnasium in Dresden. Dort legte er 1894 sein Abitur ab. Der Vater schenkte ihm dafür eine Orientreise, die ihn bis nach Damaskus und Jerusalem führte und die er ausschließlich zu Pferde zurücklegte.

Pferde, die Jagd und Automobile

So war es selbstverständlich, dass Adolf Friedrich nach seiner Rückkehr in die preußische Kavallerie eintrat. Dort durchlief er beim Garde-Kürassier-Regiment die Offiziersausbildung. Bereits an seinem zwölften Geburtstag 1885 war er zum Sekondeleutnant (Leutnant) ernannt worden. Noch vor dem Abschluss seiner Schulausbildung erfolgte 1893 mit knapp 20 Jahren die Beförderung zum Premierleutnant (Oberleutnant). 1896 begleitete er die mecklenburgische Delegation zu den Krönungsfeierlichkeiten für den russischen Zaren Nikolaus II. 1898 gerade zum Rittmeister befördert, nahm er am großen Armeejagdrennen in Berlin teil, aus dem er als Sieger hervorging. Kurz darauf stürzte er jedoch mit seinem Pferd. Dabei erlitt er einen Schädelbruch. Kaiser Wilhelm II. verbot ihm daraufhin vorerst das Reiten und gab ihm den Rat: „Fürsten sollen sich schonen.“

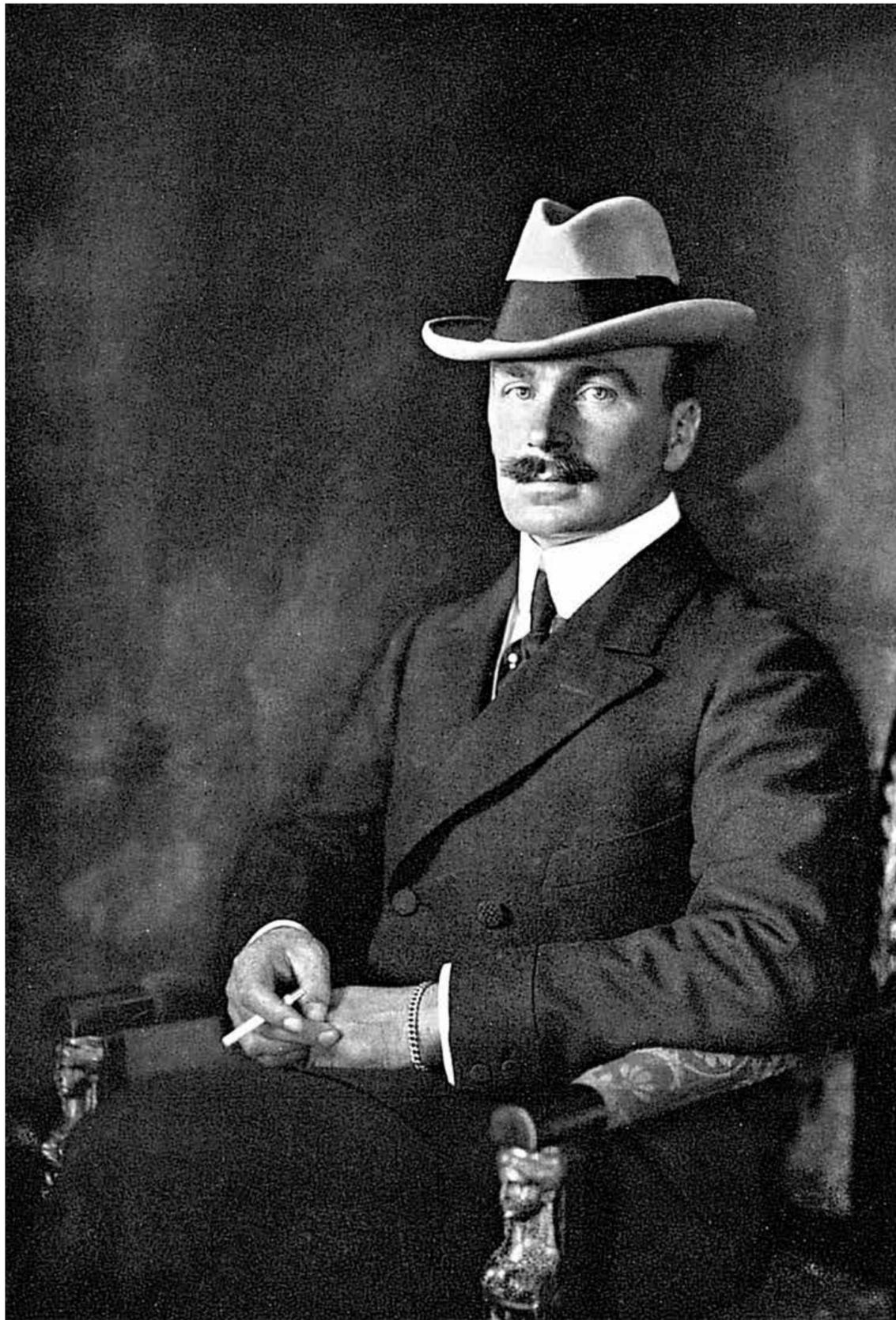
Doch Adolf Friedrich schonte sich keineswegs, denn er entdeckte nun seine Leidenschaft für das Automobil. 1900 gehörte er zu den Mitbegründern des Deutschen Automobilclubs (DAC), der fünf Jahre später in Kaiserlicher Automobilclub (KAC) umbenannt wurde und aus dem nach dem Ende der Monarchie der Automobilclub von Deutschland (AvD) hervorging, dessen Präsident er in den Jahren 1928 bis 1934 war und der ihn nach seiner Neugründung 1948 zum Ehrenpräsidenten ernannte.

Seine Orientreise 1894 hatte aber auch sein Interesse an fremden Kulturen geweckt. Und so sollten bald weitere Auslandsunternehmungen folgen. 1902 bereiste er Deutsch-Ostafrika sowie die britischen Überseegebiete Ägypten und Ceylon. Das führte dazu, dass er sich mit kolonialen Themen zu beschäftigen begann. Dabei kam ihm zugute, dass sein um 16 Jahre älterer Halbbruder, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin (1857–1920), seit 1895 Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft war.

Gouverneur von Togo

Insbesondere der afrikanische Kontinent hatte es Adolf Friedrich nun angetan. Und so plante er eine neue, diesmal wissenschaftliche Expedition dorthin, die er 1905 in die Tat umsetzte und bei der er die Regionen östlich des Victoriasees erforschte. Im Jahr zuvor war er noch zum Major befördert worden und hatte dann den aktiven Dienst bei der Truppe beendet.

Von Mai 1907 bis Mai 1908 führte er eine weitere Expedition durch, die der wissenschaftlichen Erschließung Afrikas diente. Diesmal hatte der Herzog etliche Berliner Gelehrte mitgenommen, mit denen er den Kontinent von Mombasa im Osten durch Ruanda und Belgisch-Kongo bis nach Brazzaville im Westen durchquerte. Mit umfangreichen Forschungsergebnissen kehrte man zurück, und im Jahr darauf veröffentlichte Adolf Fried-



Im Jahre 1911: Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg(-Schwerin)

Foto: pa

Der „Afrika-Herzog“

Der Schwarze Kontinent war das größte von diversen Interessensgebieten des vor 150 Jahren geborenen Adolf Friedrich zu Mecklenburg

rich sein Buch mit dem Titel „Ins innerste Afrika“, das auch ins Englische übersetzt wurde. Nachdem ihn nunmehr das Afrika-Fieber ergriffen hatte, ließ die nächste und vierte Expedition nicht lange auf sich warten, die ihn 1910–1911 erneut durch Zentralafrika führte.

1912 wurden seine Verdienste als „wissenschaftlicher Organisator“ schließlich dadurch gekrönt, dass man den zum Oberstleutnant beförderten Herzog als Kaiserlichen Gouverneur in das als Musterkolonie geltende Deutsch-Togo entsandte. Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges zwei Jahre später befand er sich gerade auf Heimaturlaub in Deutschland und konnte somit nicht zurückkehren. Folglich stellte er sich der Armee zur Verfügung und leistete, 1915 zum Oberst befördert, Dienst an der Westfront, auf dem Balkan und an der Front im Osmanischen Reich. 1916 ließ er sich beurlauben, ein Jahr später heiratete er Viktoria Feo-

dora Prinzessin von Reuß-Gera, die jedoch schon 1918 bei der Geburt des ersten gemeinsamen Kindes starb. 1924 ging er dann eine neue Ehe mit Elisabeth Prinzessin zu Stolberg-Roßla, der Witwe seines 1920 verstorbenen, oben erwähnten Halbbruders Johann Albrecht, ein.

Vereinigtes Baltisches Herzogtum

Nachdem Adolf Friedrich 1918 kurzzeitig als Thronanwärter für das unabhängig gewordene Finnland ins Gespräch gebracht worden war, ein Plan, der sich jedoch schon bald zerschlug, sollte er Regent des am 5. November 1918 in Riga proklamierten Vereinigten Baltischen Herzogtums werden, das die Territorien Lettlands und Estlands umfasste. Der Ausbruch der Novemberrevolution vier Tage später beendete allerdings auch dieses Vorhaben. Stattdessen konzentrierten sich die Aktivitäten des Herzogs nun auf die Kolonialbewegung der Weimarer Republik. So war

er bereits Ehrenpräsident der 1908 gegründeten Vereinigung Kolonialkriegerdank zur Unterstützung ehemaliger Kolonialkrieger aus Armee, Marine, Schutz- und Polizeitruppen sowie deren Hinterbliebenen, die seit 1913 den Status einer Stiftung hatte und deren Vorsitz Adolf Friedrich 1921 selbst übernahm.

1933 erfolgte die Umbenennung der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft (Korag), Dachorganisation aller deutschen Kolonialverbände, in „Reichskolonialbund“. Präsident blieb Heinrich Schnee, in Personalunion weiterhin Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft. Einer der beiden Vizepräsidenten wurde Herzog Adolf Friedrich, zugleich Präsident des Kolonialkriegerdankes. Hatten die kolonialen Verbände bislang noch ihre Unabhängigkeit wahren können, so vollzogen sich 1936 im Rahmen einer Gleichschaltung deren Auflösung und die Gründung einer großen einheit-

lichen Organisation, die ebenfalls die Bezeichnung Reichskolonialbund (RKB) führte. Ihm angeschlossen war als beratendes und unterstützendes Gremium ein Kolonialrat, der sich mehrheitlich aus Repräsentanten der alten Kolonialbewegung zusammensetzte und dem auch Herzog Adolf Friedrich angehörte. Der Kolonialkriegerdank blieb als weitgehend eigenständige Stiftung unter dem Namen „Kolonialdank“ bestehen und bildete nun die Abteilung V (Koloniale Wohlfahrt) der Bundesführung des RKB.

Präsident des NOK

Herzog Adolf Friedrich unternahm im Laufe der Jahre weitere Überseereisen. 1923 fuhr er nach Niederländisch-Indien, 1927/28 erfolgte eine Rundreise durch Afrika mit Schwerpunkt auf den beiden vormaligen deutschen Kolonien Ost- und Südwestafrika, 1934 zog es ihn erneut nach Ost- und anschließend nach Südafrika, und 1937 besuchte er mit Kamerun und Togo wieder zwei vormalige deutsche Kolonien sowie Algerien. Daneben fungierte er von 1926 bis 1956 als Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) und war 1936 als Mitglied des Organisationsausschusses an der Vorbereitung der Olympischen Spiele von Berlin beteiligt. Am Ende des Zweiten Weltkrieges verließ er seinen Privatbesitz in Bad Doberan (Villa Feodora), da er nicht unter sowjetischer Besatzung leben wollte, und floh nach Eutin. Dort lebte er bis zu seinem Tode. Alle seine Erinnerungsstücke an Afrika gingen damit jedoch leider verloren.

Angesichts seiner eigenen Flucht vor den Sowjets war es nur folgerichtig, dass sich Adolf Friedrich in Nachkriegsdeutschland für die Interessen der Vertriebenen einsetzte. 1951 übernahm er die Schirmherrschaft über die Landsmannschaft Mecklenburg. Bereits zwei Jahre zuvor war er Präsident des neugegründeten deutschen Nationalen Olympischen Komitees (NOK) geworden und blieb dies bis 1951. Anschließend war er dessen Ehrenpräsident, und nach seinem Ausscheiden aus dem IOC 1956 auch dessen Ehrenmitglied auf Lebenszeit. Als leidenschaftlicher Jäger war er von 1928 bis 1934 zudem Präsident des Reichsjagdverbandes gewesen. Die Stiftung Kolonialdank war 1945 von der US-amerikanischen Besatzungsmacht aufgelöst und ihr Vermögen beschlagnahmt worden. Es dauerte genau fünf Jahre, bis man auf dem Klageweg die Aufhebung dieser Entscheidung erreichte und sodann unter dem Namen „Stiftung Heimathilfe“ eine Nachfolgeorganisation ins Leben gerufen werden konnte, die bis 1996 und damit weit über den Tod ihres Gründers hinaus bestand.

Solidarität mit den Vertriebenen

Selbst im hohen Alter zog es Herzog Adolf Friedrich aber auch noch zweimal in sein geliebtes Afrika. 1956 bereiste er Südwestafrika. Und 1960 wurde er in seiner Eigenschaft als letzter deutscher Gouverneur Togos zu den Feierlichkeiten anlässlich der Unabhängigkeit dieses Staates eingeladen, eine besondere Ehre, die er sich mit inzwischen 87 Jahren nicht entgehen ließ.

Nach einem erfüllten Leben schloss Adolf Friedrich Herzog zu Mecklenburg am 5. August 1969 im Alter von 96 Jahren für immer die Augen. Da er unbedingt in mecklenburgischer Erde begraben werden wollte, was er aber in der damaligen DDR nicht wollte, entschied er sich testamentarisch für Ratzeburg, denn dessen Dombezirk, das einstige Hochstift und spätere Fürstentum, hatte seit 1701 zum Herzogtum Mecklenburg-Strelitz gehört. Und so wurden seine sterblichen Überreste denn dort am südlichen Seitenschiff des Doms zur letzten Ruhe gelegt. An der Beisetzungszereemonie nahm auch ein Vertreter der Regierung Togos teil. Adolf Friedrichs zweite Ehefrau folgte ihm übrigens noch im selben Jahr, am 16. Oktober 1969, in den Tod, ihr Grab befindet sich neben dem Seinen.

VON JÖRN BARFOD

Es ist schon sehr erfreulich, wenn plötzlich mehrere Ausstellungen zur ostpreussischen Kulturgeschichte auch außerhalb der dem Thema ohnehin gewidmeten Museen stattfinden. So gab es bis zum 10. September im Kunstmuseum Schwaan eine Sonderausstellung zur Künstlerkolonie Nidden. Gleich im Anschluss folgt nun im Ostholstein-Museum in Eutin eine weitere große Präsentation zum gleichen Thema: „Faszination Nidden. Eine Künstlerkolonie zwischen Ostsee und Kurischem Haff“. Sie ist noch bis zum 12. November zu sehen.

In dem großzügigen Sonderausstellungsraum sind dort 83 Arbeiten ausgestellt, dazu einiges an zusätzlichem Dokumentationsmaterial. Es ergibt sich ein guter Eindruck von der faszinierenden Landschaft der Kurischen Nehrung, die sehr viele Künstler begeistert und inspiriert hat. Ausdruck dieser Faszination sind die künstlerischen Arbeiten mit den Motiven von Nidden und seiner Umgebung, dazu kommen Arbeiten, welche die samländische Steilküste schildern. Diese liegt in der Nähe der Kurischen Nehrung. Auch die Steilküste war ein recht beliebtes Motiv für viele Künstler.

Der Kreis allein der bildenden Künstler, die Nidden aufsuchten, geht in die Hunderte. Hinzu kommen Schriftsteller, Musiker, Schauspieler, Tänzer und so weiter, allen voran der Schriftsteller Thomas Mann, der sich 1929 in Nidden ein eigenes Sommerhaus errichten ließ und es bis 1933 nutzte. Die Ausstellung zeigt ausschließlich Arbeiten einer großen Hamburger Privatsammlung. Daher spiegelt sie auch die Schwerpunkte dieser Sammlung wider. Die drei motivischen Hauptgruppen der gezeigten Werke sind auch in der Hängung berücksichtigt. Es handelt sich um die Landschaft der großen Nehrungsdünen, um das Fischerdorf mit seinen typischen Häusern und um die für das Kurische Haff charakteristischen Fischerkähne, die sogenannten Kurenkähne.

Auf eine Gruppierung nach den Künstlern beziehungsweise Künstlerinnen oder nach der Entstehungszeit der Werke wurde verzichtet. Dies war angesichts der Auswahl auch folgerichtig. Doch kommt ein Künstler in allen großen Motivgruppen vor und zieht auch viel Aufmerksamkeit auf seine Arbeiten.

Großzügiger Ausstellungsraum

Es handelt sich um Carl Knauf (1893–1944), der als Soldat 1914 das Memelland kennen- und lieben gelernt hatte und seitdem jährlich zum Malen auf die Kurische Nehrung kam. 1931 ließ er sich in Nidden ein Haus bauen. Dort war er der meistgefragte Maler bei den Sommergästen, und seine Arbeiten fanden durch die eifrigen Käufe weite Verbreitung. Seine impressionistische Darstellungsweise der Nehrung beeindruckt durch ihre stimmungsvolle Farbgebung bis heute. Allein dieser Werke wegen würde sich schon allein ein Besuch der Ausstellung lohnen.

Die einsamen Dünen unter hellem Sonnenlicht, die großen Kurenkähne, die dunkel und schwer am Strand liegen, die Landschaft mit den verstreut darin liegenden romantisch-idyllischen Fischerhäusern und den durch das Wasser des Haffs dahinziehenden Fischerkähnen – solche Sommerblicke, wie sie die Gäste in Nidden hatten, wollten sie gern auch als Erinnerung für sich mit nach Hause nehmen. Und Knauf lieferte ihnen diese schönen Momente in warmen Farben als Gemälde für das großbürgerliche Wohnzimmer.

Die Geschichte der Künstlerkolonie beginnt gegen 1890 im Fischerdorf Nidden in der Mitte der rund hundert Kilometer langen Kurischen Nehrung, im ostpreussischen Kreis Memel. Zur gleichen Zeit entstanden in Norddeutschland weitere solcher besonderen Treffpunkte für Maler, so beispielsweise in Worpsswede, Schwaan oder Ahrenshoop. Das Naturerlebnis lockte die Künstler heraus aus den



Wurde für das Ausstellungsplakat genutzt und ist in Eutin im Original zu sehen: „Morgen bei Purwin“ von Carl Knauf Foto: privat

MALEREI

Umfangreiche Präsentation zum „Wunderland“

Das Ostholstein-Museum in Eutin zeigt in der Ausstellung „Faszination Nidden. Eine Künstlerkolonie zwischen Ostsee und Kurischem Haff“ 83 Ölbilder und Arbeiten auf Papier aus der Hamburger Privatsammlung Bernd Schimpkes

Angehörige der Künstlerkolonie Nidden



Carl Knauf wohnte und arbeitete ab 1931 bis zu seinem Tod 1944 in Nidden in einem eigenen Sommerhaus auf dem sogenannten Schwiegermutterberg.



Der Expressionist **Max Pechstein** beeinflusste die Künstlerkolonie Nidden während seiner mehrmonatigen Aufenthalte zwischen 1909 und 1939 maßgeblich.



Der in Memel geborene Träger des Kulturpreises der Landsmannschaft Ostpreußen des Jahres 1958, **Karl Eulenstein**, besuchte bis 1944 jährlich Nidden.

Städten und den Ateliers. Aus der Frühzeit ist von den Niddenern nicht viel erhalten.

Die Ausstellung bringt eine herrliche Memelland-Landschaft mit Kühen von Fritz Behrendt aus Memel (1863–1946), die man fast verpasst, weil sie direkt am Eingang zur Ausstellung bei der Museumskasse hängt. Von Ernst Bischoff-Culm (1870–1917) stammt ein großes Gemälde von 1900 mit einem fröhlichen jungen Fischerpaar am Nehrungsstrand. Diese beiden Künstler gehören zum ersten festeren Kreis der Künstlerkolonie, der sich im Gasthaus von Hermann Blode traf. Auch an diese Stätte erinnern einige Dokumente in Vitrinen.

Bischoff-Culms impressionistische Werke mit Motiven der Fischerbevölkerung der Nehrung machten Nidden bald auch in Berlin bekannt. Ein ergreifendes Bild in der Ausstellung zeigt eine Fischersfrau auf dem Niddener Friedhof bei Gräbern trauernd. Ein weiterer langjähriger „Niddener“ wurde der Tiermaler Hans Kallmeyer (1882–1961), der später vor allem mit seinen Elch-Gemälden berühmt wurde.

Max Pechstein (1881–1955) kam 1909 zum ersten Mal nach Nidden. Von ihm gibt es in Eutin jetzt eine Reihe von Lithographien zu sehen. Mit ihm zog allmählich der Expressionismus in Nidden ein, vollends nach dem Ersten Weltkrieg. Waren in den ersten Jahrzehnten sehr viele Künstler noch aus Königsberg, Kunstzentrum schon wegen seiner Kunstakademie, und Ostpreußen gekommen, begann nach der Mitte der 1920er Jahre durch die wachsende Bekanntheit ein großer Zustrom an Künstlern aller Art, allerdings mehr noch an wohlhabenderen Bürgern aus Berlin und anderen Zentren Deutschlands.

Motivgruppen

Nach dem Frieden von Versailles von 1920 wurde das Memelland allerdings vom Deutschen Reich abgetrennt und war seit 1923 litauisch. Diese Tatsache, zusammen mit der Wirtschaftskrise von 1922/23, führte fast zum Erliegen der Künstlerkolonie. Doch war es nicht zuletzt dem Bemühen des Malers Ernst Mollenhauer (1892–1963) zu verdanken,

des Schwiegersohns des Hoteliers Hermann Blode, dass der Gästestrom im Sommer bald wieder zunahm. Durch die vielen Maler hielten nun auch die neuen Kunstrichtungen Einzug, voran die Neue Sachlichkeit, zum Beispiels bei Fritz Burmann (1892–1945) oder Richard Birnstengel (1881–1968).

Hatten ab 1933 viele Besucher es geschätzt, in Nidden nicht im Machtbereich des Dritten Reiches zu sein, so änderte sich dies nach der vertraglichen Rückgliederung des Memellandes ans Reich im März 1939. Mit knapper Not konnte Ernst Mollenhauer Pläne verhindern, die Nidden zu einem „Kraft durch Freude“-Badeort machen wollten.

Das Ende der Künstlerkolonie Nidden kam Ende Januar 1945 mit der vordringenden Roten Armee. Die reiche Kunstsammlung des Gasthofs Blode und das Atelier Mollenhauers wurden vernichtet. Diese Aspekte eher historischer Art konnten in der Ausstellung nicht berücksichtigt werden. Ein weiterer kommt zwar vor, wird aber nicht recht deutlich: Nach 1945 hat sich eine ganze Reihe vornehmlich ostpreussischer Maler weiter mit dem Thema Nidden beschäftigt, allen voran die Expressionisten Ernst Mollenhauer und Karl Eulenstein (1892–1981), die auch mit bemerkenswerten Arbeiten der Nachkriegszeit in der Eutiner Präsentation vertreten sind.

Ein Besuch der Nidden-Ausstellung im Eutiner Ostholstein-Museum ist sehr anzuraten. Wer weiß, wann einmal wieder eine so umfangreiche Präsentation zu diesem „Wunderland“, wie es auch von seinen Verehrern benannt wurde, zu sehen sein wird?

● Nähere Informationen erteilt das **Ostholstein-Museum Eutin**, Schlossplatz 1, 23701 Eutin, Telefon (04521) 788-520, E-Mail: info@oh-museum.de.

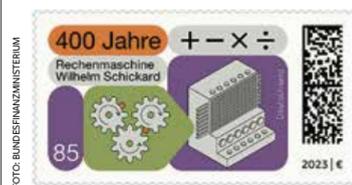
DOPPELPAK

Briefmarke und Münze für Schickard

Das Bundesfinanzministerium hat am 7. September ein Sonderpostwertzeichen und am 3. August eine 20-Euro-Sammlermünze „400 Jahre Rechenmaschine Wilhelm Schickard“ herausgegeben, um den Erfinder des Vorläufers des Computers zu ehren. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Florian Toncar (FDP), stellte die Briefmarke und die Münze am 14. September um 10 Uhr in der Neuen Aula der Eberhard Karls Universität Tübingen vor.

Die Gestaltung der Sonderbriefmarke und der Ersttagsstempel stammen von Luzia Hein aus Hamburg. Der Entwurf der Münze stammt von dem Künstler Florian Huhoff aus Berlin. Die Münze besteht aus Sterlingsilber (Ag 925), besitzt eine Masse von 18 Gramm und hat einen Durchmesser von 32,5 Millimeter.

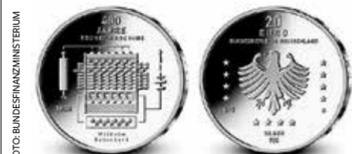
Die Bildseite zeigt im Zentrum die schematisierte historische Rechenmaschine, von der eine Nachbau im Mu-



Sonderbriefmarke

seum der Universität Tübingen steht. Seitlich davon werden einige Funktionszusammenhänge, wie zum Beispiel der Zahnradmechanismus, im Duktus eines Schaubilds gezeigt.

Der glatte Münzrand enthält in vertiefter Prägung die Inschrift: „MACHINAM EXTRUXI QUAE DATOS NUMEROS COMPUTET“ (Ich habe eine Maschine konstruiert, welche gegebene Zahlen verrechnet.) Es handelt sich dabei um eine verkürzte Version von Schickards Worten: „Ich habe eine Maschine konstruiert, bestehend aus elf ganzen und sechs verstümmelten Zahnrädern, welche gegebene Zahlen sofort automatisch verrechnet, addiert, subtrahiert, multipliziert und dividiert.“ Die Worte schrieb der Professor für Hebräisch und Astronomie in Tübingen seinem Freund, Kollegen



Sondermünze

und Landsmann, dem Astronomen, Physiker, Mathematiker und Naturphilosophen Johannes Kepler. Keplers zeitweiliger Mitarbeiter entwickelte die Rechenmaschine im Jahr 1623, um astronomische Berechnungen einfacher durchführen zu können.

Die Gesamtauflage der Münze in der höherwertigen Sammlerqualität Spiegelglanz beträgt 120.000 Stück. Die Münzen können bei der Münze Deutschland online unter www.muenze-deutschland.de bestellt werden.

Münzen in der Prägequalität Stempelglanz werden mit einer Auflage von rund 620.000 Stück zum Nennwert von 20 Euro von der Deutschen Bundesbank in den Verkehr gebracht. Sie sind aber auch bei einigen Banken und Sparkassen erhältlich. PAZ

VON WOLFGANG KAUFMANN

Kinder und Jugendliche „tickern“ anders als Erwachsene. Der Frontallappen ihres Gehirns, welcher unter anderem das Sozialverhalten steuert und daher auch als „Organ der Zivilisation“ bezeichnet wird, ist noch nicht vollständig entwickelt. Dies führt bei den Heranwachsenden zu spontanen, unüberlegten Handlungen. Außerdem sind sie auch leicht zu manipulieren und anfällig für ideologische Indoktrination. Selbiges machte sich in der Vergangenheit schon so mancher politische oder religiöse Drahtzieher zunutze.

Zum Anfang des 13. Jahrhunderts steckte die Kreuzzugsbewegung in einer schweren Krise, nachdem Sultan Saladin 1187 das Königreich Jerusalem erobert und das „Wahre Kreuz Christi“ erbeutet hatte. In dieser Situation verkündeten charismatische Prediger wie Petrus von Blois, nur ein Vormarsch der Unschuldigen und Armen könne zur Zurückgewinnung des Heiligen Landes führen. Und tatsächlich wurden solche Stimmen auch gehört: In Frankreich setzte sich 1212 ein junger Hirte aus Cloyes namens Étienne an die Spitze einer Menschenmenge, welche bald 30.000 Köpfe zählte und das Ziel verfolgte, nach Jerusalem zu ziehen. Parallel dazu trat in Köln ein gewisser Nikolaus als kindlicher Anführer auf und behauptete, Engel hätten ihm befohlen, das Heilige Grab von den Sarazenen zu befreien. In beiden Fällen darf man getrost annehmen, dass die Kinder als Marionetten von Erwachsenen agierten, denen es darum ging, die Kreuzzugsmüdigkeit von Adel und Klerus zu bekämpfen.

Im Februar 1497 wiederum begannen große Scharen Minderjähriger, durch Florenz zu marodieren. Diese sogenannten Fanciulli agierten im Auftrag des fanatischen Dominikanerpredigers Girolamo Savonarola. Der hatte das Machtvakuum nach dem Ende der Medici-Herrschaft genutzt, um sich zu einem lupenreinen Diktator der Moral aufzuschwingen. Als solcher ließ er die Fanciulli alle Gegenstände beschlagnahmen, welche als Symbol der „Verkommenheit“ der Menschen gedeutet werden konnten. Darunter fielen beispielsweise Gemälde, Schmuck, Kosmetika, teure Kleidungsstücke und andere Luxusgegenstände. Diese verbrannte die Kinderpolizei Savonarolas auf der Piazza delle Signoria in einem „Fegefeuer der Eitelkeiten“. Am 23. Mai 1498 freilich verschlangen die Flammen dann an derselben Stelle auch den Bußprediger selbst, nachdem er durch Papst Alexander VI. exkommuniziert und von einer aufgebrachten Menge fast gelyncht worden war. Damit hatte zugleich der Spuk um die Fanciulli ein Ende.

Ihre Mitmenschen von einer „Sünde“ abhalten sollten gleichermaßen die von der Regierung der DDR gesteuerten Akti-



Tugendterror: Schon im Florenz des späten 15. Jahrhunderts zogen Kinder – angeleitet durch den Prediger Savonarola – durch die Stadt, um Schmuck, Kunstgegenstände und luxuriöse Kleidung als Symbol angeblicher moralischer Verkommenheit zu beschlagnahmen, um sie in einem „Fegefeuer der Eitelkeiten“ zu verbrennen Foto: pa

AKTIVISMUS

Die unselige Tradition der Kinderkreuzzüge

Die Mitglieder der „Letzten Generation“ beanspruchen, in ihrem angeblichen Kampf für die Rettung der Welt Recht und Gesetz brechen zu dürfen. Die Geschichte lehrt, dass der Weg zu offenem Terror kurz ist

visten der Freien Deutschen Jugend (FDJ), welche nach dem Mauerbau 1961 auf die Dächer des Arbeiter- und Bauernstaates stiegen, um durch das Herunterreißen von Antennen für den Empfang des Westfernsehens auch das „geistige Grenzgängertum“ auszurotten.

Es geht um Macht, nicht um Moral

Noch ärger trieben es die von dem chinesischen Diktator Mao Tse-tung 1966 losgelassenen „Roten Garden“, welche aus Schülern oder Studenten bestanden und die Große Proletarische Kulturrevolution einleiteten, deren Ziel darin bestand, eine „in der Geschichte der Menschheit noch nie dagewesene Umwälzung der Gesellschaft“ zu erreichen. Diese Horden griffen sich nicht nur am materiellen kulturellen Erbe Chinas, sondern massakrierten oft auch ihre Lehrer und Professoren.

Und heute wiederum sorgt eine Armee indoktriniertes Kinder und Jugendlicher unter dem Deckmantel des „Klima-

schutzes“ oder des Kampfes gegen „Homophobie“ und „Rassismus“ für Aufruhr, Zerstörung und Chaos. Dabei dreht sich die Eskalationsspirale immer schneller.

Ein Beispiel hierfür sind die „Klimakleber“, welche bei ihren Eingriffen in den Straßenverkehr nun auch den Tod von Menschen in Kauf nehmen, oder jene anonymen Hetzer vom Humboldt-Gymnasium in Berlin-Tegel, die ein Pamphlet gegen ihre Lehrer in Umlauf brachten, in dem es hieß, diese „impotenten alten Männer ... gehören endgültig in die Mülltonne der deutschen Geschichte ... Sie zerstören unser Klima mit ihrer Lebensweise, machen uns unsere Freiheit und Freiräume streitig, sind Bonzenverfechter, Kriegstreiber und wollen unsere multikulturelle Welt in ihr Kleinbürgertum zurückverwandeln ... Wehrt Euch, zerstört sie.“

Wenn die fanatisierten Wiedergänger von Maos Roten Garden und ähnlichen Gruppierungen die Geschichte kennen

und in der Lage wären, so nüchtern vor auszudenken, wie Erwachsene das im Prinzip können, hätten sie Angst vor ihrer ganz persönlichen Zukunft.

Der Preis des Aktionismus

Denn stets bezahlten die jungen Leute einen hohen Preis für den gezeigten Aktionismus. Die Protagonisten der Kinderkreuzzüge kamen entweder kleinlaut, barfuß, ausgehungert und von allen heftig verspottet wieder in ihre Heimat zurück oder gerieten in die Fänge von Sklavenhändlern. Quellen berichten, dass es 1230 allein in Alexandria siebenhundert Sklaven aus Deutschland und Frankreich gab, die einst als Kinder ausgezogen waren, um Jerusalem „zurückzuerobern“.

Ebenso wurden die Fanciulli des Savonarola, welche ihre Mitmenschen in Florenz viele Monate lang terrorisiert hatten, vollkommen zerstört – und mancher bekam auch die handgreifliche Rache der Bürger zu spüren. Nicht ganz

so schlimm traf es die FDJ-Angehörigen nach dem Auslaufen ihrer „Blitzaktion“ gegen das Westfernsehen. Sie blieben geduldete Mitglieder der Gesellschaft – sofern sie bei der Demontage der Antennen nicht vom Dach gestürzt waren und nun unter der Erde lagen.

Besonders ernüchternd war auch das Ende der „Roten Garden“. Als Mao seine politischen Ziele erreicht hatte, ließ er die juvenilen Krawallmacher im Juli 1968 mit einem Schlag fallen. Anschließend übernahm die Volksbefreiungsarmee deren Entwaffnung und Kaltstellung. Da den Angehörigen der Roten Garden der Respekt vor ihren Lehrkräften und zugleich auch jeglicher Leistungswille abhanden gekommen waren, verbrachte man sie nach und nach aufs Land, während neue, unbelastete Jahrgänge in den Schulen und Universitäten nachrückten. Insgesamt sollen so etwa 16,5 Millionen Jugendliche aus den Städten der Volksrepublik China deportiert worden sein.

GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT

Das Krisen-Gefühl erreicht die Mittelschicht

Eine aktuelle Studie ermittelt Rekordwerte für das Gefühl von Ungerechtigkeit und für sinkendes Vertrauen in Institutionen

In Deutschland herrscht derzeit eine ausgeprägte Krisenstimmung. Das ist die Grundaussage der Studie „Zukunft, Demokratie, Miteinander“, die von der 2017 gegründeten internationalen Organisation „More in Common“, die sich dem Thema des gesellschaftlichen Zusammenhaltes verschrieben hat, veröffentlicht worden ist.

Die Studie basiert auf Befragungen von Mai bis Juli und erbringt ernüchternde Ergebnisse: Die Krisenwahrnehmung habe sich trotz des Endes der Corona-Pandemie „an vielen Stellen verhärtet“. Einer der wichtigsten Gründe hierfür sei, dass mittlerweile 80 Prozent der Bundesbürger die

Zustände in ihrem Land als zutiefst ungerecht empfinden. Dabei dominiere dieses Gefühl jetzt nicht mehr nur bei den schon längere Zeit „Wütenden“ und „Enttäuschten“, sondern auch bei den „Offenen“, „Etablierten“, „Pragmatischen“ und „Involvierten“. Die Studienautorin und Politikwissenschaftlerin Laura-Kristine Krause, welche früher im Wahlkampfteam von Hillary Clinton berufliche Erfahrungen sammelte, ermittelte in allen sechs Gruppen „unfassbar hohe Werte“, was die Unzufriedenheit aufgrund der wahrgenommenen Ungerechtigkeit betreffe.

Für den schlechten Zustand von Staat und Gesellschaft machen die Deutschen

die Ampelregierung verantwortlich. Das Regierungshandeln in der Krise wird mehrheitlich negativ wahrgenommen: 56 Prozent der Befragten bezeichneten es als „undemokratisch“, 71 Prozent als „inkompetent“ und 72 Prozent als „wirkunglos“. Im Gegenzug glauben nur 24 Prozent, dass sich die Politik den wirklich wichtigen Themen und Herausforderungen stelle, und lediglich 14 Prozent meinen, Politiker interessieren es, was einfache Leute denken. Ebenso schlecht kommen andere Institutionen der Gesellschaft weg: Bürgermeister, Journalisten, Gewerkschafter sowie Kirchen- und Wirtschaftsvertreter – keiner erreicht mehr

Vertrauenswerte von über 50 Prozent. Dabei wird insbesondere den Medien attestiert, zu desinformieren oder in „Blabla“ zu schwelgen.

Kein kollektives „Unterhaken“

Zu dieser „vertikalen“ Vertrauenskrise gesellt sich zusätzlich noch eine „horizontale“. Die Befragten misstrauen nicht nur denen, die irgendwie „oben“ stehen, sondern auch ihren Mitmenschen. 79 Prozent stimmten der Aussage zu, dass sich jeder nur noch um sich selbst kümmere. Im Gegenzug glauben lediglich 18 Prozent, die gegenwärtige Krise werde einen stärkeren Zusammenhalt unter den Deut-

schen bewirken – ein Minus von 14 Prozentpunkten im Vergleich zum Juli 2022. Parallel hierzu vertreten nun 64 Prozent der Teilnehmer die Meinung, im Umgang mit anderen könne man „nicht vorsichtig genug“ sein. Daraus resultiert dann auch die Einschätzung der hiesigen Gesellschaft als egoistisch und gespalten.

Angesichts dieser Ergebnisse meinte Krause: „Womit unsere Studie definitiv aufräumt, ist die seit Pandemiebeginn bis heute weit verbreitete Ansicht, dass Krisen automatisch zu mehr Zusammenhalt führen. Dass man sich, wie ... der Bundeskanzler gern sagt, gegenseitig unterhakt. Das empfinden die Leute ganz anders.“ W.K.



HEIMATKUNDE

Auf der Suche nach Erhaltenswertem

Europäischer Tag des kulturellen Erbes – Döhringer Schüler beschäftigten sich aktiv mit ihrem Dorf

VON UWE HAHNKAMP

Die Europäischen Tage des kulturellen Erbes sollen überall in Europa Menschen auf Geschichte in ihrem lokalen Umfeld aufmerksam machen. In der Gemeinde Osterode gab es dazu am 22. September die Freiluftwerkstatt „Döhringen an der Dölewka. Lebendiges Wasser, lebendige Erinnerung“. 25 Personen, der größte Teil davon Schüler der Grundschule des „polnischen Soldaten“ in Döhringen, tauchten voller Eifer in die verschiedenen Aspekte der Heimatkunde ein.

Gestartet wurde an der Kreuzung im Dorf, bei einem auffällenden eiszeitlichen Granitfindling aus dem schwedischen Småland, der Heimat von Astrid Lindgren. Die Geologin Alicja Szarzyńska vom Ermländisch-Masurischen Zentrum für Lehrerfortbildung und Wieslaw Skrobot, der Beauftragte für Fragen des kulturellen Erbes der Gemeinde Osterode, haben ihn nach der Familie, der früher das Herrenhaus im Dorf gehörte, Weissermel-Stein getauft.

Geschichte der Familie Weissermel

Die beiden Leiter der Freiluftwerkstatt hatten zu dieser Familie auch als ersten Programmpunkt das Freilegen des Grabs von Alfred Weissermel, einer wichtigen Figur der Geschichte des Dorfs, geplant. Es war aber im Unterholz des älteren Teils des Dorffriedhofs nicht zu finden, weshalb die Schüler den imposanten Grabstein von Major Justus Druschki nahe der Überreste einer Krypta freilegten und anschließend auch den Weissermel-Stein an der Kreuzung von seinem Bewuchs befreiten. Szarzyńska erklärte den Teilnehmern verschiedene für Friedhöfe typische Pflanzen wie Efeu, Schneebeeren, Linden, Thujen und Brennnesseln. Zu Beginn des zweiten Teils der Exkursion, der Wanderung durch den Landschaftspark in Döhringen, hatte sie außerdem für die Teilnehmer ein Pflanzenmemory vorbereitet, nach dem diese die dort dargestellten Pflanzen suchen mussten.



Kampf dem Unterholz: Schüler befreien den alten Friedhof von Döhringen vom Gestrüpp

Foto: U.H.

Thema der historischen Erläuterungen von Skrobot war zum einen die Familie Weissermel. Die früheren Pächter der Familie von Finckenstein hatten bei Döhringen eine Landwirtschaft, den Katharinenhof. Benannt ist er nach einer Tochter der Familie, die in den pommerschen Adel einheiratete, wodurch die Familie Weissermel zu Geld kam und 1791 das Gut in Döhringen übernehmen konnte. Alfred Weissermel beschäftigte sich Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts mit der Verbesserung der Landwirtschaft. 1871 beauftragte er den bekannten Landschaftsarchitekten Johann Larass mit der Gestaltung des Parks des Herrenhauses in Döhringen, der als ein Meisterwerk von Larass gilt.

Ein anderer Döhringer war wesentlich früher je nach Blickwinkel zu einem Helden oder Verräter der Geschichte geworden. Nikolaus von Döhringen kämpfte, so Skrobot, in der Schlacht bei Tannenberg

1410 auf der Seite des Deutschen Ordens. Nach dem Tod seines Befehlshabers wechselte Nikolaus die Seiten und lieferte den Polen Osterode aus. Am Fluss Dölewka erinnert noch ein Stein an ihn. Dort soll er dem Vernehmen nach manchmal als schwarzer Hund erscheinen, wenn jemand den Schatz unter diesem Grenzstein heben will.

Suche nach dem Grenzstein

Auf die Suche nach diesem Stein und einer mittelalterlichen Siedlung aus der Zeit von Nikolaus von Döhringen machten sich die Teilnehmer vom Standpunkt des Weissermel'schen Herrenhauses aus. Dieses existiert nicht mehr, lediglich einige Steine deuten die Treppe an, die von dort in den Park hinabführte. Dort, am Eingang des heutigen Parks, ist die streng geometrische Formgestaltung eines französischen Parks immer noch zu erkennen.

Die vor wenigen Jahren erfolgte Wiederbelebung des Geländes durch die Gemeinde umfasste auch den zweiten Teil, den englischen Landschaftspark, der mit Laternen, Bänken, verschiedenen erzieherischen Stationen und zwei Findlingen namens „Freundschaft“ und „Liebe“ aufwarten kann. Und mit einem Wegenetz, das sich nicht zufällig an dem von Johann Larass orientiert.

Ihre Spurensuche führte die jungen Menschen aber noch weiter, in den Wald hinter dem Park, an die Dölewka, in wilderes und feuchtes Terrain. Am Ende des anstrengenden Tags wartete ein Picknick am Parkeingang auf sie, und die Erkenntnis, wie viel an einem einzigen Tag über ihre Region zu erfahren war. Und außerdem zwei Aufgaben: sich um das zu kümmern, was in ihrem Dorf die Erinnerung erhält – und wenn möglich das Grab von Alfred Weissermel auf dem Friedhof wiederzuentdecken.

MELDUNGEN

Estland für Königsberg

Königsberg – Nachdem bereits Lettland, Litauen und Polen zur historischen Bezeichnung für die Pregelmetropole Königsberg zurückgekehrt sind, hat der estnische Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten angeregt, die Stadt künftig wieder mit ihrem historischen deutschen Namen Königsberg zu nennen. Zu diesem Schluss kam der Vorsitzende des Ausschusses Marko Mihkelson, Mitglied der Estnischen Reformpartei, der ein Buch über die Geschichte Russlands der letzten 30 Jahre geschrieben hat, in dem er die These aufstellt, dass russische Geheimdienste dort die Macht übernommen hätten. Der Ausschuss sieht auch die Umbenennung weiterer Ortsnamen aus der Sowjet-Ära vor. MRK

Orientierung im Wald

Hohenstein – Die Oberförsterei von Hohenstein hat östlich der Stadt neue touristische Attraktionen für die Freunde des Orientierungslaufs eingerichtet. Es handelt sich um sechs unterschiedlich lange und schwierige Strecken auf dem Gebiet des sogenannten Grünen Kontrollpunkts „Schlagamühle Schwirgstein“. Beim Orientierungslauf müssen die Teilnehmer mit Hilfe von Landkarte und Kompass eine Strecke über mehrere im Gelände versteckte Kontrollpunkte zurücklegen, an denen man seine Anwesenheit bestätigen muss, und möglichst schnell ans Ziel gelangen. „Mit dieser originellen Freizeitaktivität unter freiem Himmel übt man Orientierung im Gelände, die Handhabung von Landkarten und Kompass und kann die Schönheit der Natur genießen“, so die Oberförsterei. Eine spezielle Karte der Strecken, in der die Dichte des Waldes in unterschiedlichen Grüntönen markiert ist, kann man von der Internetseite der Oberförsterei herunterladen. U.H.

VERKEHRSERZIEHUNG

Allenstein hat einen neuen Übungsplatz für Radfahrer

Alle Schüler müssen sich einer Prüfung unterziehen, bevor sie am Straßenverkehr teilnehmen dürfen

Kurz vor Beginn des neuen Schuljahres wurde auf dem asphaltierten Platz vor der Grundschule Nr. 30 in der Allensteiner Wohnsiedlung Pieczewo der erste Verkehrsübungsplatz für Radfahrer in der Stadt eröffnet. Er steht allen Interessierten offen. An den Nachmittagen treffen sich hier gerne ganze Familien. Es ist ein Ort, an dem Jugendliche und Kinder ihre Geschicklichkeit im Straßenverkehr auf Straßen mit horizontalen und vertikalen Schildern testen können. In der Republik Polen müssen minderjährige Radfahrer, die mindestens zehn Jahre alt sind, eine Fahrradkarte, eine Art Fahrradführerschein, erwerben, wenn sie auf der Straße fahren wollen. Dafür müssen sie eine Prüfung bestehen, die sie meist in der Schule ablegen können.

Das Interesse an dem neuen Übungsplatz ist bereits jetzt groß. „Wir haben zahlreiche eifrige Eltern mit Kindern, die die aufgemalten Straßen bereits nutzen“, sagte

Anna Saryk, die Direktorin der Schule. Der Verkehrsübungsplatz wurde auf Initiative der örtlichen Gemeinde im Rahmen des Allensteiner Bürgerbudgets eingerichtet.

Der Verkehrsübungsplatz kann von jedermann auch als Vorbereitung auf den Erwerb der obligatorischen Fahrradkarte genutzt werden. Auf dem Platz können dann

auch Fahrradkartenprüfungen abgelegt werden. Die Grundschulleitung hat allerdings noch darüber hinausgehende Pläne für den neuen Verkehrsübungsplatz. Künf-

tig sollen dort Wettbewerbe für Schüler aus verschiedenen Schulen stattfinden.

In Zukunft auch Schulwettbewerbe

„Wir wollen, dass der Platz ein Ort für Fahrradkartenprüfungen ist, und wir wollen, dass es ein Ort ist, der Spaß macht. Deshalb sind zwischen den Straßen Felder aufgemalt, auf denen Kinder spielen und wie auf einem Brett herumspringen können. Der Ort ist einladend. Ich bin sehr stolz darauf, dass er dank den Menschen und ihrer großen Entschlossenheit gebaut werden konnte – zuerst durch die Unterschriftensammlung für das Allensteiner Bürgerbudget, dann durch die Entschlossenheit des Rathauses und des Stadtpräsidenten, die unsere Initiative unterstützte, und durch die Firma, die ihre Arbeit professionell ausführte“, sagte die Schulleiterin in einem Interview mit örtlichen Medien. Dawid Kazánski



Auf dem Allensteiner Übungsplatz: Trainieren für die Fahrradkarte

Foto: D.K.

Wir gratulieren...



ZUM 100. GEBURTSTAG

Böhnke, Horst, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 8. Oktober
Kriese, Margarete, geb. **Löper**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 6. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Baatz, Fritz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 6. Oktober
Hindersin, Lieselotte, geb. **Bubritzki**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 10. Oktober
Römer, Hilde, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 8. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Philippzik, Ruth, aus Walden, Kreis Lyck, am 6. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Dzienian, Werner, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 12. Oktober
Karow, Joachim, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 7. Oktober
Kreuzberger, Eva-Maria, geb. **Janzyk**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 7. Oktober
Renner-Kruska, Therese, aus Lyck, am 8. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Falk, Anneliese, geb. **Städter**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 8. Oktober

Kosowski, Horst, aus Rostken, Kreis Lyck, am 10. Oktober
Lindner, Gertrud, geb. **Lange**, aus Kuppen, Kreis Mohrungen, am 11. Oktober
Müller, Kurt, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 11. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Lücken, Gerda, geb. **Müller**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 8. Oktober
Pankewitz, Fritz, aus Willnau, Kreis Mohrungen, am 8. Oktober
Sdorra, Fritz, aus Maschen, Kreis Lyck, am 6. Oktober
Sulewski, Auguste, geb. **Butkus**, aus Regeln, Ortsteil Regelnhof, Kreis Lyck, am 11. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Daniele, Ursula, geb. **Makossa**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 7. Oktober
Dietze, Ellinor, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 9. Oktober
Gorzolke, Waltraut, geb. **Fischer**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Heine, Gisela, geb. **Kapitzki**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 7. Oktober
Mlinarzik, Elsbeth, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 7. Oktober
Schadwinkel, Franziska, geb. **Knieper**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 7. Oktober
Schmidt, Erika, geb. **Helmke**, aus Transsau, Kreis Fischhausen, am 7. Oktober
Stubbe, Gisela, geb. **Buttgereit**, aus Wehlau, am 10. Oktober

Stümpert, Gertraud, geb. **Krischik**, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 11. Oktober
Winkler, Gerhard, aus Preußisch Mark, Kreis Mohrungen, am 10. Oktober
Zachow, Helga, geb. **Enskat**, aus Hellbrunn, Kreis Ebenrode, am 11. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Knafla, Alfred, aus Winrichsrode, Kreis Neidenburg, am 6. Oktober
Murach, Gotthold, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 10. Oktober
Neiß, Renate, geb. **Pfennig**, aus Wehlau, am 6. Oktober
Rehagel, Helga, geb. **Pieper**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Rydzewski, Gerhard, aus Lyck, am 10. Oktober

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Stephan, Hildegard, geb. **Krupinski**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 9. Oktober
Wieprecht, Astrid, geb. **Jeschonowski**, aus Treuburg, am 10. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Burchert, Irmgard, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, am 8. Oktober
Gresch, Lieselotte, geb. **Hesterberg**, aus Neidenburg, am 7. Oktober
Hochmuth, Erika, aus Richau, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Knoth, Adelheid-Maria, aus Lyck, am 10. Oktober
Koschorrek, Herbert, aus Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg und aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 8. Oktober
Schulz, Margarete, geb. **Redner**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 7. Oktober
Smollich, Günter, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 6. Oktober
Stamm, Albert, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 11. Oktober
Thierling, Hannelore, geb. **Offel**, aus Ortelsburg, am 8. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Beckner, Günter, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 7. Oktober
Hartel, Elfriede, geb. **Joswig**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 6. Oktober
Kaerber, Sieglinde, geb. **Lyhs**, aus Treuburg, am 12. Oktober
Karczewski, Käthe, geb. **Kayka**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 10. Oktober

Klein, Christel, geb. **Grudinski**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 10. Oktober
Kosmowski, Christa, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 10. Oktober
Seelinger, Elsa, aus Ebenrode, am 10. Oktober
Suhr, Kurt, aus Kompehnen, Kreis Fischhausen, am 8. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bartsch, Walter-Otto, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. Oktober
Braun, Ursula, geb. **Roch**, aus Nalegau, Kreis Wehlau, am 6. Oktober
Kannenberg, Eva-Maria, geb. **Mattern**, aus Wiese, Kreis Mohrungen, am 8. Oktober
Lemsch, Adelheid, geb. **Hartmann**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Masuhr, Helmut, aus Lyck, Litzmannstraße 5, am 11. Oktober
Pogodda, Siegfried, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 6. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bandowski, Rita, aus Reipen, Kreis Wehlau, am 12. Oktober
Biallas, Walter, aus Kreuzdorf, Kreis Treuburg, am 7. Oktober
Broszeit, Hildegard, geb. **Lakaw**, aus Koddien, Kreis Wehlau, am 12. Oktober
Eikemper, Christel, geb. **Schlenzak**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 10. Oktober
Hein, Karin, geb. **Kelch**, aus Lyck, am 9. Oktober
Kositzki, Karin, geb. **Zierke**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 12. Oktober

Lange, Brigitta, geb. **Schröter**, aus Reichertswalde, Kreis Mohrungen, am 10. Oktober
Packhäuser, Bernd, aus Königsberg, am 9. Oktober
Podzkiewitz, Alfred, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 9. Oktober
Ratmann, Martha, geb. **Offenmüller**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 10. Oktober
Schwettlick, Siegrid-Eleonore, geb. **Skrzyppek**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 10. Oktober
Sperling, Helga, geb. **Timmler**, aus Treuburg, am 9. Oktober
Stumm, Hans-Joachim, aus Ortelsburg, am 9. Oktober
Zielasko, Günther, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 7. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bindemann, Eva, geb. **Hufenbach**, aus Stolzenau, Kreis Ebenrode, am 8. Oktober
Dudday, Helga, aus Eichtal, Kreis Treuburg, am 11. Oktober
Kansch, Marlit, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 6. Oktober
Kemfert, Karl-Heinz, aus Stärken, Kreis Ebenrode, am 11. Oktober
Müller, Heidi, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Oktober
Müller, Ursula, geb. **Wolk**, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 7. Oktober
Schlächter, Hannelore, geb. **Packheuser**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 9. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Baumbach, Rainer, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 10. Oktober



Ostpreußisches Landesmuseum

Ausstellungen

21. Oktober bis 25. Februar 2024, Eröffnung: Freitag, 20. Oktober, 18.30 Uhr: **Stinthengste, Krähenbeißer, Lange Wurst und Co. – Ostpreußische Bräuche im Wandel**. Bräuche bestimmen unser Leben, im Alltag sowie zu besonderen Anlässen. Warum? Dafür gibt es die verschiedensten Gründe und Entstehungsgeschichten. Auch in Ostpreußen haben sich im Laufe der Zeit unterschiedliche Bräuche entwickelt, manche kommen uns heute noch sehr bekannt vor, andere erscheinen uns ein wenig veraltet, wieder andere führen uns in eine völlig fremde und einzigartige Welt. Einem Teil dieser Bräuche widmet sich diese Kabinettsausstellung.

Veranstaltungen

Mittwoch, 11. Oktober, 18.30 Uhr, Eintritt: 5,- Euro: **Das Königsberger Wolfsmädchen Ursula, Lesung und Gespräch** mit dem Autor Dr. Christian Hardinghaus und der Zeitzeugin Ursula Dorn, moderiert von Dr. Christopher Spatz. Seit etwa 30 Jahren werden „Wolfskinder“ zunehmend bekannter. Mit seinem Buch über das Wolfsmädchen Ursula hebt Autor Hardinghaus Spätfolgen und Unausgesprochenes auf das Tableau und stellt die drängende Frage, was uns von den Wolfskinder-Generationen ohne Zeitzeugen bleibt. Ursula Dorn (geb. 1935 in

Königsberg) verarbeitete die Erinnerungen an ihr Dasein als Wolfskind in ihrem biografischen Roman „Ich war ein Wolfskind aus Königsberg“. Dr. phil. Christian Hardinghaus, geb. 1978, ist Historiker, Schriftsteller und Fachjournalist. Seine Schwerpunkte liegen in der Erforschung des NS-Systems und des Zweiten Weltkriegs. Dr. Christopher Spatz, geb. 1982, promovierte zur Identität der ostpreußischen Wolfskinder. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 12. Oktober, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Tiere und Natur im Jahreszeitenumsbruch, Kinderclub** mit Monja Breyer. Gemeinsam folgen wir den Spuren der Tiere im Herbst und basteln mit Blättern und Materialien aus der Natur. Bitte gesammelte und getrocknete Blätter und kleine Äste mitbringen. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von sechs bis zwölf Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Dienstag, 17. Oktober, 14.30 Uhr, 7,- Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Eine Reise durch das Ordens- und Prusensland**. In der Reihe Museum

Erleben lädt Prof. Dr. Siegmund Fröhlich zu einer spannenden Bilderreise ein. Er stellt die Schauplätze seines künftigen Buches vor und erläutert die historischen Hintergründe und berichtet von der Kunst, fiktive Protagonisten in eine historische Realität einzuführen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag bis Freitag, 17. bis 20. Oktober, täglich 14 bis 17 Uhr, Kosten: 5,- Euro pro Tag: **Herbstferienprogramm** für Schülerinnen und Schüler von neun bis 13 Jahren. **Die Farben des Herbstes**. Da es jeden Tag ein neues Thema gibt, ist die Teilnahme auch an einzelnen Tagen möglich. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Sonnabend, 21., und Sonntag, 22. Oktober, 11 bis 15 Uhr, Gebühr: 60,- Euro für zwei Tage, Material wird gestellt: **Wochenendworkshop für Erwachsene** in Kooperation mit der Kunstschule IKARUS. **Collagen gestalten – Klassisches Recycling in der Kunst** mit Ina Robert und Uwe de Witt. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.



LO-Termine 2023

7. und 8. Oktober:
 14. **Deutsch-Polnischer Kommunalpolitischer Kongress** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein
 9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
 10. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 42/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 42/2023 (Erstverkaufstag 20. Oktober) **bis spätestens Dienstag, den 10. Oktober**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinsler@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchtstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Brandenburg

Vorsitzender: Hans-Jörg Froese, Phoebeener Chausseestraße 10, 14542 Werder, Telefon: (03327) 741603, E-Mail: lo.lg.brandenburg@gmail.com **Internet:** <https://lglbrandenburg.wordpress.com/>

Mitgliederversammlung und Vorträge mit TOLKEMITA

Potsdam – Sonnabend, 21. Oktober, 14 bis 17 Uhr, Seminarraum im Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte (HBPG), Am Neuen Markt 9, 14467 Potsdam: Der Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen Landesgruppe Brandenburg lädt zu Vorträgen in einer Gemeinschaftsveranstaltung mit der Prußen-Stiftung TOLKEMITA sowie zur Mitgliederversammlung ein mit folgender Tagesordnung: 1. Begrüßung, Totenehrung, 2. Annahme der Tagesordnung, 3. Vorträge, 3.1 Die Prußen – Herkunft, Geschichte und Wandlung eines Volkes, 3.2 Filmvorführung und Kurzvortrag zum Leben von Simon Dach und seinem Gedicht „Ännchen von Tharau“ (1637), 4. Gedankenaustausch bei Kaffee und Kuchen, 5. Tätigkeitsbericht des Vorstands, 6. Bericht des Schatzmeisters, Jahresrechnung 2022, 7. Bericht der Rechnungsprüferin, 8. Aussprache, Entlastung des Vorstands, 9. Vorhaben, eventuelle Besuch des Ostpreußischen Landesmuseums, 10. Verschiedenes.

Anträge zur Tagesordnung der Mitgliederversammlung sind dem Vorstand bis zum Dienstag, 17. Oktober schriftlich per Brief, FAX, E-Mail mitzuteilen.

Sollten Mitglieder an der Versammlung nicht teilnehmen können, wird gebeten, ein anderes Mitglied gemäß Paragraf 9 Abs. 5 der Satzung schriftlich zu bevollmächtigen, das Stimmrecht in der Mitgliederversammlung auszuüben. Dieses bitten wir ebenfalls bis zum 17. Oktober per Brief, FAX, E-Mail mitzuteilen. Vor der Ver-

sammlung können Ausstellungen am Veranstaltungsort (HBPG) als dem zentralen Ort für brandenburgische Kultur und Geschichte besichtigt werden. Siehe auch: <https://gesellschaft-kultur-geschichte.de/haus-der-brandenburgisch-preussischen-geschichte/ueber-das-hbpg/>



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

Frauengruppe

Bergedorf – Freitag, 13. Oktober, 13 Uhr, Restaurant Zum Fahrtenkrug, Fahrtenkrug: Kohlrouladen-Essen.

Bergedorf – Freitag, 27. Oktober, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Bergedorf: „Herbstzeit in der Heimat“ mit Geschichten, Gedichten und Liedern, Kaffee und Kuchen.

Gisela Harder



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Herbst und Erntedank

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 21. Oktober, Bürgermeister-Pohl-Haus in Wixhausen: Treffen der LOW Kreisgruppe Darmstadt/Dieburg zum Thema Herbst und Erntedank. Christian Keller

Spuren der Hugenotten

Wetzlar – Dienstag, 17. Oktober, 11 Uhr, Gaststätte Matchball beim

Tennisplatz, Bodenfeld, Telefon (06441) 45439: „Auf den Spuren der Hugenotten“, Film-Vortrag von Wolfgang Post und Erntedankfeier. Weitere Informationen bei Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822) 5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Erntedank

Oldenburg – Mittwoch, 11. Oktober, 15 Uhr, Stadthotel: Erntedank-Nachmittag der Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen, Oldenburg mit einem Vortrag über die Kartoffel: „Alles Tolle von der Knolle“ von Irmgard Mohrmann.

Forum Baltikum



Donnerstag, 26. Oktober, 15 Uhr, 10,- Euro, der Filmclub zeigt den Farbfilm „Der König und ich“ (1956). Die Vorlage für diesen Film war das gleichnamige Musical. Anmeldung unter Telefon (04121) 89870 oder unter E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhne, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Herbstkonzert

Düsseldorf – Dienstag, 10. Oktober, 19 Uhr, Stiftung Gerhart Hauptmann-Haus (GHH), Deutsch-osteuropäisches Forum, Bismarckstraße 90: Bunte (Noten-)Blätter, traditionelles Herbstkonzert mit der Pianistin Miyuki Brummer und dem Flötisten Klaus-Peter Riemer.



Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Veranstaltung

Dresden – Dienstag, 10. Oktober, 14 bis 17 Uhr, Großenhainer Straße 96: Flammenmeer über Königsberg.



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Musikalischer Nachmittag

Bad Schwartau – Zur ersten Begegnung am 7. September nach der Sommerpause verblüffte uns un-

se verehrte Frau Wüsthoff, die mit ihren 99 Jahren wie ein Wiesel überall im Laufschrift ihr Gespräch suchte und erst, als die Kaffeetafel eröffnet wurde, Platz genommen hat.

Für diesen Nachmittag hatte sich unser Vorsitzender Axel Simanowski etwas ganz Besonderes ausgedacht. Am 29. Oktober 1923, also vor 100 Jahren, wurde das erste offizielle Rundfunkprogramm in Deutschland ausgestrahlt und eröffnete damit völlig neue Wege der Kommunikation. Unser Vorsitzende hatte recherchiert und Lieder mit Aufnahmen aus der Anfangszeit der Sendungen aufgenommen und auf die Leinwand projiziert, die zunächst die „Goldenen 20er“ im Raum erklingen ließen. In den 1920er Jahren waren viele Lieder zu hören, die unsere älteren Mitglieder noch gut kennen. Mit Horst Raszat in ostpreußischer Mundart „Meine Braut ist aus Pillkallen“ begann der musikalische Nachmittag und Simanowski kommentierte die Zeit und die Aufnahmen, die nun folgten. Zwar war nicht jedes Lied gleich zum Mitsingen, aber als dann von Richard Tauber das Lied „Adieu du mein kleiner Gardeoffizier“ gesungen wurde, fingen viele schon mal an, das Lied mitzusummen, und bei „Ich hab das Fräulein Helenen baden sehn“ oder „Ich wollt ich wär ein Huhn“ hörte man auch schon, dass der Text mitgesungen wurde und beim Walzer „Das ist der Onkel Steputat“ zuckte dem einen oder anderen auch das Tanzbein. Mit „Ich bin von Kopf bis Fuß auf Liebe eingestellt“ (1930) gesungen von Marlene Dietrich und „Der Wind hat mir ein Lied erzählt“ (1937) sowie „Davon geht die Welt nicht unter“ (1942) mit Zarah Leander, eine schwedische Sängerin, die von Hermann Göring besonders gefördert wurde, steigerte sich die Stimmung im Raum – natürlich des Liedes wegen.

Aber es gab ja auch kritische Zeiten, was durch das Lied „Einmal möchte ich keine Sorgen haben“ Anfang der 1930er Jahre besungen wurde. Ab 1933 nahm die

Zeit unter Adolf Hitler das Radio in Anspruch, und es erklangen insbesondere Marschlieder wie „Wozu ist die Straße da? Zum Marschieren“ oder „Es zittern die morschen Knochen“.

In der Zeit danach erklangen Lieder „Ich kam aus Alabama – Oh Susanna“ von Hans Albers, „Ich tanze mit Dir in den Himmel hinein“ mit Willy Fritsch oder „Heimat Deine Sterne“ mit Rudi Schürke. Mit dieser hier nicht vollständigen Wiedergabe der Lieder ging ein ausgesprochen fröhlicher Nachmittag zu Ende, und unserem Vorsitzenden sei gedankt für die viele Mühe der Zusammenstellung des Liedmaterials und den historischen Aufnahmen. Hans-A. Eckloff

Erntedank

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 10. Oktober, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Erntedank bei der Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“ mit Pastorin Susanne Platzhoff, Mitgliedern und Gästen. Diese Feier im Herbst, nachdem die Ernte eingebracht wurde, um Gott für die Gaben der Ernte zu danken, ist eines der ältesten Feste. Brigitte Christensen

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V. (VLM FI)

Flensburg – Mittwoch, 25. Oktober, 12 Uhr, TSB-Heim: Wrukenessen, anschließend Vortrag zum Tag der Heimat. Anmeldung bitte bis spätestens Mittwoch, 18. Oktober bei Frau Kunde.

Flensburg – Warum kennt in dieser Stadt niemand Ernst Ebel? Diese Frage ließ dem ehemaligen Lehrer Ekkehard Schmidt aus Eckernförde keine Ruhe. Er hatte den 1913 in Bollwerk Amtsbezirk Terranova Kreis Elbing geborenen Ostpreußen durch seine Ehefrau, die Pastorin Gudrun Schmidt-Endriß, im Jahre 1995 kennengelernt. Sie war mit Ebel des Öfteren zusammen-

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
- Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schifffahrts- und Eisenbahnlinien.



Prämie 2: Renaissanceglobus

Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

gekommen, da dieser sich ein Zubrot als Sargträger verdiente. Es entstand mit den Jahren eine intensive Beziehung zwischen den Familien, die dazu führte, dass Ekkehard Schmidt sich mit dem Leben von Ernst und Elli Ebel beschäftigte. Aktueller Anlass war seinerzeit eine Ausstellung von Ebels Ölbildern im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen über das kaiserliche Gut Cadinen, die Schmidt arrangierte und für die er ein Lebensbild Ebels benötigte.

Wie wurde Ebel nun Maler, wo er doch in seinem Leben zahlreiche andere Berufe oder auch nur Beschäftigungen ausgeübt hatte? Diese reichten von Tätigkeiten in einer Apotheke, einer Ziegelei, der Fischerei (der Vater hatte auf dem frischen Haff fünf Fischerkähne), der Binnenschifferei bis hin zum Dienst bei der damaligen Kriegsmarine als Obersteuermann. Gegen Kriegsende transportierte er mit einem kleinen Kutter von Gotenhafen aus Flüchtlinge nach Westen und landete schließlich in Eckernförde, wo er seine zweite Frau nach einer ersten geschiedenen Ehe kennenlernte. Er wurde Bergmann im Ruhrgebiet, ging wiederum in die Binnenschiffahrt, wurde Schiffsausrüster und letztendlich 1963 Gastwirt in Emden, später in Bremen und zuletzt in Eckernförde.

Dort ging er nach einem äußerst abwechslungsreichen Berufsleben 1980 in den Ruhestand. Er widmete sich fortan der Malerei und nahm beim ortsansässigen Maler Volker Altenhof und später

bei Alfred Schreiber aus Kiel sowie Joachim Libuda Unterricht. Er malte, da er über kein Auto verfügte, überwiegend Motive aus Eckernförde und der näheren Umgebung: Stadt und Hafen von Eckernförde und Borby, Harzhof, Norby, Rieseby und Bilder der Schlei sowie vereinzelt aus anderen Gegenden Schleswig-Holsteins, zum Beispiel aus Nordfriesland „Der Fischer auf der Warft“. Später konnte er Urlaubsreisen für neue Motive nutzen, wie die Lüneburger Heide, Straßburg oder Løkken in Dänemark.

Durch eine Ausstellung in Eckernförde gleich zu Anfang seiner Malerei, zusammen mit anderen Malern, wurde er bekannt, sodass weitere Ausstellungen folgten und Ebel mehrere Auszeichnungen und Preise erhielt.

Bereits 1995 hatte Schmidt bei Ebel eine größere Arbeit in Auftrag gegeben, eine Arbeit über das kaiserliche Cadinen, einen Ort am Frischen Haff. Schmidt war auf dem Gut, das sich im Privatbesitz des Kaisers befand, geboren und hatte dort seine ersten Kindheitsjahre verbracht. Ebel war dieser Ort seit seiner Kindheit bekannt, da in seinem Elternhaus zwei rote Cadiner Reliefplatten mit den Bildnissen des Kaisers und der Kaiserin hingen. So waren der Künstler und der Autor durch Cadinen verbunden.

Schmidt hatte uns bei unserem letzten Treffen am 13. September diesen recht unbekanntem Eckernförder Maler ostpreußischer Herkunft in einem von Anekdoten und persönlichen Erlebnissen gespickten Vortrag nahegebracht.

Michael Weber



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Ergebnis der Kreistagswahl

Hagen – Nach der Satzung der Kreisgemeinschaft Lyck e. V. gehören dem Kreistag 15 Mitglieder an. Die in diesem Jahr turnusmäßig durchgeführte Kreistagswahl hatte folgendes Ergebnis:

- 1. Czerwinski, Siegmara (Andreken), 2. Czudnochowski, Dieter-J. (Morgengrund), 3. Donder, Reinhard (Kalkofen), 4. Gentek, Uwe (Neumalken), 5. Heupel, Gesine (Morgengrund), 6. John, Eva (Lyck), 7. Kalisch, Hans Peter (Dreimühlen), 8. Mader, Heidi (Stradaunen), 9. Mader, Marc (Stradaunen), 10. Mader, Michael (Stradaunen), 11. Meiburg, Dirk (Sarken), 12. Nilson, Anorthe (Morgengrund), 13. Schenkewitz, Andreas (Maschen), 14. Vogel, Hans (Lindenfließ), 15. Wiesensee, Bärbel (Mostolten).

Die konstituierende Sitzung des Kreistages fand statt am Sonntag, 26. August, 14 Uhr im Rathaus der Stadt Hagen.



Mohrungen

Kreisvertreter: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079.

Stellv. Kreisvertreterin: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452.

Geschäftsstelle: Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Goldenes Ehrenzeichen

Bad Nenndorf – Sehr geehrte, liebe Frau Tkacz, ich habe die Ehre, in einer kleinen Laudatio anlässlich der Verleihung des goldenen Ehrenzeichens der Kreisgemeinschaft, Ihre Leistungen, Ihre jahrelange, ehrenamtliche Arbeit für unsere Gruppe angemessen zu würdigen.

Sie wurden am 5. Mai 1943 als Ingrid Schindowski in unserer schönen, unvergessenen, ostpreußischen Kreis-Stadt Mohrungen geboren und durften, nach Ihrer eigenen Aussage, eine unbeschwertere Kindheit in dem beschaulichen Ort Güldenboden, am nahegelegenen Narien-See verbringen.

Das Kriegsende 1945 erlebten Sie leidvoll noch in der Heimat; erst einige Zeit danach war eine Ausreise aus dem polnisch besetzten Gebiet nach Westdeutschland möglich. Aber schon bald nach Ihrem Einleben, hier, im verbliebenen Rest unseres deutschen Vaterlandes, und hoch motiviert, die Erinnerung und Pflege der Kultur



Erhielt das Goldene Ehrenzeichen der Heimatkreisgemeinschaft Mohrungen: Ingrid Tkacz Foto: Gerhard Scheer

und des Brauchtums der Heimat zu bewahren und zu pflegen, traten Sie der 1949 gegründeten Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. sehr bald bei. Ihre Mitwirkung war so aktiv und überzeugend, dass der Kreistag der Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. Sie schon im Jahre 2003 in den Gesamtvorstand wählte und mit den Aufgaben der Geschäftsführerin betraute. 2009 wurden Sie Stellvertretende Kreisvertreterin, und seit 2015 führen Sie ununterbrochen bis heute unseren Vertriebenenverein als Kreisvertreterin.

Ihr Führungsstil zeichnet sich durch ausgesprochen harmonische Umgangsformen gegenüber Ihren Vereinsmitgliedern aus. Zusammenhalt und Verständigung sind Ihre Maxime. Die warme, beruhigende, ausgleichende Wirkung Ihrer Persönlichkeit hält in bewundernswürdiger Weise in den besonders durch Alterungsprozesse im-

mer schwieriger werdenden Zeit die Kreisgemeinschaft trotzdem wunderbar zusammen. Die Liebe zur Heimat, die Pflege und der Erhalt der Erinnerung ostpreußischer Kultur und ostpreußischen Brauchtums ist in allen Ihren Bemühungen unverkennbar. In all den Jahren haben Sie Kontakt zu den in der Heimat verbliebenen Menschen in Mohrungen und Umgebung gehalten und jährlich vor Ort, die Bruderhilfe ausgezahlt.

Auch zu dem noch heute existierenden „Herderverein“ in Mohrungen halten Sie lebhaften Kontakt und sorgen für angemessene, finanzielle Unterstützung dieser Gemeinschaft. Lobend zu erwähnen ist darüber hinaus auch die Pflege verschiedener Projekte der Erinnerung, die durch Initiativen und finanzielle Förderung der Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. im Laufe der Jahre entstanden sind. Allen voran der Erhalt und

Rätsel

Word search puzzle grid with clues in German. Clues include: Getreidesamen, Kiefernholz, griechischer Buchstabe, eine der Großen Sunda-Inseln, frühere Münze, spanisch: Hurra!, Los!, Auf!, verdorben (Fett), US-Nachrichtensender (Abk.), Musik: Tongeschlecht, eiweißhaltige Nutzpflanze, Ansturm auf etwas Begehrtes (englisch), Bewohner einer italienischen Insel, Prachtentfaltung, dt. Model und Moderatorin (Heidi), Talent, Neigung, Verbindungsstelle, Ritze, schüchtern, Abk.: Landesversicherungsanstalt, trennen, zerteilen, Form des Fitnesstrainings, Götze, Idol, Strom in Ost-sibirien, Tanzart mit Spezial-schuhen, Hafenstadt in Marokko, Ereignis, Vorfall, Pferdrennbahn bei London, Überstürzung, Eile, Tierpflege, Vogelweibchen, Huhn, tapferer Mann, Heros, ausgedehnt nach den Seiten, schmal; begrenzt, Wind am Gardasee, kleinere Glaubensgemeinschaft, Durch-, Abzug; Klimaanlage, eine Verwandte, Seebad in Belgien, Ringel-, Saugwurm, Holzgewächs, Frisurhalter, Papstname, Kanton der Schweiz, Provisorium; Notlösung, römischer Liebesgott, Honigwein, schneller Autofahrer, Einkaufsstraße in Düsseldorf (Kzw.), Pelz russischer Eichhörnchen, sich täuschen, Verhältniswort, Ur Großmutter (Kosewort), Rollkörper, Rand eines Gewässers, langschwänziger Papagei, blasroter Farbton, altägyptischer Sonnengott, Kost, Essen, Speise, Bezahlung von Künstlern, kantig, nicht rund, Zensur, Sinnesorgan, franz. Modeschöpfer (Christian), sagenhaftes Goldland, germanisches Schriftzeichen, kleiner Schwatz, Kosten anteilmäßig verteilen, schott. Stammesverband, schriftl. festgehaltenes Recht, spanischer Fluss, scherzhaft für Spitzbube, Waldland in Feld verwandeln, jap. Kunst d. Papierfaltens, holländischer Käse, feuchter Wiesengrund, Wickelgewand der Inderin, Stadt an der Weißen Elster, feierliches Gedicht, Aktion, Handlung, netzartiges Gewebe, Gemahlin Lohengrins, Dienststelle; Behörde, weibl. griech. Sagen-gestalt, Platz, Stelle, Dreimannkapelle, Disney-Figur (... und Stroich), Platz, Stelle

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers filled in.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

6x6 grid with diagonal lines and numbers 1-6.

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei andere Worte für Ausklang. 1 Nadelbaum, Kiefer 2 Oberarmmuskel 3 der Jüngere (hinter Namen) 4 Prachtgebäude 5 Teufelssitz, Ort der Verdammnis 6 Trennlinie

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Zirkus-, Varietékünstler. 1 kürzlich fertiggestelltes Haus, 2 Haremswächter, 3 Brautraum im Herd, 4 Entdecker einer verlorenen Sache, 5 Stadt an der Ems, in NRW

Diagram for the 'Kreiskette' puzzle showing a circular path of 11 numbered fields.

Heimatkreisgemeinschaften

die Betreuung der „Mohrunger Stuben“ – eine Einrichtung in den Räumlichkeiten des historischen Rathauses der Stadt Mohrungen, die regelmäßig Besuchern aus allen Gesellschaftsschichten geöffnet ist und eine Sammlung von Bild- und Literaturobjekten ostpreußischen Brauchtums, speziell aus dem ehemaligen Landkreis Mohrungen enthält. Auch die Pflege des ehemaligen evangelischen Friedhofes in Liebstadt, heute Erinnerungsstätte „Lapidarium“ im ehemaligen Liebstadt – seinerzeit errichtet und finanziert durch die Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. wurde über die Jahre hinweg organisatorisch und finanziell betreut.

An dieser Stelle sei auch die segensreiche Zusammenarbeit mit der Kulturbeauftragten der Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. Gisela Harder anlässlich der Instandsetzung der Altstädter Orgel in der Kirche des Städtchens Altstadt, im Kreis Mohrungen, ebenfalls finanziert durch die Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. erinnert.

Unter Ihrer persönlichen Teilnahme wurde die festliche Enthüllung der von der Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. gespendeten Gedenktafeln am Tor der „Kant-Gedenkstätte“ in Groß Arnsdorf vorgenommen. Ein beeindruckendes Zeichen von Verbundenheit und Kontakt zu den Menschen in der Heimat.

Die Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. dankt ihrer langjährigen Kreisvertreterin für ihre erfolgreiche, ehrenamtliche Arbeit und verleiht „In Würdigung ihrer außergewöhnlichen Leistungen und ihres vielfältigen Einsatzes um die Pflege und den Erhalt Ostpreußischer Kultur und Brauchtum“, das „Goldene Ehrenzeichen.“

Horst Sommerfeld

Luise-Marlene Wölk, Internet + Kultur: Josephina Strößner, 2 Kassenprüfer: Gudrun Schmidt, Juliette Strößner, Ersatzkassenprüfer: Heinz Fedrowitz, Archivverwaltung: Ingrid Lansdorf.

Der Vorstand freut sich über einige neue Funktionsträger sowie auf eine gute Zusammenarbeit für unsere gemeinsame Heimat!

Wie jedes Jahr, reisten zum Heimatkreistreffen am Sonntag, 3. September viele Teilnehmer mit Freude an. Es gab gute Gespräche und neue Kontakte sind entstanden. Heimat stand selbstverständlich im Vordergrund, denn dazu gab es auch eine wunderbare Ausstellung über die Orte im Kreis Mohrungen mit Messtischblättern, die durch Wölk eröffnet und dokumentiert wurde. Die Teilnehmer waren sehr begeistert und informierten sich über ihre Orte!

Die Feierstunde begann mit dem Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder...“, Begrüßung der Teilnehmer durch die Kreisvertreterin und schriftlichen sowie gesprochenen Grüßen der Gäste aus Mohrungen/Harz und der angereisten Ostpreußen-Gruppe aus Bielefeld. Bei allen gemeinsam gesungenen Liedern wurden wir von Josephina Strößner auf ihrer Querflöte begleitet. Es folgte das „Geistliche Wort“ von Pfarrer i.R. Gerd F. Kolakowski mit Totenehrung, Festrede von Jochen Bosse über Morungen/Harz.

Es war für mich ein unbeschreibliches Gefühl und Wertschätzung, als ich mit der Laudatio, Ehrenurkunde und dem „Ehrenzeichen in Gold“ ausgezeichnet wurde. Eine große Ehre! Herzlichen Dank! „Zusammenbleiben ist Fortschritt und Zusammenarbeiten bedeutet Erfolg.“ Ingrid Tkacz



Verein der Deutschen in Memel/Klaipėda

Filmuraufführung

Berlin – Am 22. September fand auf Einladung des Deutsch-Litauischen Forums e.V. und der Litauischen Botschaft eine Vorstellung zweier bemerkenswerter litauischer Filme statt. Der Vorsitzende des Deutsch-Litauischen Forums, Freiherr Dr. von Stetten und der Litauische Botschafter, seine Exzellenz Ramunas Misiulis, begrüßten die drei aus Litauen angereisten Gäste ganz herzlich: den Filmproduzenten Kestutis Meskys „Anike. Meiles Istorija“ (deutsch: „Ännchen. Eine Liebesgeschichte“, Rasa Miuller, die im Auftrag des Vereins der Deutschen in Klaipėda/Memel den Kurzfilm über Simon Dach und seine Spuren in Klaipėda produzierte und den Vorsitzenden des Vereins der Deutschen Arnold Piklaps. Zur Überraschung der Veranstalter stieß diese Veranstaltung auf ein besonders großes Interesse, denn fast alle verfügbaren Plät-



In der Litauischen Botschaft: (von links) Hans-Jürgen Müller, Rasa Miuller, Kestutis Meskys, Freiherr Dr. Wolfgang von Stetten, der litauische Botschafter Ramunas Misiulis und Arnold Piklaps Foto: H.-J. M.

ze waren besetzt. Danach begründete Hans-Jürgen Müller aus Berlin, Mitglied in beiden Vereinen, warum er die deutsche Synchronisierung der litauischen Filme veranlasste. Rasa Miuller, Kulturmanagerin des Vereins der Deutschen, der mit seinem Simon-Dach-Haus eine erfolgreiche deutsch-litauische Begegnungsstätte besitzt, übernahm die Moderation. Sie erläuterte die Aufgaben und zahlreichen Aktivitäten des Vereins unter dem Motto „Der Name Simon Dach ist für uns eine Verpflichtung“ und begründete die Konzeption des Films „Simon Dach und seine Spuren in Klaipėda (Memel)“.

Dieser Film über das Leben und Wirken des in Memel geborenen Simon Dach (1605-1659) ist als interessante Stadtführung angelegt und veranschaulicht die einzelnen Lebensstationen Simon Dachs. In der 1252 errichteten Memelburg wirkte Dachs Vater als deutsch-litauischer Dolmetscher und vermittelte so den Zuschauern ein lebendiges Bild vom vielfältigen Schaffen des preußischen Barockdichters, der durch sein legendäres Liebesgedicht über Ännchen von Tharau berühmt wurde. Dachs wirkte vor allem im Königsberger Dichterkreis. In seinem ersten Gedicht beschrieb er seine Heimatstadt Memel, 1653 verfasste er auch eine Widmung der ersten litauischen Grammatik von Daniel Klein. Auch zahlreiche geistliche Lieder schuf Dach, die Eingang in das Gesangbuch der lutherisch-evangelischen Kirche in Ostpreußen fanden. Im heutigen Klaipėda gibt es seit 1996 wieder eine Simon-Dach-Schule.

Dieser Kurzfilm von 2023 über Dachs Biographie erwies sich als eine hervorragende Einführung und Ergänzung zum bereits 2021 produzierten Film von Kestutis Meskys „ANIKE. Meiles istorija“ (deutsch: „Ännchen. Eine Liebesgeschichte“) und fand großen Beifall beim Publikum. Im Mittelpunkt dieses Films steht die Geschichte von Anna Neander aus Tharau, die 1636 den Königsberger Pfarrer Johannes Portatius heiratete. Jovita Sauliene und der Verleger und Journalist Antanas Stanevicius treten als Erzähler auf. Stanevicius wurde durch sein Buch „Rätselraten um Ännchen von Tharau“ bekannt, das als Grundlage für diesen Film angesehen werden kann. Dach verliebte sich in die Braut und schuf so sein berühmtes Liebesgedicht, das erstmals vom Königsberger Domorganisten Heinrich Albert vertont wurde. Dank Johann Gottfried Herders entstand eine sprachliche Überarbeitung, die 1778 in seine

bekannte Volksliedersammlung aufgenommen wurde und dank Friedrich Silcher 1827 eine neue Melodie erhielt. 1912 wurde dem

Dichter Dach auf dem früheren Marktplatz Memels ein Denkmal errichtet mit der Figur Ännchens durch den Berliner Bildhauer Kühne. Während des Zweiten Weltkrieges verschwand das Denkmal und erst 1988 gelang es Heinz Radziwill eine Wiedererrichtung des Denkmals durchzusetzen. Schon am 18. November 1989 konnte auf dem Theaterplatz unter großer Anteilnahme der Bürger Memels das neue Denkmal des Berliner Bildhauers Harald Haacke feierlich eingeweiht werden. Der dokumentarische und zugleich künstlerisch angelegte Film vermittelt den Zuschauern den Eindruck, dass die Wiedererrichtung des früheren Wahrzeichens der Stadt Memel von den heutigen litauischen Bewohnern der Stadt als deutsches Erbe angenommen wurde. Die wunderschönen Aufnahmen des heutigen Theaterplatzes mit dem Simon-Dach Brunnen aus unter-

schiedlichen Perspektiven zeigen die vielfältigsten kulturellen Veranstaltungen zu allen Jahreszeiten, die sich jedoch teilweise wiederholen. Der Theaterplatz ist zu einem Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens der Stadt Klaipėda/Memel geworden. Das Denkmal Ännchen von Tharau mit dem Simon-Dach-Brunnen kann als ein besonderes Symbol der deutsch-litauischen Freundschaft angesehen werden.

Im Anschluss an dieser gemeinsamen Filmpräsentation lud die Litauische Botschaft zu einem leckeren Buffet ein, sodass zwischen den Filmschaffenden und den Zuschauern interessante Gespräche und Diskussionen geführt werden konnten.

Die Film-DVD kann über die Berliner Memelgruppe, bei Hans-Jürgen Müller, per E-Mail: hjm.berlin@t-online.de, für 10,- Euro, inklusive Verpackung und Versand bestellt werden. H.-J. M.

Deutsches Kulturforum östliches Europa und Europäische Akademie Mecklenburg-Vorpommern

Vom Freiheitskrieg bis zur Umsiedlung – Estland und Lettland von 1914-1939, Vortrag von Prof. Dr. Karsten Brüggemann, Dienstag, 10. Oktober, 18 Uhr, online per Zoom. Ein Vortrag der Reihe „Die baltischen Staaten. Unser unbekannter Nachbar im Osten?“ der Europäischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern und des Deutschen Kulturforums östliches Europa

Mit den Russischen Revolutionen 1917 und der deutschen Novemberrevolution 1918 wandelte sich der Erste Weltkrieg im baltischen Raum in ein komplexes Geschehen, das weder als „Freiheitskrieg“ noch als „Teil des Russischen Bürgerkriegs“

umfassend beschrieben werden kann: Bolschewiki, nationale Republikaner, deutschbaltische Landeswehr und reichsdeutsche Freikorps und dazu noch „weiße Russen“ kämpften um die Herrschaft. Die jungen Nationalstaaten hatten in ihrer Konsolidierung mit Wirtschaftskrisen, aber auch der Integration der deutschbaltischen Minderheit zu kämpfen.

Brüggemann ist Professor für Estnische und Allgemeine Geschichte an der Universität Reval/Tallinn. Er ist Mitherausgeber der Forschungen zur baltischen Geschichte und Vorsitzender der Baltischen Historischen Kommission.

Die Teilnahme ist für alle Interessierten kostenlos. Den Zoom-Einwahllink für alle Veranstaltungen der Reihe erhalten Sie bei der Europäischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern. Anmeldungen und Rückfragen unter E-Mail: e.wilk@ea-mv.com

Weitere Termine der Reihe

Dienstag, 24. Oktober, 18 Uhr: Erpressung, Eroberung und Okkupation – Das Baltikum 1939-1985, Vortrag von Prof. Dr. Olaf Mertelsmann.

Dienstag, 7. November, 18 Uhr, Von Glasnost und Perestroika zur Freiheit – Das Baltikum seit 1985, Vortrag von Prof. Dr. Ivars Ijabs.

Vereinigte Landsmannschaften Landesverband Bayern e.V.

Bei der diesjährigen BdV-Bundesversammlung in Berlin wurde **Christian Knauer für seine Verdienste im Verband mit der „Pro Meritis Plakette“ ausgezeichnet**. Sie gilt als höchste Auszeichnung für BdV-Funktionsträger und wurde bislang erst zweimal verliehen.

Knauer hatte nach 17-jähriger Zugehörigkeit zum BdV-Präsidium, davon 15 Jahre als Vizepräsident, auf eine erneute Kandidatur verzichtet. „Alles hat seine Zeit, und ich will das Zepter weiterreichen, solange ich das Gefühl habe, dass dieser Schritt allgemein bedauert wird“, meinte er augenzwinkernd. Als seinen Nachfolger schlug er erfolgreich den Landesvorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Bayern, Stefan Hörtler, vor.

BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius würdigte seinen langjährigen Stellvertreter in sehr persönlichen Worten. Über 30 Jahre lang habe er dem Bund der Vertriebenen treu gedient und dabei stets zum Wohle des Verbandes, sein fundiertes Wissen, sein diplomatisches Geschick und viel Herz-



Gewürdigt: BdV-Präsident Fabritius (links) zeichnet Altlandrat Christian Knauer mit der höchsten Auszeichnung des Verbandes aus

blut eingebracht. Seine Wortbeiträge und Ideen, Anregungen und Initiativen seien im Präsidium und im Verband geschätzt gewesen. Knauer habe immer den nötigen Mut gehabt, auch unbequeme Fragen zu stellen – und wenn er selbst gefragt wurde, auch unbequeme Antworten zu geben, wenn dies notwendig war. Ausgezeichnet habe den früheren Landrat zu jederzeit „seine zutiefst demokratische Einstellung, sein Vermögen verbandsintern nach Mehrheiten zu suchen, diese zu organisieren, dabei Kon-

sens zu finden, Abstimmungen zu akzeptieren und neue Handlungsmöglichkeiten darzulegen.“

Mit stehendem Applaus quittierten die BdV-Delegierten die Feststellung des BdV-Präsidenten, dass sein scheidender Vize die zahlreichen Ehrenämter im Vertriebenenbereich mit Fleiß und Gewissenhaftigkeit die längste Zeit neben seinem politischen Mandat im Bayerischen Landtag und dem sich daran anschließenden Amt des Landrats ausgeübt hat. Stefanie Sander-Sawatzki



Bei gutem Wetter in Bad Nenndorf: Kreistreffen der Heimatkreisgemeinschaft Mohrungen Foto: Gerhard Scheer

GESCHICHTSSEMINAR

Stationen der ostpreußischen Geschichte

Zum achten Mal lud die Landsmannschaft Ostpreußen historisch Interessierte nach Helmstedt ein

VON ANDREAS GALENSKI

Zum achten Mal lud die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) Interessierte zum Geschichtsseminar in die Politische Bildungsstätte Helmstedt vom 15. bis 17. September ein.

Unter der Überschrift „Stationen der ostpreußischen Geschichte“ hatte Seminarleiter Sebastian Husen ein abwechslungsreiches und attraktives Programm für die über 40 Teilnehmer zusammengestellt.

Die obligatorische Vorstellungsrunde zeigte den Querschnitt der Teilnehmer, die aus dem gesamten Bundesgebiet angereist waren, Jung und Alt, mit und ohne Bezug zu Ostpreußen, Ahnenforscher und Heimatinteressierte, Teilnehmer, die nicht zum ersten Mal in Helmstedt waren, und Neulinge.

Es gab nicht nur fesselnde Themen, außergewöhnlich waren auch die Lebenswege der Dozenten. So eine Ausnahmeerscheinung ist der Orgelbauer Jörg Naß. Er hat schon so manch eine Orgel aus der Bundesrepublik, wo sie nicht benötigt wurde, nach Ostpreußen gebracht. Umgepflanzt hat er aber auch einen Glockenturm samt Glocken aus Hamburg ins Memelland.

Naß stellte in seinem Vortrag den ostpreußischen Schriftsteller Johannes Bobrowski (1917–1965) vor. Dabei ging er auf Orte und Begebenheiten aus dem Leben des Lyrikers und Erzählers ein, über den die spätere Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller 1982 in einem Interview geäußert hat: „Der schafft Sprachbilder, wie ich sie sonst nirgends gelesen hab'. Das ist eine Sprache, die verwundet beim Lesen. Ich wär' sehr neugierig, wie lange Bobrowski an solch einem Text gearbeitet hat, weil bei ihm jedes Wort so weit in die Tiefe geht. Und wie er jedes dieser Wörter leben konnte, denn die sind gelebt, in allem, was sie sagen können.“

Bobrowski-Dauerausstellung

Bobrowskis literarischer Nachlass befindet sich im Deutschen Literaturarchiv Marbach, seine nachgelassene Bibliothek in den Historischen Sammlungen der Zentral- und Landesbibliothek Berlin. Doch die originalen Gegenstände aus Bobrowskis Berliner Arbeitszimmer wollte niemand haben, und so kam es, dass sich Naß dieser annahm. Eigenhändig baute er Vitrinen und Schaukästen, richtete Räume ein, bis die Bobrowski-Dauerausstellung im litauischen Willkischken 2013 entstand, wo sie sich bis heute befindet.

Den zweiten Seminartag eröffnete Jürgen W. Schmidt mit dem Thema „Die Prußen in Ostpreußen – Neues aus Archäologie und Vorgeschichte der Namensgeber der Preußen“.

Die Prußen, nach der Eigenbezeichnung Prūsai, waren der baltische Volksstamm, auf den der geografische Name Preußen und der Name des Staates Preußen zurückgehen. Das Siedlungsgebiet der Prußen im 13. Jahrhundert lag an der Ostsee, etwa zwischen der Weichsel und der Memel. Von dem Volksstamm gibt es keine schriftlichen Zeugnisse, sodass man auf Quellentexte antiker und mittelalterlicher Chronisten und archäologische Funde angewiesen ist. Auch die Sprachwissenschaft ist sehr hilfreich, haben doch viele ostpreußische Orts- oder Flurnamen einen preußischen Ursprung.

Schmidt stellte auch die religiösen Praktiken des heidnischen Volkes vor. Sie glaubten wie die Christen an ein Fortleben nach dem Tode, jedoch ohne ihren sozialen Status aufzugeben, getreu dem Motto: „reich auf Erden – reich im Jen-



Referenten des Geschichtsseminars: Jörn Barfod, Jörg Naß, Mareike Schöngle, Tim Kunze, Lars Rosinsky und Seminarleiter Sebastian Husen von der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (v.l.). Es fehlen die Referenten Jürgen W. Schmidt und John V. Jensen

Foto: Galenski

seits“. Eindruck auf die Zuhörer machte das durch Schmidt in preußischer Sprache vorgetragene Gebet Vaterunser. Sie leisteten bis zuletzt wehrhaft Widerstand gegen die Christianisierung und den Untergang der eigenen Kultur, doch sie unterlagen in einem 60 Jahre andauerndem Kampf dem Deutschen Orden. Im Jahr 1300 lebten noch 170.000 Prußen, die nach und nach mit den deutschen Neusiedlern verschmolzen. Was blieb, sind die unzähligen ostpreußischen Ortsnamen, Familiennamen und die Namensbezeichnung des Staates Preußen.

Tim Kunze vom Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg ist als Fach-Philosoph für den neuen Erweiterungsbau zum Thema Immanuel Kant und der Geist der Aufklärung verantwortlich. Doch nicht der große Königsberger Philosoph war Hauptperson seines Vortrags, sondern ein Zeitgenosse, Theodor Gottlieb von Hippel (1741–1796), der vergessene Feminist der deutschen Aufklärung. Der Oberbürgermeister und Stadtpräsident von Königsberg betätigte sich auch als satirischer Schriftsteller und Sozialkritiker. In seinen anonymen Veröffentlichungen „Über die bürgerliche Verbesserung der Weiber“ und „Über die Ehe“ setzte er sich für Frauenrechte ein. Die Dominanz des Mannes sah er geschichtlich begründet und vertrat die Ansicht, dass durch Bildung, Erziehung, Unterricht und Erfahrung Frauen eine gleichberechtigte Stellung erlangen können.

Nach der Mittagspause ging es ebenfalls in die Stadt am Pregel. Die Historikerin und Ausstellungskuratorin Mareike Schöngle arbeitet an einem Projekt, das die Stadt Königsberg von der historischen Quelle in die dreidimensionale Museumserfahrung überführen soll. Solche dreidimensionalen Städtebilder sind unter anderem aus der ZDF-Reihe „Terra X“ bekannt. Die Grundlage für so eine virtuelle Stadtabbildung liefern Karten aus den Archiven und zahlreiche Fotos. Aber auch die Topografie der Stadt sowie Flora und Fauna fließen in die komplexen Arbeiten mit ein.

Eine enorme Rechnerleistung kommt hinzu, wenn Personen vollständig digital entstehen oder als Filmsequenzen mit

Schauspielern in die Stadtkulisse eingebaut werden. Das Projekt ist Teil der Exposition Immanuel Kant und die offenen Fragen, die ab November 2023 in der Bundeskunsthalle Bonn gezeigt wird. Bei der Ausstellung handelt es sich um eine Kooperation mit dem Ostpreußischen Landesmuseum, wo das dreidimensionale

„Der schafft Sprachbilder, wie ich sie sonst nirgends gelesen hab'. Das ist eine Sprache, die verwundet beim Lesen“

Herta Müller

Literaturpreisträgerin 1982 über Johannes Bobrowski

Königsberg später in die neue Dauerausstellung „Immanuel Kant und der Geist der Aufklärung“ integriert wird.

Aufs Land entführte die Seminarteilnehmer Rechtsanwalt Lars Rosinsky. Er stellte das Gut Klein Gablick im Kreis Lötzen vor, das 1539 eine erste Erwähnung fand. Das am Gablick-Fluss gelegene Gut hatte im 19. Jahrhundert eine Größe von 758 Hektar und zwei Vorwerke. Neben statistischem Zahlenmaterial und geschichtlichen Angaben zeigte Rosinsky auch zahlreiche Bildaufnahmen des Gutes und der verschiedenen Besitzerfamilien. Zur Sprache kamen die technische Ausstattung mit Maschinen und Gerätschaften, die prächtigen Nutztiere, aber auch die sozialen Verhältnisse der Landbevölkerung. Anhand der Familie Rostek wurde das Schicksal einer Landarbeiterfamilie nachgezeichnet, deren Angehörige bedingt durch Landflucht und Industrialisierung in Richtung Westfalen, Berlin, Bremen und Schleswig-Holstein abwanderten. Passend dazu war auch die Abendfilmvorführung, die das Thema der Land-

flucht aus Ostpreußen thematisierte. Die erste Folge der Serie „Die Pawlaks“ zeigte die Rekrutierung von Arbeitskräften in Ostpreußen für die Zechen des Ruhrgebietes in den 1870er Jahren.

Der letzte Tag des Seminars begann mit einem Vortrag von Jörn Barfod, dem langjährigen Kustos am Ostpreußischen Landesmuseum, der nach seiner Pensionierung für das Museum weiterhin ehrenamtlich tätig ist. Sein Thema: „Am eigenen Leib erlebt – Flüchtlingseleid im Grafikwerk von Gertrud Lerbs-Bernecker“. Wie sehr die Begabung der jungen Künstlerin beeindruckt haben muss, zeigt, dass sie als Heinrich Wolffs Meisterschülerin an der Königsberger Kunstakademie als erste und einzige Frau ein Atelier betreiben durfte.

Flucht und Elend der Nachkriegszeit

Anhand von zahlreichen Lithografien und Kupferstichen zeigte Barfod das künstlerische Werk der Graphikerin, die häufig düstere Motive wählte. Sie war eine der intensivsten und produktivsten Künstlerinnen zum Thema Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen. Sie schilderte das Flüchtlingseleid und die brutalen Zustände im Elend der ersten Nachkriegszeit. Ende der 1950er Jahre musste die Künstlerin wegen ihrer MS-Erkrankung ihr Schaffen aufgeben. 1963 wurde sie von der Landsmannschaft Ostpreußen mit dem Kulturpreis geehrt.

Nach jedem Vortrag gab es eine kurze Fragerunde, um bei dem interessierten Publikum das Thema abzurunden. Von dieser Möglichkeit wurde rege Gebrauch gemacht, was ganz oft neue Aspekte und Sichtweisen auf das Vortragsthema brachte. Die Chemnitzerin Ingrid Labuhn ergriff hier die Initiative und trug der Zuhörerschaft das selbst gedichtete und komponierte Lied „Heimatrecht im Leben“ vor. Auch nicht selbstverständlich, dass einer der Teilnehmer die übrigen mit original Königsberger Marzipan beschenkte – das gibt es nur beim Geschichtsseminar der Landsmannschaft Ostpreußen. Gemeinschaftsstiftend ist auch die am Seminarende von allen gesungene Landeshymne – das Ostpreußenlied.

Doch davor wurde noch das Schicksal der ostpreußischen Flüchtlinge in Dänemark von 1945 bis 1949 thematisiert. Der Referent John V. Jensen, Kurator beim Museumsverbund Varde, nahm den langen Weg von Dänemark auf sich, um in Helmstedt diese vielschichtige Materie vorzustellen. Mehr als 250.000 deutsche Flüchtlinge strandeten am Ende des Zweiten Weltkriegs in Dänemark. Es waren vor allem Frauen, Kinder und alte Menschen, denen in den letzten Kriegsmontaten die Flucht vor der heranrückenden Roten Armee nach Dänemark gelang. Sie kamen aus Ostpreußen (113.977), Danzig und Westpreußen (37.294), Pommern (24.307) und Brandenburg (4277).

Nach dem Abzug der deutschen Wehrmacht stritt sich Dänemark erbittert mit den Alliierten. Letztere verboten die Weiterreise der Menschen nach Deutschland. Die dänischen Behörden internierten die Flüchtlinge daraufhin in streng bewachten Lagern. Bis 1949 gab es davon mehr als 460. Das bei weitem größte entstand in Oksbøl an der Westküste Jütlands. Bis zu 36.000 Menschen lebten hier in Baracken auf einem ehemaligen Wehrmachtstützpunkt. Die letzten Flüchtlinge verließen Dänemark erst im Februar 1949.

Das 2022 eröffnete Museum FLUGT in Oksbøl thematisiert neben den allgemeinen heutigen Fluchtbewegungen auch das Schicksal der zwischen 1945 und 1949 in Dänemark internierten Deutschen. Eine Erweiterung der Dauerausstellung zu diesem Aspekt kündigte der Referent an. Ergänzt wurden seine Ausführungen durch den Teilnehmer Frank-Martin Allies, der das entbehrungsreiche Lagerleben als Kind erlebt hatte. Seine Ausführungen begann er mit den Worten: „Mir braucht niemand zu sagen, was Angst und Hunger bedeuten, denn ich habe es erlebt.“ Zeitzeugen wie Allies bilden eine besondere Bereicherung für alle geschichtsinteressierten Seminarteilnehmer.

Das Seminar wurde durch Mittel der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien über das Kulturreferat am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg gefördert.

500. TODESTAG

Bogislaw X. einte Pommern

Der Herzog aus dem Greifenhaus erreichte viele politische Ziele und erhielt den Beinamen „Der Große“

VON MARTIN STOLZENAU

Herzog Bogislaw X. von Pommern vereinigte ganz Pommern unter seiner Regierung, betrieb eine geschickte Heiratspolitik, modernisierte die Landesverwaltung und erlangte im Alter die angestrebte Anerkennung Pommerns als Reichsfürstentum durch Ausstellung eines kaiserlichen Lehnbriefes. Die Geschichtsschreiber verliehen ihm deshalb den Beinamen „der Große“. Vor 500 Jahren ist der Herrscher gestorben.

Herzog Bogislaw X. wurde vermutlich Ende Mai oder Anfang Juni des Jahres 1454 in Rügenwalde geboren. Als sein Vater ist Herzog Erich II. von Pommern-Wolgast überliefert. Seine Mutter war eine Tochter des Herzogs Bogislaw IX. von Pommern-Wolgast-Stolp. Der Erbprinz wuchs unter einfachsten Hofbedingungen auf, erhielt keine höhere Bildung und wurde früh auf eine pragmatische Machtpolitik orientiert.

1464 erlebte der Junge hautnah, wie sein Vater und der zweite Wolgaster Herzog, Wartislaw X., nach dem Tod Ottos III. aus der Stettiner Pommernlinie, der keine männlichen Nachkommen hatte, ihre Erbfolge gegen brandenburgische Ansprüche erfolgreich verteidigten. Der Anspruch Brandenburgs auf die Lehnherrschaft über Pommern war ein Dauerproblem und prägte auch die Außenpolitik von Bogislaw X. Er wollte nach dem Tod des Vaters 1474 als neuer Herzog den Konflikt mit Brandenburg entschärfen und warb um Margareta von Brandenburg. 1477 kam es zur Hochzeit. 1478 starb sein Onkel, der Herzog Wartislaw X. von Pommern-Wolgast, seinerseits ohne männlichen Nachfolger. Damit fiel ihm dessen Herrschaftsbereich zu.

Nach der Heirat mit der brandenburgischen Prinzessin erhob der Kurfürst zwar einen Lehensanspruch auf das Gebiet des Verstorbenen, verzichtete aber aus nun verwandtschaftlichen Gründen auf dessen Durchsetzung. Damit begann die stufenweise Abmilderung der brandenburgischen Lehenshoheit. Das Verhältnis blieb auch nach dem überraschenden Tod von Herzogin Margareta 1489 entspannt. Aber darauf wollte sich Bogislaw X. nicht verlassen. Er warb sofort um die 14-jährige Anna von Polen. Mit Erfolg.



Aus dem Stammbaum der Greifen von Cornelius Krommeny, 1598: Bogislaw X. mit seinen Gemahlinnen Margareta von Brandenburg und Anna von Polen. Er ließ Pommerns Landesgeschichte „Pomerania“ von Bugenhagen ausarbeiten und veröffentlichen

Die Annäherung zwischen Pommern und Polen war im gegenseitigen Interesse. So kam es am 2. Februar 1491 in Stettin zu einer prunkvollen Hochzeit, die den bescheidenen Hofrahmen des Greifenfürsten erheblich übertraf. Der Herzog, der nun über das geeinte Pommern herrschte und sich der Rückendeckung durch Polen als Schutzmacht sicher war, baute Wolgast und Stettin zu stattlichen Residenzen aus, führte eine repräsentative Hofhaltung im Stil der Renaissance ein, erließ eine neue Münzordnung sowie eine Holzordnung, die seinen Geschäftssinn belegt, und reduzierte die Selbstständigkeit der Städte. Dabei allerdings leistete die alte Hansestadt Stralsund als größte Stadt Pommerns hartnäckigen Widerstand.

Reise nach Jerusalem

Die pragmatische Ehe mit Anna von Polen, der Tochter von König Kasimir IV. aus der berühmten Jagiellonen-Dynastie und Elisabeth von Habsburg, erwies sich als glücklich. Herzogin Anna brachte Kultur in die Residenzen, nahm mit ihrer höfischen Bildung feinfühlig Einfluss auf die Umgangsformen ihres Mannes und gebar acht Kinder. Wichtig für den Weiterbestand des geeinten Greifenhauses

war die Geburt der Thronfolger. Die Befriedung im Innern machte nach der Einigung Fortschritte. Sie wurde allerdings durch den Sternburger Hostienschänderprozess getrübt, der als Judenpogrom in die deutsche Geschichte einging.

Die Außengrenzen waren nach der Verbindung mit Polen und einem Zusatzabkommen mit Brandenburg 1493 im Vertrag von Pyritz relativ gesichert. So konnte Bogislaw X. 1496 an den Hof König Maximilians I. reisen und anschließend nach Jerusalem pilgern. Dort ließ er sich zum „Ritter vom Heiligen Grab“ schlagen. Das war ein Akt von großer symbolischer Bedeutung und eine Streicheleinheit für das Ego des Greifenfürsten. Während der fast zweijährigen Abwesenheit des Herzogs führte seine Frau Anna mit Klugheit und Unterstützung einiger Räte die Regierungsgeschäfte.

Bei seiner Heimkehr 1498 brachte Herzog Bogislaw X. einige Gelehrte mit nach Pommern, die fortan führende Positionen in der Verwaltung und an der Greifswalder Universität besetzten. Mit deren Hilfe sorgte er für eine grundlegende Modernisierung der gesamten Landesverwaltung Pommerns. Erbliche Postenansprüche wurden durch die Vorgabe einer Universi-

tätsbildung ersetzt. Dazu führte er das „Römische Recht“ ein. Zwischendurch verlor der alternde Fürst allerdings seine Frau. Sie starb 1503 in Ueckermünde und fand in Eldena ihre letzte Ruhe.

1517 beauftragte der verwitwete Herzog Johannes Bugenhagen mit der Ausarbeitung einer Landesgeschichte über Pommern. Sie wurde ein Jahr später unter dem Titel „Pomerania“ in lateinischer Sprache veröffentlicht. Im Alter zeigte Bogislaw X. zwei Seiten. Einerseits leistete er sich nach Aussagen von Zeitgenossen einige Ausschweifungen. Andererseits erreichte er 1521 auf dem Reichstag zu Worms die Ausstellung eines kaiserlichen Lehnbriefes für sein Herzogtum. Das bedeutete eine erhebliche Aufwertung. Doch nur zwei Jahre später starb der Greifenfürst am 5. Oktober 1523 in Stettin, wo er in der Ottenkirche beigesetzt wurde.

Seine Söhne Georg I. und Barnim IX. folgten ihm in der Regierung und erlebten ein neues Problem: die Reformation, deren Anfänge der Vater noch abwartend ignoriert hatte. Nach der Heirat von Prinzessin Sophia von Pommern mit König Friedrich I. von Dänemark wurde dann allerdings eine Greifin 1525 Königin von Dänemark.

MELDUNGEN

Barockkirche, Lupinen und Hydrocat 55

Rügen – Die Reederei FRS Baltic hat den Verkehr mit der Katamaran-Schnellfähre zwischen Mukran und Trelleborg (Schweden) ab 18. September für dieses Jahr eingestellt. Grund ist ein Getriebeschaden an einem von vier Motoren. Da die Lieferung des Ersatzteiles einige Wochen dauert, startet die Fähre erst wieder 2024. TS

Misdroy – Ein Wolf, der im April aus dem Nationalpark Wollin entflohen war, hat in der vergangenen Woche mehrere Menschen angegriffen. Das Raubtier hat am Strand von Misdroy zwei Frauen gebissen. Beide Opfer mussten in Swinemünde medizinisch behandelt werden. Der Wolf läuft noch immer frei herum. TS

Grimmen – Die Prolupin GmbH ist zahlungsunfähig. Das pommerische Unternehmen ist Hersteller von Milchalternativen auf Basis pflanzlicher Proteine von Lupinen. Das Verfahren war mit dem Frauenhofer-Institut entwickelt worden. 2022 war auch in Rothenklempenow ein veganer Hersteller insolvent. TS

Bärwalde – Die Barockkirche des Dorfes Balfanz ist wegen einem mysteriösen Pilz geschlossen worden. Unklar ist, ob dieser durch Feuchtigkeit entstand und gefährlich ist. In der Gruft der Kirche, welche Ende des 17. Jahrhunderts errichtet wurde, ruhen seit der Errichtung die Toten der Familie von Glasenapp. TS

Spandowerhagen – Die ZDF-Sendung „Aktenszeichen XY ... ungelöst“ hat 50 Hinweise zu einem Mord im Jahr 1986 erhalten. Opfer war damals eine 21-jährige Kita-Erzieherin aus einem Ort bei Greifswald, die mit dem Fahrrad zur Diskothek in Lubmin unterwegs war und in einem Waldstück erwürgt wurde. TS

Stolpmünde – die Firmen RWE und FRS präsentierten das 25 Meter lange Crew-Transfer-Schiff „Hydrocat 55“. Es kann sowohl mit Diesel als auch Wasserstoff betrieben werden. Stolpmünde soll Betriebs- und Servicebasis für Offshore-Windparks werden. TS

THEATER • FILM • FERNSEHEN

Blond, blauäugig und viel beschäftigt

„Tatort“-Kommissar und neuerdings auch „Blechtrommler“ – Zum 50. Geburtstag des Rügauer Schauspielers Devid Striesow

Er ist einer der bekanntesten und viel beschäftigten pommerischen Schauspieler: Devid Striesow. Geboren am 1. Oktober 1973 in Bergen auf der Insel Rügen, war es ihm nicht in die Wiege gelegt, dass er Schauspieler werden wird, denn zunächst galt sein Interesse der Musik. Durch sein Elternhaus wurde er früh musikalisch geprägt. Er selbst wird später einmal sagen, dass er sich noch an einen Beethoven an der Wand der elterlichen Wohnung erinnern könne. Wie dem auch sei: Der junge Striesow hat jedenfalls auch Geige, dann Gitarre und Mandoline, schließlich Klavier gespielt – zwischenzeitlich sogar in einer Band.

Die Aufnahme einer Lehre bei einem Goldschmied, die eigentlich mit dem Ansinnen des Besuches einer Fachkunsthochschule erfolgte, kam durch die Insolvenz des Lehrbetriebs nicht zustande, so

war das dann der Anlass, erst einmal das Abitur abzulegen und im Anschluss ein Musikstudium, mit der Spezialisierung auf Jazzgitarre, zu beginnen. Ob seine Bewunderung für Django Reinhardt und Carlos Santana eine Rolle spielten? Vielleicht. Doch am Ende fand Striesow seine eigentliche Berufung im Schauspiel.

Übrigens, nicht alles, was über ihn zu lesen ist, stimmt. Richtig ist aber, dass er einer der viel beschäftigten Schauspieler unseres Landes ist. Begründet ist das durch die Vielfalt der von ihm besetzten Rollen, die Qualität seiner gespielten Charaktere und deren Glaubwürdigkeit, seine guten Kritiken und Auszeichnungen. Einem breiten Publikum wurde er als saarländischer „Tatort“-Kommissar Jens Stellbrink bekannt. Seit der Verkörperung eines deutschen Generals im Oscar-prämierten Weltkriegs-drama „Im Westen



Devid Striesow: Als Kommissar Jens Stellbrink im „Tatort“-Saarbrücken verkörpert er die Rolle liebenswert, mit viel Intuition und äußert kompetent

nichts Neues“ hat er auch international Aufmerksamkeit erfahren.

Sein Arbeitspensum war bisher enorm. Er wirkte in über 50 Kinofilmen und in unzähligen Fernsehserien mit. Und ganz nebenbei ist er, wie Axel Ranisch auch, noch mit dem Podcast „Klassik drastisch“ beim Deutschlandfunk präsent. Persönlich konnte man ihn zuletzt im März auf der Bühne mit dem Musiker Stefan Weinzierl bei der Konzertlesung „Die Blechtrommel“ von Günter Grass im Ostseebad Binz erleben.

Herzlichen Glückwunsch zum 50. Geburtstag und weiterhin viel Erfolg!

Torsten Seeger

● **Termin** Konzertlesung „Die Blechtrommel“ am 11. November um 20 Uhr im Alfred-Rust-Saal, Wulfsdorfer Weg 71, 22926 Ahrensburg

„Gemütlichkeit und Geselligkeit sind dahin“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Ein sehr guter Artikel über das Studententum an der Albertina“

Hubertus Lau, Guernsey
zum Thema: „Schlagende und nicht
schlagende Verbindungen“ (Nr. 38)



Ausgabe Nr. 38

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

DER TOD IM „GERMAN VILLAGE“
ZU: EIN WELTSTAR DER ARCHITEKTUR AUS OSTPREUSSEN (NR. 38)

Bei der Würdigung des bekannten Architekten fehlt meines Erachtens ein besonderes Detail zu seinem Wirken. „Ab 1941 wirkte Erich Mendelsohn in den USA, publizierte dort über moderne Architektur ... und beriet die US-Regierung bei Bauvorhaben“, ist in der PAZ kurz zu lesen.

Die erwähnten „Bauvorhaben“ sollten nicht unerwähnt bleiben. Bekanntermaßen bestand eine Kriegstaktik der Westalliierten darin, den Widerstand des Gegners zu brechen und ihn zu demoralisieren, indem man gezielt die Arbeitersiedlungen zerbombte. Winston Churchills Berater Lord Cherwell meinte, es gäbe um die Häuser der Mittelklasse zu viel Freifläche, wodurch „Bomben verschwendet“ würden. In vielen Städten, wie in Hamburg, gelang es, Feuerstürme zu entfachen, bei denen Windgeschwindigkeiten von bis zu 270 Kilometern pro Stunde entstanden.

Eine Beschreibung, wie die Menschen dabei zu Tode kamen, wollen wir uns an dieser Stelle ersparen. Die sehr solide Bausubstanz in Berlin hinderte daran, ähnliche Effekte zu erzielen, wie in Altstädten mit besonders vielen Fachwerkhäusern. Um dieses „Problem“ zu lösen sind Erich Mendelsohn und sein Berufskollege Konrad Wachsmann vom US-Militär als Berater angeheuert worden.

Unter ihrer Anleitung entstand in Dugway mit Hilfe von Häftlingen des Utah State Prison unweit von Salt Lake City eine Mustersiedlung namens „German Village“. Die Wohnungen in diesen Häusern wurden durch Requisiteure aus den Hollywoodstudios mit den gleichen Textilien ausgestattet, mit denen der deutsche Proletarier seine Betten bezog und Fenster behängte, um diese samt Bewohner erfolgreich zu verbrennen. Selbst das Bauholz sollte mit dem von Mitteleuropa identisch sein. Es ist sogar regelmäßig feucht gehalten worden, um in der US-Wüste unser Klima zu imitieren. Dieses „Klein-Berlin“ ist zu Testzwecken zwi-

schen Mai und September 1943 mindestens dreimal bombardiert und gleich wieder aufgebaut worden. Im Ergebnis solcher perfektionierten Luftangriffe zerstörte man allein in Berlin 612.000 Wohnungen und tötete schätzungsweise 60.000 Menschen.

Henrik Schulze, Jüterbog

KRITISCHE „NEUBÜRGER“
ZU: DIE MEHRHEITEN FÜR EINE ANDERE POLITIK SIND DA (NR. 38)

Wo hat der Autor Klaus Kelle die Erfahrung gemacht, dass „gerade in den östlichen Bundesländern AfD-Funktionäre allerorten anzutreffen seien, die in einem kollektiven Stockholm-Syndrom die Unterdrücker von einst preisen. Gerade hier findet man bei der AfD Menschen, die den Sozialismus gut finden, wenn man einfach ‚patriotisch‘ davor schreibt“?

Diese Aussage ist sehr zu hinterfragen, denn gerade durch die Erfahrungen mit der kommunistischen Diktatur, ihrem Propaganda-Apparat und den Repressalien bei gewissen Aussagen, wissen gerade unsere mitteleutschen „Neubürger“, wie man sich den Anfängen zu wehren hat und wie damit umzugehen ist.

Das gerade unterscheidet sie von der seit vielen Jahrzehnten durchgeführten Einlullung im Westen. Sie vermögen zwischen den Zeilen zu lesen. Ich persönlich kenne keine Aussagen diverser AfD-Politiker in den neuen Bundesländern, die diese Aussage verkörpern würden.

Dr. Volker Daum, Bayreuth

ALLEINGELASSENES ARMENIEN
ZU: UNERWÜNSCHTE RELATIVIERUNG (NR. 38)

Die Rabbiner und Israel sollten sich abgrundtief schämen. Sie machen sich mitschuldig am Holocaust an den Armeniern. Es ist so sicher wie das Amen in der Kirche, dass sich die Bundesregierung hierbei nicht auf die Seite Armeniens stellen wird.

Carsten Zöllner, Berlin

ZWEIERLEI MASS
ZU: DAS ENTLARVENDE SCHWEIGEN DEUTSCHER JOURNALISTEN (NR. 37)

Es ist wieder mal nachhaltig und umfangreich zu sehen, wie Hubert Aiwangers Jugendsünde und eine vermutliche Beteiligung von Bundeskanzler Olaf Scholz am Cum-Ex-Skandal unterschiedlich behandelt werden. Zu ersterer habe ich gefühlt 50 Sendungen und Zeitungsartikel (ohne „Süddeutsche Zeitung“ und „Spiegel“) gesehen, und die Untersuchung zu letzterer ist zur Friedhofsstille verkommen – nichts mehr ist davon zu hören. Zudem wird ein Verhalten in der Jugendzeit vor 35 Jahren mit einem viel späteren im Amt verglichen. Und was hilft es Aiwanger, sich auf Erinnerungslücken in seiner längst vergangenen Jugendzeit zu berufen, wenn man nur Scholz solche abnimmt und offenbar nur er hinsichtlich weiterer Nachprüfungen davonkommt?

Ist das etwa nicht ausschließlich parteitaktisch zu erklären? Und was können wir daraus, spätestens jetzt, lernen? So funktioniert Politik!

Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

ES PASST INS KONZEPT
ZU: VERGISS DEN PICKNICKKORB NICHT (NR. 36)

Die Ausführungen behandeln ein Segment der höchst misslichen Entwicklung der Gastronomie hierzulande. Begonnen hat selbige meiner Beobachtung nach schon vor Jahrzehnten mit dem Verschwinden der randstädtischen und stadtnahen Ausflugslokale, obwohl zumindest einige sich ungebrochener Beliebtheit erfreuten.

Inzwischen ist das allgemeine Kneipensterben in Stadt und Land nahezu ganz vollendet. Jedenfalls ist das hier in unserer Ostgegend der Fall. Gemütlichkeit, Geselligkeit, gesellschaftlicher Zusammenhalt sind dahin, was äußerst beklagenswert ist. Unseren Machthabenden dürfte das wohl recht ins Konzept passen.

Doch woher eigentlich nimmt die Autorin die „Preissteigerung von mehr als 15 Prozent“ an, wo inzwischen ein Gericht beim Selbstbedienungs-Fleischerimbiss schon mal bis 9,95 Euro kostet? Dabei scheut man gerade noch die Zehn-Euro-Euro Hürde. Anfang/Mitte der 1990er Jahre lagen die Preise dafür bei 2,50 bis 3,50 D-Mark.

Hans-Joachim Mieth, Cottbus

MERZ IST IN DER KLEMM
ZU: ILLUSION „BRANDMAUER“ (NR. 32)

Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz hat einen schweren Stand. Was er auch macht, er wird kritisiert und angegriffen. Er hat sich ja schon weit vorgewagt, als er vom hunderttausendfachen Asylmissbrauch sprach, der beendet werden müsse. Daran sieht man, dass Merz ganz gern eine andere Politik machen möchte. Aber er hat nun mal diese vermerkelte CDU am Halse, die ihm Schwierigkeiten macht. Ausmerzen kann er seine Widersacher auch nicht, denn auch das würde man ihm übel nehmen. Da ist guter Rat teuer. Zumal es eine Klientel gibt, die sofort schreien würde: Ratschläge sind auch Schläge.

Hin und wieder hört man in der CDU etwas von Werten. Aber die Werte-Union wird selbst in der CDU arg beschimpft. Stattdessen will man uns die Philosophien aus dem Schweinestall als neue westliche Werte verkaufen.

Gerhard Synowzik, Stadtoldendorf

„PUTZT DER WELT DIE NASE“
ZU: DER AUFBRUCH EINST BEWIRKT DEN AUFBRUCH HEUTE (NR. 38)

Meine Mutter wurde 1924 in Lauban geboren und wuchs dort auf. Bei der Überschrift des Artikels erinnerte ich mich an den Spruch „Putzt der Welt die Nase“, den sie mir oft erzählte. Auf Schlesien, auf ihre Familie und ihre Kindheit war sie immer stolz. Dies ist auch ein Teil meiner Wurzeln.

Ingrid Grewenig, St. Ingbert

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

PAZ-09-C



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

WEINGENUSS

Vom Bonzenschluck zum Volksgetränk

Werbekampagnen am Ende der Weinlese – Um Winzern zu helfen, wurde schon vor 90 Jahren der Rebensaft „unters Volk gebracht“

VON WOLFGANG REITH

Vor 1914 erfreute sich deutscher Wein internationaler Beliebtheit, und obwohl die Preise sich auf einem hohen Niveau bewegten, war die Nachfrage vor allem aus dem Ausland groß, wobei Großbritannien zu einem der Hauptabnehmerstaaten gehörte. Mit dem Ersten Weltkrieg brach dann der Export ein, und durch die Inflation zu Beginn der 1920er Jahre und der darauffolgenden Verarmung weiter Kreise der Bevölkerung kamen Absatzprobleme im Inland hinzu, viele Winzer verschuldeten sich. Außerdem schloss die Regierung der Weimarer Republik einen Freihandelsvertrag mit Spanien, was zum Import preiswerter Weine von dort führte. Schließlich erhielt die Situation durch die Weltwirtschaftskrise 1929 eine weitere Verschärfung.

Nachdem schon 1933 ein guter Weinjahrgang gewesen war, brachte das folgende Jahr plötzlich eine Rekordenernte mit sich, denn statt der durchschnittlichen Mengen von 220 Millionen Litern Wein war der Ertrag diesmal mit 470 Millionen Litern mehr als doppelt so hoch. Die Lager waren voll wie kaum je zuvor, und so erinnerte man sich daran, dass die Nationalsozialisten bereits vor ihrer Machtübernahme versprochen hatten, sich der Sorgen der notleidenden Winzer anzunehmen, weshalb die NSDAP in den Weinbauregionen auch hohe Wahlergebnisse einfuhr. Tatsächlich initiierte die Partei mithilfe des aus der Weimarer Zeit übernommenen „Reichsausschusses für Weinpropaganda“ eine landesweite Werbekampagne mit dem Hinweis, Wein sei kein Luxus-, sondern ein Volksgetränk, eine Forderung, welche die Winzer auch schon in den 1920er Jahren erhoben hatten.

Nikolaus Simmer, von 1933 bis 1935 Landrat in Trier und seit 1935 Gauwirtschaftsberater des Gaus Koblenz-Trier, behauptete sogar, Wein sei schon bei den Germanen ein Volksgetränk gewesen, und erst der Marxismus habe es zu einem „Getränk für Kapitalisten und Ausbeuter“ erklärt und die Arbeiterschaft deshalb aufgefördert, es zu meiden.

Weil sich aber der Nationalsozialismus eine „Erhöhung des Lebensstandards“ zum Ziel setzte, habe man mit der Einstellung, Wein sei ein „Bonzengetränk“ aufgeräumt. Stattdessen wurde Weintrinken nun zu einer „nationalen



Inzwischen längst ein Massengetränk nicht nur auf Weinfesten: Wein aus deutschen Landen

Foto: imago stock&people

Pflicht“ erklärt und die „Beamten und Festangestellten mittleren und höheren Einkommens“ dazu angehalten, sich Privatkeller anzulegen und diese mit deutschen Weinen zu bestücken.

Geboren wurde der Slogan „Wein ist Volksgetränk“ jedoch im August 1934 in Düsseldorf vom dortigen NSDAP-Reichstagsabgeordneten Wilhelm Börger in seiner Eigenschaft als „Treuhänder der Arbeit für das Rheinland“. Im Zusammenwirken mit dem Vorsitzenden des „Reichseinheitsverbandes Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe“ der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF), Robert Schöppwinkel, der Miteigentümer des Düsseldorfer Hotels „Schloß Burg“ und zudem Stadtrat war, kam die Idee auf, anlässlich des ersten „Tags des deutschen Weines“, der am 1. und 2. September 1934 in Düsseldorf stattfand, die Patenschaft für ein Winzerdorf zu übernehmen.

Die Wahl fiel auf Wiltingen an der Saar, und nachdem sich beide Gemeindevertretungen einig geworden waren, rollten die ersten Weintransporte. Beim Winzerzug durch Düsseldorf Anfang September wurde die Abordnung aus dem nun-

mehrigen Patenweindorf jubelnd begrüßt und an die Stadtbevölkerung appelliert, Wiltinger Wein zu trinken, wo immer sich eine Gelegenheit dazu ergebe – und das in der (Alt-)Biermetropole Düsseldorf!

Der Erfolg dieser Veranstaltung führte dazu, dass die Gauleiter der Rheinpfalz (seit 1935 Saarpfalz), Josef Bürckel, und von Koblenz-Trier, Gustav Simon, den Gedanken der Weinpatenschaften übernahmen und dazu aufriefen, dem Düsseldorfer Beispiel zu folgen. Allerdings wurde dies mehr oder weniger von oben verordnet, indem man allen Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern jeweils ein oder mehrere Weinpatenorte zuteilte.

„Patenwein“ für die Berliner

So kamen 1935 rund 200 Patenschaften zustande. Als im Jahr darauf alle deutschen Kommunen mit mehr als 5000 Einwohnern verpflichtet wurden, mindestens eine Weinpatenschaft einzugehen, verfünffachte sich deren Zahl nahezu, indem reichsweit fast 1000 solcher Verbindungen entstanden, die sich bis 1937 von Duisburg im Westen bis nach Königsberg in Ostpreußen und von Schleswig-Hol-

stein im Norden bis zu den Alpen im Süden erstreckten.

In der Woche vom 19. bis zum 26. Oktober 1935 fand in allen Städten und Gemeinden, die durch Patenschaften mit Winzerorten kooperierten, das erste „Fest der deutschen Traube und des Weines“ statt, das überall erfolgreich verlief und bei dem insgesamt zwölf Millionen Liter Wein konsumiert wurden.

Besondere Bedeutung kam dabei den Weinfesten in Berlin zu, einer Stadt, in der traditionell kaum Wein getrunken wurde, weil er als „Luxus für die gehobenen Schichten“ des Bürgertums galt, was dann durch die massive Förderung des deutschen Weins zu einer Veränderung führen sollte. So war dort schon 1934 ein Deutscher Weintag geplant, doch wurde daraus letztlich nur ein Weinfest im Rahmen der Deutschen Funkausstellung.

1935 bewegte sich dann allerdings ein großer Festumzug durch die Innenstadt, vorbei an der Kroll-Oper (Sitz des Reichstages), durch das Brandenburger Tor, über die Wilhelmstraße (Regierungsviertel) und die Friedrichstraße und schließlich über die Prachtstraße Unter den Lin-

den bis zum Lustgarten, wo bei der Abschlusskundgebung die pfälzische Weinkönigin Polizeipräsident Wolf-Heinrich von Helldorf den „Ehrentrunke“ überreichte. 1936 nahmen 17 Festwagen an dem Winzerumzug teil und zwar sowohl aus den sechs Patenorten als auch aus Weinregionen Badens und Württembergs, und Staatskommissar Julius Lippert (ab 1937 Oberbürgermeister der Reichshauptstadt) empfing die Delegationen aus den Winzerorten im Rathaus.

Nahmen 1935 „mehrere 100.000“ Berliner am Weinfest teil, sollen es im Jahr darauf nur noch „mehrere 10.000“ gewesen sein, gleichwohl betrug ihr Konsum 1936 fast 1,4 Millionen Liter „Patenwein“ (0,3 Liter pro Kopf) und lag damit um 70 Prozent über dem des Vorjahres, sodass während der Veranstaltung Wein nachgeliefert werden musste.

1935 gab es erneut eine Rekordenernte, weshalb der Wein wiederum schnell „unters Volk“ gebracht werden sollte. Dies geschah dann beim „Fest der deutschen Traube und des Weines“ in der Woche vom 19. bis zum 27. September 1936. Weil aber im Spätherbst desselben Jahres ein früher Kälteeinbruch mit starken Nachfrösten erfolgte, fiel die Weinernte mengenmäßig gering aus. Es gab daher nur wenig guten Wein und den zu Höchstpreisen. Nun wurde sogar „Patensekt“ als „neues Feiertagsgetränk“ angepriesen.

Dennoch wollte man nicht ganz auf eine Kampagne verzichten, und so fand das „Fest der deutschen Traube und des Weines“ im Jahr darauf lediglich an einem Wochenende (25. und 26. September 1937) statt. Zusätzlich organisierte Gauleiter Simon in Bernkastel-Kues am Wochenende des 16. und 17. Oktober 1937 ein „Weinfest der Westmark“, das künftig jedes Jahr gefeiert werden sollte. 1938 fiel es jedoch ebenso aus wie das „Fest der deutschen Traube und des Weines“, da die Erträge erneut nicht ausreichend waren.

Stattdessen lieferte der Gau Ostmark, wie das im März jenes Jahres an das Deutsche Reich angeschlossene Österreich nun wieder hieß, den meisten Wein. Für 1939 plante man allerdings schon früh, denn aus Anlass der 2. Reichstagung des deutschen Weinbaues war erneut das „Weinfest der Westmark“ in Bad Kreuznach vorgesehen.

Der Beginn des Zweiten Weltkrieges machte dann allerdings alle Vorbereitungen zunichte.

FREILICHTMALEREI

Schnappschüsse mit Pinsel und Farbe

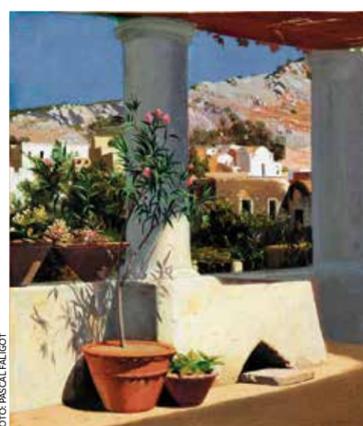
Vor Erfindung des Smartphones behelfen sich Künstler mit Ölmalerei unter freiem Himmel – Farbe aus der Tube war dabei hilfreich

Als eine der größten Revolutionen des 19. Jahrhunderts wird das Aufkommen der Ölmalerei in der Kunst beschrieben. Ab 1820 begannen immer mehr Künstler auf ihren Wanderungen das Skizzenbuch stecken zu lassen und ihre Beobachtungen im Freien direkt in Öl auf einem Stück Pappe, Holz oder, am häufigsten, Papier festzuhalten.

Dabei benutzten sie oft Reißzwecken, um das Papier auf dem Holz des Malkastens zu befestigen. Die winzigen Nagellöcher sind zum Qualitätsmerkmal geworden. Denn die kleinformigen Ölmalereien sind heute begehrte Kunstobjekte. Die Preise für die einst wertlosen Vorlagen für das später im Atelier zu komponierende Bild können dessen Preis inzwischen um das Doppelte bis Dreifache übertreffen.

Nachdem in den vergangenen Jahren Überblicksausstellungen in Rom, Paris und Washington die vorher kaum beachteten Ölmalereien präsentiert haben, gibt die Ausstellung „Mehr Licht. Die Befreiung der Natur“ erstmals in Deutschland Gelegenheit, diese Kunstgattung im Rahmen einer Schau zu entdecken. An die 90.000 Besucher haben sie schon bis zum 7. Mai im Kunstpalast Düsseldorf gesehen. Mit der Übernahme von rund 170 äußerst reizvollen kleinen Gemälden hofft die Kunsthalle St. Annen in der Hansestadt Lübeck noch bis zum 15. Oktober auf einen ähnlichen Erfolg.

Eine wichtige Voraussetzung für die Freilichtmalerei war eine so einfache wie geniale Erfindung: die Ölmalerei in der Tube. Die Farben waren damit überall hin



Eine Handy-Aufnahme? Nein: Der Brite Lord Frederic Leighton malte im Jahr 1859 die „Terrasse auf der Insel Capri“

problemlos mitzunehmen, und zudem trockneten sie schnell. Immer mehr Maler begannen, die neu gewonnene Freiheit zu nutzen, um das Gesehene schnell und farbgetreu zu bannen. Entsprechend lang ist die Liste der ausgestellten Künstler. Begleitet wurde diese Wende durch ein gesteigertes Interesse an der realistischen Wiedergabe der Natur frei von religiöser Überhöhung und Idealisierung.

Heute zückt man zu diesem Zweck das Handy. Fotorealismus bieten die Ölmalereien zwar nicht, aber dafür beeindruckende Lichtspiele vom Aufgang der Sonne bis zu ihrem Untergang, von Polarlichteffekten in Rot bis zum Gewitterregen in Grau. Der Poesie dieser Studien kann man sich nicht entziehen. Im Kontext der Ölmalerei wird die „Küstenlandschaft im Mor-

genlicht“ von Caspar David Friedrich (1774–1840) gezeigt. Das kleinformige Ölgemälde aus dem Atelier zeigt durchaus Parallelen zu den Ölmalereien.

Es gibt aber auch einen wichtigen Unterschied: Während in den Ölmalereien die Atmosphäre der Landschaft zu den unterschiedlichen Tageszeiten von übergeordnetem Interesse ist, kommt beim Gemälde von Friedrich noch eine symbolische Bedeutung der Tageszeit hinzu. Der Maler war kein Freund der Ölmalerei in freier Natur. Sein Werkzeug für Detailskizzen blieb der Bleistift. Helga Schnehagen

● Kunsthalle St. Annen, St.-Annen-Str. 15, 23552 Lübeck, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 17 Uhr. Katalog 29,90 Euro www.kunsthalle-st-annen.de

● FÜR SIE GELESEN

Aus dem
Hanser Verlag

Der Carl Hanser Verlag mit Sitz in München führt hält Kinder- und Jugendbücher bereit wie zum Beispiel „October, October. Die weite, wilde Welt wartet auf mich“ von Katya Balen. Die Geschichte erzählt von einem Mädchen, das in mit seinem Vater und dem Eulenküken Stig in einem Wald aufwächst und sich dort sehr wohl fühlt. Nach einem schweren Unfall des Vaters wird das Mädchen an seinem elften Geburtstag von der Mutter nach London mitgenommen, wo es sich zu rechtfinden muss. Octobers innerer Monolog ist selbst wild und, wie Gedanken oft sind, ungeordnet, kurz, schwer zu fassen, aber gehaltvoll.



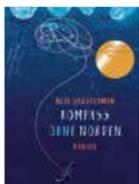
Katya Balen: „October, October“, 2023, gebunden, 221 Seiten, 18 Euro

Der Comic „White Bird“ behandelt die Zeit des Zweiten Weltkriegs in Frankreich. Die jüdische Schülerin Sara wird von einer französischen Familie versteckt und so gerettet. Die Kombination aus Bild und Wort macht diese traurige Geschichte zu einem Leseerlebnis der besonderen und besonders intensiven Art. Im Anschluss an die Geschichte findet sich ein Nachwort von Ruth Franklin, ein Glossar sowie weiterführende Literatur und Quellen.



R. J. Palacio: „White Bird. Wie ein Vogel“, 2023, gebunden, 288 Seiten, 18 Euro

Dem Thema Schizophrenie nähert sich Neal Shusterman in „Kompass ohne Norden“. Neun Wochen befindet sich Caden in einer Klinik für psychische Erkrankungen. Seine Hilflosigkeit, nicht zu erkennen, was wirklich und was nur in seinem Kopf stattfindet, ist eingebettet in eine mitreißende Gefühlswoge, die auf einem Schiff stattfindet, mit einem Kapitän und einem Papagei, von denen der Erkrankte nicht weiß, wem er glauben kann.



Neal Shusterman: „Kompass ohne Norden“, 2018, gebunden, 337 Seiten, 19 Euro

Ein Enkel fragt in David Grossmans Geschichte „Opa, warum hast du Falten“ genau nach diesen Zeichen des Lebens. Manche kommen durch schwere Zeiten, andere durchs Lachen. Wie ein Gespräch zwischen Enkel und Großvater ablaufen kann, beschreibt der Friedenspreisträger sehr leise und bewegend. Dabei gehen Text und Illustrationen Hand in Hand.



David Grossman: „Opa, warum hast du Falten?“, 2023, gebunden, 33 Seiten, 17 Euro

BILDBAND DER WOCHE

Atemberaubend
und schön

Der Bildband „Gigantisch“ zeigt die ungewöhnlichsten Orte der Welt

FOTO: PA

Meer und Berge üben seit jeher eine Anziehungskraft auf den Menschen aus. Das großformatige Buch „Gigantisch“ ist wie ein Album aufgebaut, in dem Großaufnahmen von Naturschönheiten für sich sprechen. Da-

neben stehen kleinere Fotos und ein Begleittext mit Informationen zu den Abbildungen. Schade nur, dass der matte Druck die Strahlkraft der ansonsten fantastischen Aufnahmen „schluckt“.

MRK



„Gigantisch. Wo Meer und Berge sich berühren“, Kunth Verlag, München 2023, gebunden, 320 Seiten, 44,95 Euro

KINDERBUCH

Ein Haus in der
Mitte Berlins

Von der Reichsgründung bis zur Gegenwart – Kathrin Wolf und Isabel Kreitz zeigen Geschichte anhand fünf Generationen einer Familie

VON SILVIA FRIEDRICH

Das Titelbild des Kinderbuchs „In einem alten Haus in Berlin“ von Kathrin Wolf und Isabel Kreitz macht neugierig. Eine Straße des alten Berlins ist zu sehen. Im Vorderhaus befindet sich eine Apotheke, zwei Kinder spielen auf dem Bürgersteig mit Murmeln. Die Rückseite führt zum Hinterhof des Gebäudes und direkt ins Zille-Milieu. Eine Frau schleppt aus dem Keller nasse Wäsche zum Trocknen heraus, während die Nachbarin am Fenster mit ihr ein wenig tratscht.

Beim Aufklappen der ersten Doppelseite sieht man Fotos aus der Kaiserzeit, der beiden Kriege, der Teilung Berlins, Passierscheine, eine Landkarte des in vier Zonen aufgeteilten Berlins. Trümmerfrauen und Soldatenabbildungen ziehen den Leser in den Bann, bevor er in die Geschichte des alten Hauses eingetaucht ist.

Die Autorin erklärt im Anhang, dass dieses Buch als eine Art Ausstellung zwischen zwei Buchdeckeln anzusehen sei. Es ist vor allem die interessante Geschichte einer Familie über fünf Generationen. Einem Stammbaum gleich sind alle Personen mit Bild zu sehen. Die Geschichte startet im Jahr 1871, als die Apothekerfamilie Schwartz in ihre Wohnung in der Bel Etage des Hauses zieht. Aus der Sicht des siebenjährigen Sohnes Karl, aber auch der der anderen Kinder Martha, Ursula, Peter, Laura und Ben, die in den folgenden Jahrzehnten eine Rolle spielen, wird das Geschehen jeweils geschildert.

Es geht weiter mit dem Dreikaiserjahr 1888, dem Ersten Weltkrieg, der Novemberrevolution 1918, der Weimarer Republik, der Zeit der Nationalsozialisten, Zweiter Weltkrieg, Berliner Blockade, Wirtschaftswunder, Teilung Deutschlands, Mauerbau, Studentenrevolte, Jugendbewegung, die Westberliner Inselsituation, die Wende 1989 und die Vereinigung. Aus dem geschichtsträchtigen Haus wurde nun ein schickes APO-Theken-Café im neuen Berlin, in dem sich Jung und Alt trifft. Die Begeisterung über dieses Buch ist kaum in Worte zu fassen. So viel greifbare, anschauliche Geschichte, die auch Erwachsenen tiefe Einblicke in unsere Landesgeschichte bringt, sieht man selten. Man ist hautnah dabei, schaut in die Zimmer der Wohnungen, lebt, leidet und freut sich mit ihnen. Es gibt Bücher, die nachhaltig beeindruckt. Dieses gehört definitiv dazu. Ein großartiger Geschichtsunterricht.

Von der Idee her ist das Werk auf das Buch „In einem alten Haus in Moskau“ von Anna Desnitskaya und Alexandre Litwina, aus dem Jahre 2017 zurückzuführen. Es entstand in Zusammenarbeit mit dem Berliner Stadtmuseum.



Kathrin Wolf/Isabel Kreitz: „In einem alten Haus in Berlin“, Gertenberg Verlag, Hildesheim 2023, gebunden, 64 Seiten, 28 Euro

ERZÄHLUNGEN

Geschichten
gegen den Krieg

Der ostpreußische Schriftsteller Arno Surminski beschäftigt sich mit durch Krieg und Vertreibung geprägten menschlichen Schicksalen

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Gerade hat Arno Surminski seinen 89. Geburtstag gefeiert, da kommt das jüngste Werk „Als die Stadt brannte“ des letzten großen Ostpreußen-Schriftstellers in die Buchhandlungen. Mit einer Thematik, die nicht nur seine persönliche und schriftstellerische Biographie entscheidend prägte, sondern auch hochaktuell ist: Krieg. Trotz millionenfacher Rufe wie „Nie wieder Krieg!“ zetteln Politiker der Nachkriegsgeneration immer wieder Kriege an, die millionenfaches Leid verursachen.

Surminski kann es selbst nicht fassen: „Dass ich das noch einmal erleben muss, wenn auch aus der Ferne, hätte ich mir nach 1945 nicht träumen lassen!“ 22 Erzählungen auf 144 Seiten befassen sich in bekannter Surminski-Manier mit menschlichen Schicksalen. Es ist der Kampf eines Schriftstellers gegen den Irrsinn einer von Machtmenschen geschaffenen Maschine, die nur vernichtet, traumatisiert und terrorisiert. In „Statt eines Vorworts“ liest man gleich zu Anfang ein dazu passendes Wort von William Shakespeare: „Es ist der Fluch der Zeit, dass Tolle Blinde führen“.

Die neuen Erzählungen stehen beispielhaft dafür, was Literatur angesichts von Kriegsterror und Vertreibung zeigen kann: die vielen Facetten des Leids, das so viele ertragen mussten. 1934 im masurischen Gutsdörfchen Jäglack, dem literarischen Jokehnen, geboren, hat Surminski sein Kriegsschicksal bis heute weder ver-

drängt noch vergessen. Selbst wenn er damals, als er elternlos von Ostpreußen auf die Flucht gehen musste, bis er im fernen Schleswig-Holstein landete, erst elf Jahre alt war. 1978 hat er diesen sein Leben bis heute prägenden Teil in dem Roman „Kudnow“ verarbeitet. Sein Anliegen, Aussöhnung zu schaffen, ist ihm literarisch gelungen, ebenso Erinnerungen zu wahren, die angesichts von aktueller Kultur- und Geschichtsstürmerie nicht in Vergessenheit geraten dürfen.

Surminski dazu: „Es gibt nicht mehr viele Menschen, die den Zweiten Weltkrieg erlebt und durchlitten haben. Bevor die letzten Zeugen verstummen, sollten sie aufschreiben, was sie zu sagen haben.“ In seinem Erstlingswerk „Jokehnen oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland“ von 1976 setzt er sich bei einem Besuch in seiner ostpreußischen Heimat damit auseinander. In einer Weise, die selbst ehemaligen Kriegsgegnern im Osten Hochachtung abnötigte. Nicht etwa wegen einer Verbeugung, sondern wegen Surminskis fairer, völlig unideologischer Diktion. Die Auflagenzahlen seiner Bücher in Polen und Russland sprechen eine deutliche Sprache.



Arno Surminski: „Als die Stadt brannte. Erzählungen gegen den Krieg“, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2023, gebunden, 144 Seiten, 20 Euro

OSTPREUSSEN

Die Anfänge der Lehrerausbildung

Erste Normalinstitute in Königsberg, Karalene und Braunsberg – Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es 15 Lehrerseminare

VON MARGUND HINZ

Die Entwicklung des ostpreussischen Landschulwesens verlief erfolgreich trotz der verheerenden Pest im Osten und Nordosten der Provinz (1708–1710), der Folgen der russischen Besetzung (1758–1762), der Eingliederung der zahlreichen Zuwanderer während der Regierungszeit Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II. sowie der Kriege Napoleons I. Die staatlichen Maßnahmen Friedrich Wilhelms I. zum Wiederaufbau des Landes führten zur Neugründung von 884 Dorfschulen, für die Lehrer gebraucht wurden.

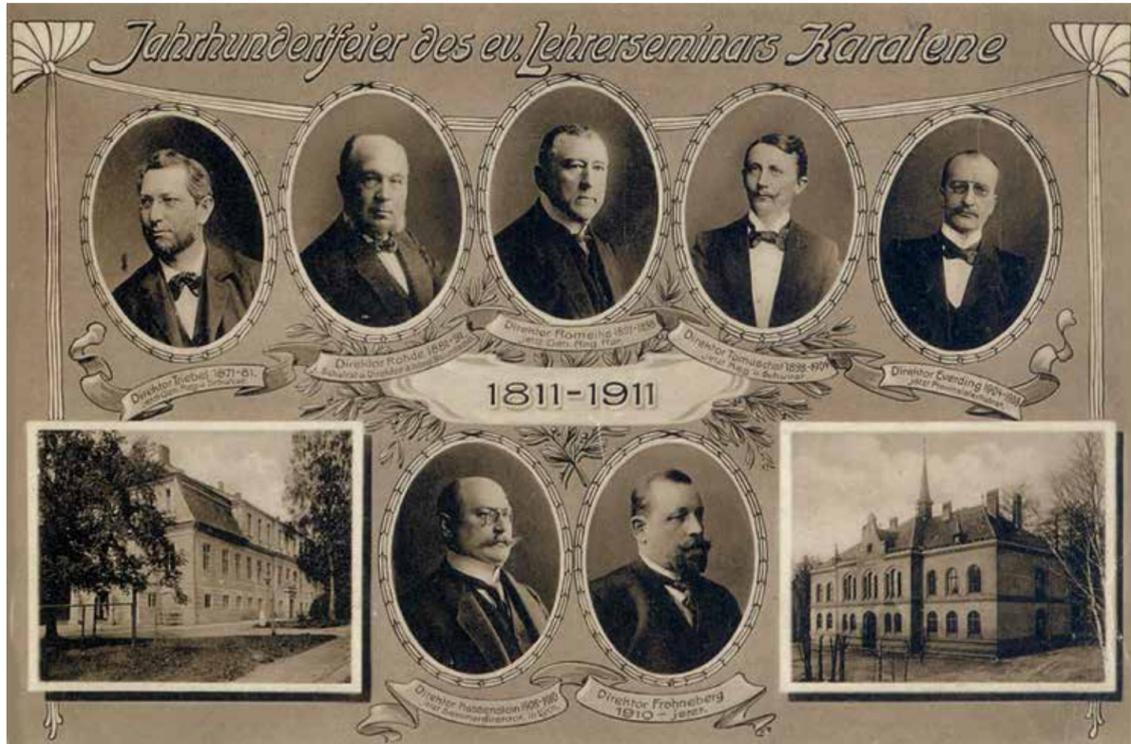
Es fehlte an geeigneten Bewerbern. Ferner reichten die Geldmittel des Staates für die Besoldung der Lehrer nicht aus. Durch Gründung von Musterschulen nach dem Vorbild von Reckahn und durch Einrichtung von „Schulmeister-Schulen“ sollte die Lage verbessert werden.

Solch eine Institution war das 1774 in Klein-Dexen vom Gutsherrn Balthasar Philipp Genge und dem Pfarrer Johann Gottfried Meuschen gegründete Seminar. Das von Johann Julius Hecker 1753 ins Leben gerufene „Berlinerische Küster- und Schulmeister-Seminar für die königlichen Amtsdörfer der Churmark“ diente als Vorbild. Die religiöse Grundhaltung des Pietismus, die tätige Hinwendung zum Mitmenschen, die Erfüllung bestimmter Pflichten und Frömmigkeit bildeten das Fundament für die Arbeit in Klein-Dexen. 1774 wurde das Seminar mit sieben Zöglingen eröffnet. Vier Jahre später nahm man 16 Zöglinge im Alter von 17 bis 55 Jahren auf. Eine große Anzahl von ihnen betrieb ein Handwerk. Das Seminar reichte jedoch nicht aus.

Von Frömmigkeit bestimmt

Der Kriegs- und Domänenrat Heilsberg, ein Mitglied der ostpreussischen Spezial-Schulkommission, schlug dem Oberschulkollegium 1789 vor, Kandidaten der Theologie mit Anwartschaft auf eine Prediger- oder Präzessorstelle zur Ausbildung junger Leute für den Lehrerberuf zu verpflichten. Dadurch wollte Heilsberg die teure Einrichtung eines Lehrerseminars vermeiden. Dieser Vorschlag wurde vom Oberschulkollegium angenommen. Generalsuperintendent Schulz, dem man die Leitung übertrug, bestimmte die Litauische Schule und die Löbenichtsche Hospitalschule in Königsberg zur Ausbildung von Lehrern.

Diese Form der Lehrerausbildung bezeichnete die Spezial-Schulkommission



Lehrerseminar Karalene: Die Postkarte zum 100-jährigen Bestehen zeigt die Direktoren der Lehranstalt. Karl August Zeller (u.) gründete die Normalinstitute als eigenständige Einrichtungen
Foto: Bildarchiv Ostpreußen/wikipedia

in einem Bericht von 1791 als Seminar. Die von Heilsberg verfasste „Instruktion für Landschulmeister“ wurde zuerst ins Litauische und später auch ins Polnische übersetzt. Der Berliner Studienrat Gunnar Thiele nannte als wichtigste Kriterien für die moderne Institution „Seminar“ deren Selbstständigkeit, Unterhaltung aus staatlichen Mitteln, eigene Räume und Lehrer sowie zweckmäßig vorgebildete Schüler.

Das Seminar des 18. Jahrhunderts erfüllte diese Kriterien nicht. Mit der Leitung der „Sektion für Kultus und öffentlichen Unterricht“ im preussischen Innenministerium betraute man Wilhelm von Humboldt 1809. Im selben Jahr wurden Karl August Zeller in Königsberg und Ludwig Natop in Potsdam Schulräte. König Friedrich Wilhelm III. berief den Württemberger Zeller nach Ostpreußen, um die Reorganisation des Volksschulwesens vom Königsberger Waisenhaus aus vorzunehmen. Zeller und Natop standen für die konkurrierenden Entwürfe von „Normalinstitut“ und „Seminar“ in der Lehrerbildung.

Das „Normalinstitut“ sollte nach Vorstellung der Unterrichtssektion für die Schu-

len tüchtige Lehrer bilden. Da den Bewerbern oft eine gute Allgemeinbildung fehlte, musste es seinen Seminaristen zuerst selbst eine gute Vorbereitung geben.

Konkurrenz zwischen „Normalinstitut“ und „Seminar“

Unklar blieb anfangs, ob das Normalinstitut zur Regelinstitution für die Lehrerbildung zu erheben war oder eine Vorbereitungsanstalt für das Seminar sein sollte. Die Normalinstitutsgründungen durch Karl August Zeller in Königsberg (1809), Braunsberg (1811) und Karalene (1811) waren als eigenständige Einrichtungen konzipiert. Sie arbeiteten keinem Seminar zu. Einer Verfügung vom 13. August 1809 entsprechend sollten in den Normalinstituten Kinder vorzüglich für den Lehrerstand erzogen und nach der besseren Lehrmethode unterrichtet werden.

In Königsberg wurde das Königliche Waisenhaus, gegründet 1701, aufgelöst und in seinem Gebäude am 1. September 1809

ein Normalinstitut mit 30 Zöglingen im Alter von sieben bis zehn Jahren eröffnet. Das Eintrittsalter erhöhte man später auf zehn Jahre und nahm auch Ältere auf.

Das von Zeller zunächst als Normalinstitut gegründete Seminar in Karalene, etwa zehn Kilometer von Insterburg entfernt gelegen, nahm unter den ostpreussischen Lehrerseminaren eine besondere Stellung ein. Den Namen Karalene (litauisch: karalienė), ins Deutsche übertragen „Königin“, erhielt das Institut zum Gedenken an die am 19. Juli 1810 verstorbene Königin Luise. Sie gewann während eines Aufenthalts in Memel eine große Sympathie zu der Region und soll den Wunsch geäußert haben, zur Vorbildung von Lehrern eine Pflanzschule zu gründen. „Werde unser Institut die Königin aller Institute.“ – Dieser Wunsch seitens der Regierung ist aus Anlass der amtlichen Bekanntgabe der Namensgebung überliefert.

Das Gut Kummetschen, ein Flecken reicher Naturschönheiten, wurde für das zu errichtende Normalinstitut ausgewählt. Die Regierung kaufte von dem Besitzer Horn das schöne und geräumige Wohnhaus, den zwölf Morgen großen Park und etwa 14 Morgen Ackerland

zum Preis von 8000 Talern. Anfang November 1811 trafen die Zöglinge ein. Drei Knaben hatte Zeller aus Königsberg mitgebracht. 22 Knaben im Alter von zehn bis 14 Jahren kamen aus den Orten Neukirch, Heinrichswalde, Sensburg und Zabielen. Die Kinder sind teils von Zeller selbst, teils von Geistlichen ausgewählt worden. Alle sollten auf Staatskosten unterhalten werden, obwohl nur einige verwaist waren.

Am 17. November 1811 fand die Einweihung des Normalinstituts in Anwesenheit von Theodor von Schön, Präsident der Königlichen Regierung zu Gumbinnen, – später Oberpräsident in Danzig und Königsberg – statt. Im ersten Jahr seines Bestehens leitete es Zeller. Zu den Unterrichtsgegenständen gehörten Religion, Rechnen, Formen- und Größenlehre, Gesang, Schreiben, Turnen, Zeichnen und deutsche Sprache.

Besondere Aufmerksamkeit galt dem Gesang

Die Vermittlung der deutschen Sprache war gegliedert in Sprechübungen auf der Grundlage von Pestalozzis „Buch der Mütter“, Lesen, Rechtschreibung und Sprachlehre. Später kamen noch Geschichte, Erdkunde sowie Naturkunde hinzu. Besondere Aufmerksamkeit widmete man in Karalene mit vier Stunden wöchentlich dem Gesang. Herr von Fahrnheid auf Angerapp schenkte dem Institut einen Konzertflügel.

Das Turnen erfolgte mit größter Sorgfalt. Täglich standen dafür eineinhalb bis zwei Stunden zur Verfügung. Im Sommer diente das Baden der gesundheitlichen Kräftigung der Kinder und im Winter bildete der Eislauf eine beliebte und gesunde Beschäftigung.

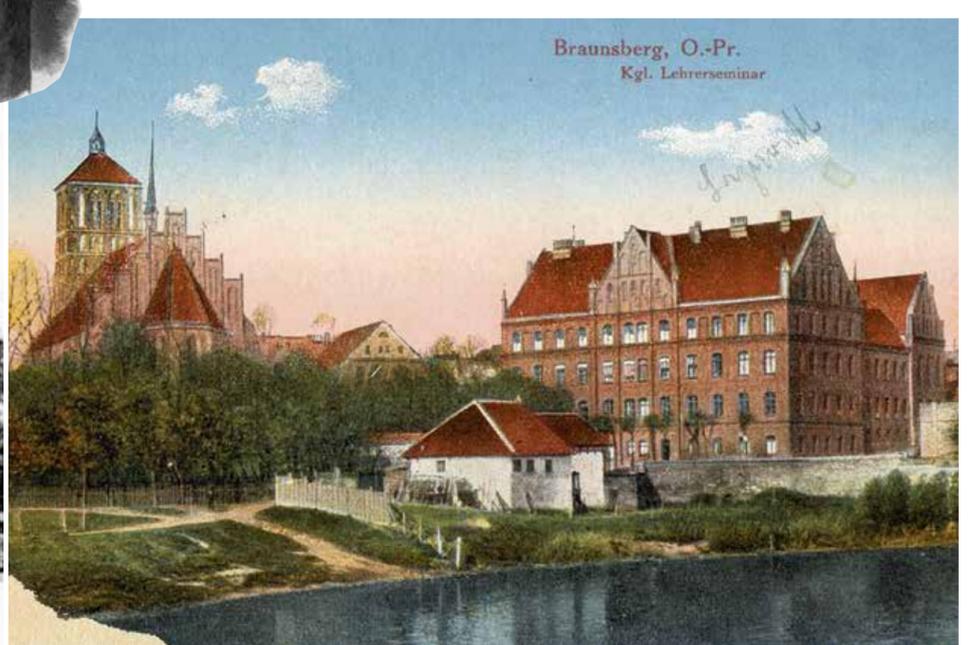
Das einzige katholische Lehrerseminar Ostpreußens in Braunsberg wurde im früheren bischöflichen Schloss als staatliches Normalinstitut gegründet. Im Geiste Pestalozzis sollten darin Lehrer für die Volksschulen des Ermland herangebildet werden. Am 2. Juli 1811 fand die feierliche Eröffnung statt. Zu Beginn wurden 25 Zöglinge aufgenommen. Der gebürtige Breslauer Cornelius Burgund wurde zum Direktor ernannt. Ab 1814 führte es die Bezeichnung „Königliche Erziehungsanstalt“ und ab 1825 „Schullehrerseminar“. Ihm wurde ein Jahr zuvor eine Übungsschule angegliedert.

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts und Anfang des 20. Jahrhunderts wurden in Ostpreußen insgesamt 15 Lehrerseminare gegründet.



Waisenhaus

Beispiele für ein evangelisches und ein katholisches Lehrerseminar: Das Königliche Waisenhaus in Königsberg (l.) und das einzige katholische Lehrerseminar Braunsberg (r.)



Fotos: Bildarchiv Ostpreußen

● AUFGESCHNAPPT

Immer wieder gibt es Meldungen, dass studentische „Aktivisten“ von ganz links Vorträge an Universitäten, die nicht ihrer Ideologie huldigen, massiv stören oder gar verhindern. Die „AG Hochschulforschung“ an der Universität Konstanz wollte nun wissen, inwieweit die linksradikale, freiheitsfeindliche Einstellung, die hinter solchen Aktionen steckt, bei deutschen Studenten verbreitet ist. Das Ergebnis ist erschreckend: Von etwa 2000 im Mai befragten Hochschülern, antwortete rund ein Viertel, dass sie es „akzeptabel“ oder „teils, teils“ akzeptabel finden, wenn ein Vortrag mit dem Thema „Migration als Problem“ blockiert oder niedergeschrien wird. 62 Prozent fanden es „teils, teils“, „eher“ oder „absolut akzeptabel“, wenn Werbung für einen migrationskritischen Vortrag entfernt wird. Die Zahlen zeigen, dass sich an deutschen Hochschulen ein linksdoktrinäres Klima breitgemacht hat, das die Freiheit von Forschung und Lehre ernsthaft gefährdet. Viele Uni-Leitungen ducken sich weg vor dieser Herausforderung. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

US-Starjournalist Tucker Carlson freut sich über ein wachsendes kritisches Bewusstsein bei seinen Mitmenschen. Der Schweizer „Weltwoche“ (25. September) sagte er:

„Ich sehe, wie sich Menschen um mich herum fragen: ‚Früher habe ich das geglaubt. Ist es immer noch wahr? War es jemals wahr?‘ Ich glaube, die Menschen beschäftigen sich viel intensiver als je zuvor mit Fragen von Wahrheit und Unwahrheit, und das ist gut so.“

Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) fordert, eine Veranstaltung des evangelikalen US-Predigers Franklin Graham in Essen zu verbieten, weil er Homosexualität als „Sünde“ bezeichnet. Till-R. Stoldt wirft dem Verband in der „Welt“ (29. September) grobe Einseitigkeit im Umgang mit schwulenfeindlichen Einstellungen vor:

„Sollte es den LSVD aber zu einer Offensive gegen die Religionsfreiheit drängen, dann bitte nicht gegen punktuell strapaziöse, aber friedliche Evangelikale. Fromme Christen, die mit der Bergpredigt unter dem Arm ‚Schwule klatschen‘, existieren nicht. Was es hierzulande aber gibt, sind radikalislamistische Gemeinschaften, die eine für Homosexuelle blutig-gefährliche Agenda verfolgen ... Wo bleiben die queeren Mahnwachen vor Hassprediger-Moscheen?“

Jan David Suthoff gibt Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) nach der Hessen-Wahl keine große Zukunft mehr, wie er bei „Nius.de“ (30. September) prognostiziert:

„Es steht also eine Niederlage ins Haus, die sich gewaschen hat. Und auch wenn der Kanzler selbst bei einem Untergang an seiner Innenministerin festhalten will, wird es langsam eng. Es ist nämlich das eine, ob man die Zusage hat, an die Spitze des mächtigen Ministeriums zurückkehren zu dürfen – das andere ist, ob man sich dann halten können.“

Gunnar Schupelius kritisiert Berlins Regierenden Bürgermeister und CDU-Chef Kai Wegner wegen dessen weiterhin linken Haltung in der Asylpolitik. In der „B.Z.“ (28. September) sieht er die CDU insgesamt in einer Orientierungskrise in der Immigrationsfrage:

„Die Spaltung der CDU vertieft sich. Da sitzen Leute zusammen, die sich über das Asylproblem praktisch nicht mehr verständigen können, während ihre Wähler entweder zur AfD oder zu den Grünen abwandern. Eine Entscheidung muss her: Findet die Union zu ihrem Profil zurück, sorgt sie für Recht und Ordnung, schränkt sie die illegale Migration ein? Oder wird sie zum gehorsamen Beifahrer der Grünen oder der SPD, wie jetzt in Berlin?“

● WORT DER WOCHE

„Die Grünen stehen wie keine andere Partei für eine Übergriffigkeit, die nicht wenige Ostdeutsche an die DDR erinnern dürfte.“

Sahra Wagenknecht gegenüber der Deutschen Presse-Agentur am 1. Oktober

DER WOCHENRÜCKBLICK

Rot-Grün am Limit

Wie ein Lager, das lange von grenzenlosem Fortschritt träumte, nun seine eigenen Grenzen erreicht

VON REINHARD MOHR

Erinnert sich noch jemand an den großen rotgrünen Aufbruch von 1998, als Gerhard Schröder und Joschka Fischer, zwei Epigonen der Revolte von 1968, Helmut Kohl stürzten und eine neue Bundesregierung bildeten? Ab nun sollte alles anders werden, sozialer, ökologischer, atomstromfrei, modern und der Zukunft zugewandt. Ein Vierteljahrhundert und zwei Jahre Ampelregierung später ist das als historisch apostrophierte „rot-grüne Projekt“ mausetot.

Kurz vor den Landtagswahlen in Bayern und Hessen zeigen die Umfragen, dass SPD und Grüne zusammen kaum ein Drittel der Wählerstimmen auf sich vereinigen können. Die Unbeliebtheit der Bundesregierung, zu der auch – manche mögen es gar nicht glauben – die FDP gehört, erreicht immer neue Rekordwerte. In Bayern rangiert die Sozialdemokratie bei neun Prozent, fast doppelt so viel werden den „Freien Wählern“ prognostiziert. Und in Hessen kann die famose Bundesinnenministerin Nancy Faeser als Spitzenkandidatin der Genossen nur hoffen, dass sie am Ende doch noch ein bisschen mehr als die vorhergesagten jämmerlichen 16 Prozent einfährt – in jenem Bundesland, das einst als rote Hochburg galt. In Baden-Württemberg, „The Länd“ of Winfried Kretschmann, stürzen die Grünen derweil regelrecht ab und sind kaum noch stärker als die AfD, die bei 20 Prozent liegt.

Moralismus als Politikersatz

Die Debatten der vergangenen Woche, vom Streit um die Einwanderungspolitik geprägt, haben den Beobachtern noch einmal vor Augen geführt, dass dieser Niedergang kein Zufall ist. Ob bei der Wirtschafts-, Energie-, Klima- oder Migrationspolitik – das rot-grüne Lager ist in der Defensive, weil es sich weder der Wirklichkeit stellt noch pragmatische Lösungen der vielfältigen Probleme anzubieten hat. Immer wieder beharrt vor allem das den Zeitgeist prägende grüne Milieu auf dem Mantra eines Moralismus, der zum Politikersatz geworden ist. Motto: Die gute Absicht zählt, den Rest regeln – beziehungsweise bezahlen – die anderen.

Dabei würde schon ein kurzer Blick etwa nach Schweden vielen die Augen öffnen, wohin eine traditionell sehr liberale Einwanderungspolitik geführt hat: In Stockholm,

Malmö und anderswo toben mörderische Bandenkriege, gegen die jetzt auch das Militär eingesetzt werden soll.

„Jedes System hat ein Limit. So gibt es auch im Falle der Migration eine Grenze der Belastbarkeit der räumlichen und medizinischen Infrastruktur, der Infrastruktur von Kitas, Schulen, Ämtern und Polizei dieses Landes. Das System zerbricht, auch wenn es auf dem Papier ewig gelten soll.“

Das steht nicht in einer konservativen Postille, sondern in der traditionell eher linken „Berliner Zeitung“ – eine nüchterne Einsicht freilich, die in der grünen Medienblase immer noch nicht wirklich angekommen ist. So werden die Grünen, die einst die Republik umkrepeln wollten, nun zu Getriebenen von Ereignissen, die ihnen gegen den ideologischen Strich gehen.

Planwirtschaftlicher Irrsinn

Aber auch auf anderen Gebieten zeigt sich die Praxisuntauglichkeit der Rezepte jener vermeintlichen „Fortschrittskoalition“, die ihre Herzensprojekte, von der „Wärmewende“ vulgo „Gebäudeenergiegesetz“ bis zum bürokratischen Monster der „Kindergrundversicherung“ von oben nach unten durchdrücken will. Was vor allem im Osten des Landes überhaupt nicht gut ankommt, wo man besondere Erfahrungen mit autoritären Parolen gesammelt hat, die mit der Realität nichts zu tun hatten.

Auch wenn sie nicht gerade die glaubwürdigste Zeitzeugin ist, so hat Sahra Wagenknecht doch recht, wenn sie zum 33. Jahrestag der deutschen Einheit feststellt: „Die Grünen stehen wie keine andere Partei für eine Übergriffigkeit, die nicht wenige Ostdeutsche an die DDR erinnern dürfte.“

Den Rest des planwirtschaftlichen Irrsinns besorgt die Europäische Union, zum Beispiel mit der gerade in Kraft getretenen „CO₂-Grenzabgabe“, die die Unternehmen zusätzlich mit Chaos und Bürokratie bombardiert, ohne dem Weltklima zu nützen.

Ein Hauch von Realismus

Dass nicht zuletzt die sehr hohen Stromkosten, teure Kreditzinsen und zweistelligen Milliardenbeträge für die „energetische Gebäudesanierung“ nebst unzähligen bürokratischen Vorschriften den Wohnungsbau in die Krise getrieben haben, hat auch mit der Realitätsblindheit des ideologischen Tunnelblicks zu tun.

„Schön wäre es auch, wenn vor allem führende Grüne öfters mal im Gedränge einer vollgestopften U-, S- oder Straßenbahn stehen würden“



Zahlreiche Beiträge der PAZ finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

Immerhin hat letzte Woche auch Wirtschaftsminister Robert Habeck, im Nebenberuf selbsternannter oberster Klimaschutzminister, ein paar Tatsachen anerkannt und bei einer Rede vor dem Lobbyverband der Sanierungsindustrie zur Sprache gebracht. Wörtlich sagte er: „In den am schlechtesten sanierten Gebäuden wohnen eben auch die ärmsten Menschen. Wenn da nicht nur eine Wärmepumpe für 20.000 Euro installiert wird, sondern auch die komplette energetische Sanierung auf ein deutlich höheres Niveau gefordert wird, dann reden wir von 200.000 Euro.“

Ein Hauch Realismus weht hier durch die Zeilen, womöglich der Anfang einer grünen „Vernunftwende“, die am Ende vielleicht doch mit Verkehrswende, Energiewende, Klimawende und Zeitenwende kompatibel wäre. Dafür aber müssten sich die Grünen erst einmal von ihrem endemischen Moralismus abwenden, der jedes Thema zu einer Grundsatzfrage von Gut und Böse macht.

Gelegenheiten zum Innehalten

Schön wäre es auch, wenn vor allem führende Grüne öfters mal im Gedränge einer vollgestopften U-, S- oder Straßenbahn stehen und sich die ganze störrische, unverbesserliche, zuweilen auch unverschämte und unangenehme Vielfalt der ganz normalen, und ja, auch multikulturellen Bevölkerung anschauen würden. Allein das könnte zu praktischen Erkenntnissen führen, die in Sitzungssälen und Talkshow-Studios nicht zu haben sind. Sie erweitern kolossal das Menschenbild und führen jedem, der etwas genauer hinsieht, vor Augen, dass die Bürger eben keine Verfügungsmasse von Gesellschaftsingenieuren sind, die angeblich genau wissen, was zu tun ist, um die Welt zu retten.

„Unser Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung wechseln kann“ – dieser sachdienliche Hinweis des französischen Malers und Schriftstellers Francis Picabia (1879–1953) gilt immer noch und sei Ricarda Lang ebenso empfohlen wie Annalena Baerbock, Omid Nouripour und Lisa Paus. Manchmal freilich braucht es zur überfälligen Denkweise einen kräftigen Anstoß, auch wenn er zunächst unerfreulich aussieht.

Das absehbare Ergebnis der beiden Landtagswahlen in Hessen und Bayern, bei denen die Grünen voraussichtlich Federn lassen müssen, könnte durchaus die Gelegenheit sein, einmal grundsätzlich innezuhalten und über dies und jenes neu nachzudenken.